

P R O T O K O L L

über die 23. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 10. März 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Hermann Leithenmayr

VICEBÜRGERMEISTER:
Erich Sablik
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Roman Eichhübl
Karl Holub
Ing. Othmar Schloßgangl
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:
Kurt Apfelthaler
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Gerhard Bremm
Ulrike Fuchs
Günter Fürweger
Walter Gabath
Johann Glanzer
Hans Dieter Götz
Engelbert Huber

Klaus Jansky
Anna Jeloucan
Engelbert Lengauer
Brigitte Lohnacker
Friederike Mach
DI Frank Mundorff
Hans Payrleithner
Mag. Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Dr. Tilman Schwager
Wilhelm Spöck
Franz Straßer
Marco Vanek

VOM AMT:
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
MR Mag. Helmut Lemmerer
TOAR Ing. Wolfgang Wein
OAR Helmut Riedler
OAR Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR Anton Obrist
Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung,
der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

KEINE VORHANDEN

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- | | |
|-----------------|---|
| 1) Ge-781/91 | Mittelfreigabe für div. bereits beschlossene Gewer-
beförderungen. |
| 2) Fin-44/93 | Bioquelle Klaus Lösch Ges.m.b.H., Haager Str. 44A,
4400 Steyr; Gewerbeförderung. |
| 3) Fin-9/93 | Fa. Schachner Leopold, Sierninger Str., 4400 Steyr;
Gewerbeförderung. |
| 4) Präs-84/94 | Erstellung eines ökologischen Konzeptes zur Nut-
zung der Flächen der von der Stadt Steyr erworbe-
nen Stadtgutgründe. |
| 5) Präs-85/94 | Raumkonzept für die Stadt Steyr unter besonderer
Berücksichtigung der Anbindung der Wirtschaftsre-
gion Steyr an die überregionalen Verkehrsträger. |
| 6) Präs-86/94 | Antrag auf Einrichtung eines Familienausschusses. |
| 7) Präs-925/93 | Kernkraftwerk Temelin, Tschechien; Schadenersatz-
Voranmeldung. |
| 8) Bau2-6446/86 | Verein FAZAT; Verlustabdeckung für das Geschäfts-
jahr 1994. |
| 9) GHJ1-92/93 | Restkaufpreis der UNIX-Anlage aufgrund des GR-Be-
schlusses vom 19. 5. 1993. |
| 10) Ha-4202/92 | SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer ao. Subvention
für die Errichtung einer Flutlichtanlage. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ERICH
SABLIK:

- | | |
|----------------------------|--|
| 11) Fin-17/93
Fin-68/93 | Akontozahlungen an den RHV Steyr und Umge-
bung für das Finanzjahr 1994. |
| 12) GHJ1-108/93 | Mülldeponie der Stadt Steyr; Ankauf einer De-
ponieladeraupe. Mittelfreigabe f. 1. Teilzahlung. |
| 13) ÖAG-6450/91
Müll | Mülldeponie der Stadt Steyr; Ankauf eines Com-
paktors; Restzahlung. |

- | | |
|------------------------------|--|
| 14) Bau6-8380/92 | Mülldeponie der Stadt Steyr; Deponiegasreinigung; Mittelfreigabe für 1994. |
| 15) Fin-3/94
Präs-1164/90 | Rettungsbeitrag 1994. |

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR.
LEOPOLD PFEIL:

- | | |
|-------------------|--|
| 16) K-2584/84 | Schloßgalerie; Vergabe weiterer Arbeiten; Mittelfreigabe 1994. |
| 17) Präs-87/94 | Schloßgalerie; Antrag des Kulturausschusses auf Rückführung von Vorfinanzierungsmitteln. |
| 18) VerkR-4056/89 | Generalverkehrskonzept Steyr; Honorar d. Verkehrsplaners. |
| 19) VerkR-4056/89 | Generalverkehrskonzept; Beschlußvorlage an den Gemeinderat. |

BERICHTERSTATTERIN STADTRÄTIN INGRID EHRENHUBER:

- | | |
|-------------------------|--|
| 20) SH-4436/91 | Behindertenfahrdienst 1994. |
| 21) SH-2200/90
Erlaß | Mobile Altenhilfe und Soziale Betreuungsdienste; Mittelfreigabe. |
| 22) JW-24/93 | Verein "Aktion Tagesmütter"; Subvention '94. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- | | |
|---|--|
| 23) Wa-43/93 | Brunnenfeld Dietach - Grundwasserverunreinigung; Maßnahme zur Sicherung der Trinkwasserversorgung. |
| 24) ÖAG-4002/86
Stadtwerke
Präs-31/83 | Verkehrsbetrieb der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung. |
| 25) ÖAG-1172/86
ÖAG-135/93
Stadtwerke | Tarife städt. Hallenbad u. Freibad, städt. Kunsteisbahn - Ergänzung durch Einführung einer Lehrlingsentgeltregelung. |
| 26) ÖAG-170/93
Stadtwerke | Stadtwerke Steyr und Steyrer Versorgungsbe-triebeverbund Gas u. Verkehr; Vorlage d. Jahresbilanzen 1992. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

- 27) Bau5-4177/86 Alten- und Pflegeheim Tabor; Weiterführung des
Schwesternrufes in den Pflegeabteilungen.
- 28) Fin-23/94 Tourismusverband Steyr; Jahressubvention '94.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- 29) Bau6-166/93 Kanalisation Unterhimmel und Kanalanschluß
Styria; Endabrechnung; Auftragserweiterung
und Entschädigungen.
- 30) Bau4-410/91 Erklärung der Verbindungsstraße zwischen d.
B 115 und der Dukartstraße zur Gemeindestr.
- 31) Bau5-5340/90 Errichtung eines Durchganges beim Haus
Steyr, Haratzmüllerstraße 35.
- 32) Bau6-6672/92 Baumaßnahmen Steyrdorf 3. Teil; Kanal-, Stra-
ßenbau- und Pflasterungsarbeiten; Mittelfrei-
Bau3-7370/92 gabe 1994.
- 33) Bau6-4753/85 Kanalisation Wehrgraben Süd
Bau6-483/92 1. Pumpwerk F - Bauleitung
2. Anpassung und EDV-Ausschreibung
PW F und Steyrquerungen; Endabrechnung
Ziv. Ing.-Büro Flögl.
- 34) BauBrü-620/93 Projekt Neubau der Wiesenbergbrücke und
der Fuß- u. Radwegunterführung Fabrikstr.;
Antrag um Planungsvergabe u. Mittelfreigabe.
- 35) Bau3-2296/92 Verbindungsstraße Ennser Str. - Resthofstr.;
neue Marlen-Haushofer-Straße; VLSA an der
Ennser Straße.
- 36) Bau3-2296/92 Verbindungsstraße Ennser Str. - Resthofstr.;
neue Marlen-Haushofer-Straße; Mittelfreiga-
beantrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 37) Präs-149/91 Wohnbeihilfe für freifinanzierte Mietwohnungen;
Refundierung des Gemeindeanteiles 1993.

- | | |
|----------------|---|
| 38) Ha-4110/91 | Bauvorhaben Fabriksinsel der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft Steyr-Daimler-Puch Ges.m.b.H.; Baukostenzuschuß, 3. Rate. |
| 39) Ha-159/93 | Auszahlung des Finanzierungszuschusses f. d. Pensionistenwohnhaus Industriestraße 2A. |
| 40) FW-4/94 | Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige d. Betriebsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-
MUT ZAGLER:

- | | |
|--------------------------------|---|
| 41) Präs-11/94 | Bestellung und Zusammensetzung der Disziplinar-Oberkommission. |
| 42) Pers-434/85 | Gemeindebediensteten-Schutzkommission. |
| 43) Pers-1453/91 | Oö. Gemeindebediensteten-Schutzgesetz; Änderung in der Zusammensetzung des Sicherheitsausschusses. |
| 44) Ha-7655/91 | Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im Gemeinderat d. Stadt Steyr vertretenen Fraktionen. |
| 45) Ha-135/93 | Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 1993. |
| 46) Buch-2/93 | Ausgleich des o. und ao. Haushaltes 1993 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen. |
| 47) Buch-2/93 | Übertragung nicht beanspruchter, beschlossener Vorhaben vom Finanzjahr 1993 in das Finanzjahr '94. |
| 48) Präs-106/79
Präs-899/93 | Beförderungsrichtlinien 1979;
Änderungsantrag. |

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie herzlich - auch die Vertreter der Presse sind herzlich begrüßt. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgem. einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben erscheint und daß mir als Protokollprüfer die Gemeinderäte Engelbert Huber und Franz Straßer gemeldet sind. Nehmen beide Herren diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich die Gemeinderäte J. Brandstötter, Ing. D. Spanring, W. Strobl und R. Gollatsch. Die Gemeinderäte G. Bremm, J. Glanzer und DI F. Mundorff werden ca. 1 Stunde später eintreffen.

Zunächst darf ich Ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß mir mit Schreiben vom 3. März d. J. Herr Gemeinderat Josef Mayr mitgeteilt hat, daß er mit sofortiger Wirkung auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates verzichtet.

Herr Gemeinderat Josef Mayr wurde am 7. Nov. 1991 zum Gemeinderat der Stadt Steyr angelobt. Er war damit mehr als 2 Jahre Mitglied des Gemeinderates unserer Stadt und im Bauausschuß, Sozialausschuß und Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tätig. Ganz besonders hervorheben möchte ich seine Leistungen und seinen Einsatz im Umweltausschuß, in dem er die Funktion des Ausschußvorsit-

zenden-Stellvertreters mit viel Fachwissen und Elan ausübte. Ich möchte mich heute bei ihm bedanken und werde ihm bei passender Gelegenheit noch ein Ehrengeschenk zur Erinnerung an seine Tätigkeit im GR überreichen.

Aufgrund der eingelangten Verzichtserklärungen von Herrn Stadtrat Karl Holub und Herrn Hofstetter war zur heutigen Sitzung Herr Walter Gabath zur Angelobung als neues Mitglied des Gemeinderates der Stadt Steyr einzuberufen. Ich danke Ihnen, Hr. Gabath, daß Sie dieser Einberufung gefolgt sind und begrüße Sie herzlich in unserer Mitte.

Zur Angelobung ersuche ich Sie, sich von Ihrem Platz zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten "ich gelobe" abzulegen.

Die Gelöbnisformel lautet wie folgt:

Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.

GEMEINDERAT

WALTER GABATH:

Ich gelobe!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL TRIFFT UM 14.19
UHR EIN.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Kommen wir nun zu Punkt Nr. 2) "BEHANDLUNG ALLFÄLLIGER ANFRAGEN". Die Gemeinderäte Günter Fürweger und Hans Payrleithner haben an mich ein Schreiben gerichtet, das wohl kein Datum enthalten hat, aber zeitgerecht eingegangen ist. Dieses Schreiben lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richten wir folgende schriftliche Anfrage an Sie:

Am 12. 12. 1992 wurde in einem von der FPÖ-Fraktion eingebrachten Dringlichkeitsantrag unter anderem eine vermehrte Kontrolle in feuerpolizeilicher, baurechtlicher und sanitätsrechtlicher Hinsicht im Stadtteil Steyrdorf mehrheitl. beschlossen. Am 22. 4. 1993 beantworteten Sie eine schriftliche Anfrage nach dem vorläufigen Ergebnis der Kontrollen und erklärten, daß die restlichen 197 Objekte bis Ende Juni 1993 überprüft werden würden.

Unsere Fragen lauten nun daher: Wie sieht nun das Endergebnis der Kontrollen in feuerpolizeilicher, baurechtlicher und sanitätsrechtlicher Hinsicht im Stadtteil Steyrdorf aus?

Welche zusätzlichen Maßnahmen wurden von Ihnen getroffen, um den unmenschlichen und gefährlichen Lebensbedingungen in den von skrupellosen Hausbesitzern vermieteten Wohnungen ein Ende zu bereiten?

Wir ersuchen Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderats-Sitzung zu beantworten."

Dazu kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, folgendes berichten:

Wie schon in der Gemeinderats-Sitzung vom 22. 4. 1993 mitgeteilt, wurden von den insgesamt im Stadtteil Steyrdorf vorhandenen 405 Objekten 208 Objekte als vorrangig zu überprüfende Problemobjekte festgestellt. Im Zeitraum zwischen 1. 3. 1993 und 23. 6. 1993 wurden sämtliche 208 Objekte überprüft.

Die baurechtliche und baupolizeiliche Überprüfung ergab, daß 75 Objekte mit Mängeln und 113 Objekte ohne Mängel vorgefunden wurden.

Aufgrund der feuerpolizeilichen Nachschau wurden in 165 Objekten Mängel und in 43 Objekten keine Mängel festgestellt.

Die sanitätspolizeiliche Überprüfung wurde vom Amtsarzt vorgenommen, der in 3 Objekten Mängel aufzeigte, welche ein sofortiges Einschreiten des Amtsarztes zur Folge hatten.

Die restlichen 197 Objekte im Stadtteil Steyrdorf, welche nicht als vorrangig zu überprüfende

Objekte festgestellt wurden, werden im Zeitraum zwischen März 1994 und Juni 1994 überprüft und sind bereits mit Kundmachung ausgeschrieben.

Unter Punkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** berichten, daß entgegen dem Trend der letzten Jahre im Jänner und im Februar ein Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf 9,8 % zu verzeichnen ist. Die Zahl der offenen Stellen ist um 27 auf 384 gestiegen. Die Bezirke Steyr-Stadt und Steyr-Land zählen zu jenen mit den höchsten Wachstumsraten bei Betriebsneugründungen. Die Zahl der vorgemerkten Lehrstellensuchenden hat sich gegenüber dem Vormonat beträchtlich erhöht. Der erwartete Andrang in den Semesterferien ist nicht ausgeblieben. Ende Februar waren 214 Jugendliche lehrstellensuchend gemeldet. Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Arbeitsmarktsituation im Bezirk Steyr langsam, aber doch ein wenig verbessert.

Aufsichtsbeschwerde abgelehnt:

Weiters möchte ich berichten, daß das Amt der Oö. Landesregierung mit Schreiben vom 3. 2. 1994 der FPÖ-Gemeinderatsfraktion, z. H. Hrn. Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, mitgeteilt hat, daß die Vor-

gangsweise um die Vereinbarung mit dem Werbering Steyr über das Aufstellen von 55 Wartehäuschen und 55 Stadtinformationsanlagen dem Stadtstatut entspricht. Zusammenfassend stellte die Aufsichtsbehörde fest, daß der Stadtsenat aufgrund der Kompetenz gem. § 47 Abs. 3 Zif. 13 des Statutes der Stadt Steyr zu Recht die Vereinbarung mit der Fa. Gutenberg-Werbering GesmbH. abgeschlossen hat und daß eine diesbezügliche Zuständigkeit des Gemeinderates nicht vorgelegen ist.

Der Kritik hinsichtlich einer vorzeitigen Beschlußfassung durch den Stadtsenat und damit verbunden einer Nichtbehandlung im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen wurde entgegengehalten, daß Beratungsausschüsse keine Gemeindeorgane sind, die mit nach außen hin wirkenden Kompetenzen ausgestattet sind, sondern nur unselbständige Hilfsorgane des Gemeinderates bzw. des Stadtsenates. Entscheidungskompetenz haben nur die im Statut angeführten Organe.

Zum Dringlichkeitsantrag der FP-Gemeinderatsfraktion vom 16. 9. 1993 zum selben Thema ist die Aufsichtsbehörde der Ansicht, daß dieser im Gemeinderat hätte behandelt werden müssen. Der Gemeinderat hätte jedoch bei der Diskussion und der Beschlußformulierung für den Sachantrag von sich aus auch die Frage der

Zuständigkeit zur Aufhebung eines Beschlusses des Stadt-senates überprüfen und zur Entscheidung kommen müssen, daß er für den Abschluß der gegenständlichen Vereinbarung nicht zuständig ist. Wenn der Gemeinderat nicht zu dieser weisen Entscheidung gefunden hätte, wäre es meine Aufgabe - als Bürgermeister - gewesen, im nachhinein gem. § 22 des Statutes für die Stadt Steyr mit der Vollziehung dieses Beschlusses innezuhalten, da er offensichtlich bestehende Gesetze bzw. Verordnungen verletzt hätte.

Damit sehen Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, daß - egal ob dieser Dringlichkeitsantrag der FP-Fraktion im Gemeinderat behandelt worden wäre oder nicht - kein anderes Ergebnis als die vorliegende Lösung zulässig und rechtmäßig ist.

Ich darf auch festhalten, daß mir - nicht so wie in der Zeitung berichtet - von der Landesregierung kein "Rüffel" zugemittelt wurde. Ich habe bis jetzt von der Landesregierung nur ein einziges Schreiben erhalten - das ist eine Kopie des Schreibens an Sie, sehr geehrter Hr. Vbgm.! Ich bin also "ungerüffelt" hier an diesem Platz. Somit habe ich das jetzt kundgetan, daß es der GR auch weiß. Es ist überhaupt unnatürl., sich darüber zu freuen, wenn der Bgm. "gerüffelt" wird!

Das kann sich doch keiner wünschen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben eine weitere gerichtsanhängige Sache zu behandeln. Anfang November 1993 erstattete Vizebürgermeister Dr. Pfeil bei der Staatsanwaltschaft Steyr **Anzeige gegen unbekannt**, da seiner Ansicht nach eine in der Resthofstraße errichtete Verkehrsinsel nicht ordnungsgemäß entfernt oder abgesichert worden war. Es stand der Vorwurf von Mißbrauch der Amtsgewalt und Gefährdung der körperlichen Sicherheit im Raum. Nach eingehender Untersuchung hat die Staatsanwaltschaft Steyr schließlich keine Gründe gefunden, die Strafanzeige Dr. Pfeils weiterzuverfolgen. Eine Zurücklegung der Anzeige war die Folge, die mit Schreiben vom 9. 2. d. J. dem Magistrat Steyr bekanntgegeben wurde.

Nun möchte ich noch eine weitere Presseinformation an die Öffentlichkeit behandeln. Und zwar geht es um eine Anzeige wegen **Verdacht der Bestechung eines Magistratsbediensteten durch die Staatsanwaltschaft**.

In der Ausgabe Nr. 3 der Steyrer-Zeitung vom 20. 1. 1994 wurde auf der Titelseite der Verdacht ausgesprochen, daß ein

von der Steyrer Zeitung als "Magistratler" bezeichneter Magistratsbediensteter bestochen worden sein soll. Die im weiteren in diesem Zeitungsartikel erhobenen Vorwürfe wurden von der kriminalpolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion Steyr einer eingehenden und detaillierten Untersuchung unterzogen, die allerdings keinerlei Anhaltspunkte für eine Untermauerung der ausgesprochenen Verdächtigungen ergeben hat.

Seitens der Kriminalpolizei wurde daher nach Abschluß der Untersuchungstätigkeiten am 18. 2. 1994 ein negativer Bericht an die Staatsanwaltschaft übermittelt, und wurde nunmehr von der Staatsanwaltschaft Steyr mit Schreiben vom 2. 3. 1994 mitgeteilt, daß keine Gründe für eine gerichtliche Verfolgung vorliegen, und daher die Strafanzeige von der Staatsanwaltschaft zurückgelegt wurde.

Damit ist nunmehr auch von objektiver Seite festgestellt, daß die erhobenen Anschuldigungen und Verdächtigungen offensichtlich unzutreffend und ungerechtfertigt erfolgt sind.

Zum angekündigten Verkehrs-Chaos im Jahre 1994 - auch in den Medien behandelt - einige Bemerkungen: Die in der Beilage der Oö. Nachrichten vom 3. 3. 1994 kolportierten künftigen chaotischen Verkehrsbedingungen in Steyr werden trotz

"Panikmache" nicht eintreten, da bereits im Vorfeld der Planungen größtmögliches Augenmerk auf die Beibehaltung der Verkehrsflüsse gelegt wurde.

Während der gesamten Bauzeit im Bereich der Wiesenbergbrücke werden so wie bisher für die gesamte Bauphase zwei Fahrstreifen zur Verfügung stehen. Lediglich bei der ins Auge gefaßten Sanierung der Fallenbrücke wird für diesen Teil eine Sperre der Fabrikstraße kurzzeitig unumgänglich sein. Den Fußgängern wird die Überquerung des Wehrwassers durch einen eigenen provisorischen Steg ermöglicht.

Hinsichtlich der Sanierung der Rederbrücke wurde mit der Landesbaudirektion vereinbart, daß im Jahre 1994 lediglich die Reparatur des Tragwerkes vorgenommen wird, wobei diese Arbeiten ohne nennenswerte Verkehrsbehinderung vonstatten gehen werden. Laut Aussage der Bundesstraßenverwaltung wird eine Sperre von einzelnen Fahrspuren auf der Rederbrücke allenfalls an einzelnen Tagen, und zwar zur Vornahme von Bohrungen, erforderlich sein. Es wurde versichert, daß diese in verkehrsarmen Zeiten, wie z. B. an Wochenenden, vorgenommen werden. Die weitere Sanierung der Rederbrücke soll für die Dauer der Bauzeit der Nordspangenumfahrung unterbrochen werden. Im Anschluß an die Sanierung der Fahrbahn auf der

Rederbrücke ist dann ein Umbau des Taborknotens zu einem Kreisverkehr geplant.

In Absprache mit der Landesbaudirektion und mit unserem Baustadtrat Ing. Othmar Schloßgangl konnte für diese doch bedeutsamen Straßenbau-Maßnahmen eine Lösung gefunden werden, die das Verkehrsgeschehen in der Stadt Steyr im Jahr 1994 zum einen nur unwesentlich und zum anderen in den verkehrsarmen Zeiten beeinträchtigen wird. Die von Vizebürgermeister Dr. Pfeil vorgeschlagene Einbahnregelung am innerstädtischen Verkehrsring kann zwar überprüft werden, aber ich glaube, daß aufgrund der Maßnahmen, die hier eingeleitet und getroffen wurden, gegenwärtig kein Grund dafür besteht. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte das vielleicht einmal eine Lösung werden. Aber wahrscheinlich erst in Zusammenhang mit der Situierung für Parkmöglichkeiten für den ruhenden Verkehr usw. am Umfang dieser Umfahrung. Es wird jedoch der Zukunft vorbehalten sein.

Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Kommen wir zu Punkt Nr. 4). Ich ersuche Sie, die in den Unterlagen mitgelieferten Beschlüsse des StS zur Kenntnis zu nehmen. Zur BEHANDLUNG DER VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE möchte ich nunmehr den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte um den Vortrag des Bürgermeisters.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Der erste Antrag, meine Damen und Herren des GR, beschäftigt sich mit der Mittelfreigabe für div., bereits beschlossene Gewerbeförderungen. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

1) Ge-781/91

Mittelfreigabe f. diverse, bereits beschlossene Gewerbeförderungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen und betriebswirtschaftl. Angelegenheiten vom 17. Februar 1994 wird der Auszahlung der bei geschlossenen Anlage angeführten Wirtschaftsförderungen nach Vorlage der entsprechenden Unterlagen zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden für das Rechnungsjahr 1994 folgende Mittel freigegeben: bei VAS 5/7820/756000.9 S 1,035.700,--; bei VAS 5/7820/776070.8 S 3,333,300,--.

(BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht das Wort dazu?
Keine Wortmeldungen. Wer ist
gegen diesen Antrag? Niemand.
Wer enthält sich der Stimme? 1
Enthaltung (VP) => StR Ing.
Othmar Schloßgangl enthält sich
wegen Befangenheit der Stimme.
Wer ist für diesen Antrag? Der
Rest. Danke sehr, der Antrag ist
mehrheitlich beschlossen.
Punkt Nr. 2) bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt
sich ebenfalls mit einem Ge-
werbeförderungs-Anliegen und
der Gewährung eines entspr.
Betrages. Es ergeht der Antrag
des StS an den GR:

2) Fin-44/93

Bioquelle Klaus Lösch Ges.
H., Haager Straße 44A,
Steyr; Gewerbeförde-
rung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
GB f. Finanzen und betriebs-
wirtschaftl. Angelegenheiten
vom 16. Februar 1994 wird der
Fa. Bioquelle Klaus Lösch
Ges.m.b.H., Haager Str. 44A, 4400
Steyr, für ihre anläßl. des
Lagerzubaues getätigten
Investitionen in der Höhe von ca.
S 4.900.000,-- (excl. MWSt.) ein
1%iger Zinsenzuschuß auf die
Dauer von fünf Jahren, berechnet
aufgrund eines fiktiven
Tilgungsplanes (Kapital: 4 Mill. S,
Laufzeit: 10 Jahre, halbjährl.

Kapitalraten), gewährt. Dies
bedeutet eine Gewerbeförderung
in der Höhe von ca. S 155.000,--,
verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei
VAST 5/7820/756000.9 Mittel in
der Höhe von S 39.000,-- für das
Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich ersuche Sie um Ihre Zu-
stimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Wer wünscht das Wort?
Niemand. Wenn Sie diesem
Antrag zustimmen, geben Sie
bitte ein Zeichen mit der Hand.
Danke. Stimmenthaltungen? Kei-
ne. Gegenstimmen? Ebenfalls
keine. Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Punkt Nr. 3) ist ein weiterer
Gewerbeförderungs-Antrag. Der
Antrag des StS an den GR lautet:

3) Fin-9/93

Firma Schachner Leopold,
Sierninger Str., 4400 Steyr;
Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
GB f. Finanzen und betriebs-
wirtschaftl. Angelegenheiten v.
17. Februar 1994 wird der Fa.
Schachner Leopold, Sierninger
Straße, 4400 Steyr, für die anläßl.
des Neubaus des Betriebs-
gebäudes getätigten Investi-
tionen in der Höhe von ca. 8 Mill.

S für ein 20jähriges Darlehen bei der RAIKA Sierning in der Höhe von 2 Mill. S ein 2%iger Zinsenzuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 191.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VAS 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 11.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Um Ihre Zustimmung wird gebeten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, dann bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag ist ein Antrag der FPÖ-GR-Fraktion, der rechtzeitig und genügend unterstützt eingebracht wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

4) Präs-84/94

Erstellung eines ökologischen Konzeptes zur Nutzung der Flächen d. von der Stadt Steyr erworbenen Stadtgutgründe.

Die unterzeichneten Mandatare d. GR der Stadt Steyr stellen gem. § 12 (1) des Stadtstatutes in

Verbindung mit § 6 der GO folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

DIE ERSTELLUNG EINES ÖKOLOGISCHEN KONZEPTE ZUR NUTZUNG DER FLÄCHEN DER VON DER STADT STEYR ERWORBENEN STADTGUTGRÜNDE.

Der GR der Stadt Steyr beschloß im Vorjahr einstimmig den Kauf des Stadtgutareals im Gesamtausmaß von 1.152.913 m² aus dem Besitz der Chemie Linz AG.

Dieser Erwerb der Stadtgutgründe gibt Steyr die Chance, eine bisher überwiegend landwirtschaftl. genutzte Fläche langfristig so wesentlichen Zielen, wie

- Trinkwasser- u. Grundwasserschutz
- Freizeit, Naherholung
- Ökologie und Naturschutz
- Baulandwidmung
- Infrastruktur u. a.,

nach den lokalen Bedürfnissen zu widmen und zu gestalten.

Voraussetzungen für eine langfristige Planung sind:

die Aufnahme des IST-Zustandes u. der Rahmenbedingungen

- ökologisch wertvolle Flächen
- Grundwassersituation
- landwirtschaftl. Nutzung
- Jagd, Fischerei
- Naherholung
- Flächenwidmung
- Baulandbedarf u. a.

Konzepterstellung aufgrund d. Datenerhebung hinsichtlich:

- Flächenwidmung
- Flächengestaltung
- Flächennutzung

Die Vorschläge sollten in erster Linie auf die öffentl. Interessen der Naherholung u. Ökologie abgestimmt sein sowie Begleitmaßnahmen für die Errichtung der Nordspange beinhalten.

Für die Durchführung dieser vorhin angeführten Konzepterstellung sollten externe Fachleute über eine Ausschreibung gewonnen werden. Miteinbezogen in eine Ausschreibung sollten auf alle Fälle Fachleute, wie Univ. Prof. Dr. Gälzer (TU Wien) und Univ. Prof. Dr. Schacht (Boku Wien), werden.

Der Antrag ist - wie gesagt - ausreichend unterstützt und soll somit debattiert bzw. behandelt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Zu Wort hat sich Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Hr. Bgm.! Ich bedanke mich bei Ihnen für den Vortrag dieses Antrages und möchte unterstützend noch dazu sagen, daß hier die einmalige Chance besteht, daß man auf einem sehr großen, zusammenhängenden Gebiet ökologisch wertvolle Flächen für unsere Kinder und

für unsere Kindeskindern sichert! Wir denken, daß - hier sind wir unterschiedl. Meinung, wie ich vor 2 Tagen in unserer Diskussion im Finanz- und Rechtsausschuß erfahren durfte - einem StEK in diesem Bereich von der ökologischen Seite her ein ökologisches Grundkonzept zugrunde gelegt werden muß!

Es kann nicht so sein, daß zuerst ein Stadtentwickler hergeht. Welche Gebiete brauchen wir für Wohnbauten, für Ackerbau, für den Verkauf an Bauern; welche Gebiete brauchen wir für die Jagd, welche Gebiete für die Fischerei? Wir haben hier wirklich die einmalige Chance, im Norden der Stadt - fast in Fußwegnähe -, in einem sehr großen Wohngebiet, nämlich im Resthof, Gebiete zu sichern - unter Bedacht der jetzt schon geplanten Vorhaben, wie z. B. Nordspange. Das gehört im Projekt auch inkludiert; genauso gut wie Tauschgründe. Wo soll sich die Stadt erweitern, aber wo darf sie sich nicht erweitern? Das soll auch bei dieser Voruntersuchung entscheidend sein, die dann als Grundlage für den Stadtplaner herangezogen werden muß. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. GR Straßer.

GEMEINDERAT

FRANZ STRASSER:

Geschätzte Herren Bgm., liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht ganz der Meinung des Hr. Vbgm.! Es wäre eine sehr gute Sache, wenn wir sparen würden - gerade auf diese Zeitung, die wir heute von der FPÖ bekommen haben. Ich glaube, daß dies eine gute Gelegenheit wäre, um mit dem Ökologie-Gutachten einmal abzuwarten.

Wir haben diese Gründe deswegen gekauft, weil es erstens eine Jahrhundertchance ist, so ein großes Gebiet zu bekommen; zweitens wird sich ein Großteil der Nordspange auf diesem Gebiet befinden. D. h., wir haben dann eher weniger Probleme bei den Grundverhandlungen und bei den Ablösungen. Die Nordspange selbst ist im Teil des Stadtgebietes auf einem Grund, der landwirtschaftl. nicht unbedingt der beste ist.

Den zweiten Teil dieses großen Grundstückes müssen wir - wie Sie schon gesagt haben - bereithalten für Tauschgründe. Es ist dort unten schon so, daß die Landwirte rel. viel Grund abgeben müssen. Es gibt einige, die für die Nordspange einen Grund hergeben müssen. Bei der Erweiterung der Mülldeponie erwischt es wieder Bauern aus diesem Gebiet. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Gebiete im Brunnenschutzgebiet nicht mehr landwirtschaftl. genutzt werden dürfen; d. h., die von

diesen Bauern gepachteten Flächen liegen brach.

Ich bin daher schon der Meinung, daß man das vorübergehend einmal so lassen sollte. Es wurde mit den Bauern ausverhandelt, wie diese 115 ha aufgeteilt wurden. Ich glaube, 6 oder 7 Bauern haben Anteile, die sie gepachtet haben. Die brauchen diesen Grund zum Überleben, ansonsten sind sie nicht mehr existenzfähig. Daher bin ich der Meinung, daß man zuerst die Straße bauen, dann mit den Bauern verhandeln soll und anschließend schauen soll, was als ökologisches Gutachten noch zu machen ist.

Ich weiß nämlich nicht, ob es sinnvoll ist, dort, wo die Nordspange einmal hinkommt, jetzt die Brennesseln zu zählen und dafür etwas bezahlen zu müssen. Ich glaube, daß man diesen Antrag ablehnen soll.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Ich möchte Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil ersuchen, den Vorsitz zu übernehmen. Ich möchte eine Fraktionserklärung abgeben!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Ihnen das Wort für die Fraktionserklärung der SPÖ!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ist das etwas Schlechtes?

Nach langer und reiflicher Überlegung Ihres Vorschlages, der ja an sich sehr vernünftig und gut klingt - das möchte ich gar nicht abstreiten -, ist unsere Fraktion doch zu der Meinung gelangt, daß es etwas verfrüht ist, das zu machen, was Sie vorschlagen. Wir stehen dem nicht ablehnend gegenüber, nur der Zeitpunkt paßt uns jetzt nicht in unsere Überlegungen und Planungen hinein.

Schließlich haben wir das von Ihnen angesprochene StEK an Hr. Prof. Dr. Breitling vergeben; und soviel Zeit muß sein, daß wir abwarten, was uns der beauftragte Professor Breitling vorlegt. Erst dann ist der Zeitpunkt gegeben.

Die Beratung und Beschlußfassung über die Verwertung von einzelnen Flächen - wie Hr. GR Straßer anführt - werden noch breiten Raum in unseren Überlegungen einnehmen müssen. Denn - wie er richtig gesagt hat - 115 ha machen das Stadtgut aus. Etwa 12 oder 15 ha befinden sich als Streuflächen im Besitz der Stadt. Zusammen ergibt das einen Flächenplan von ca. 130 ha. Wenn wir nun den Grund abziehen, der für die Nordspangen-Errichtung notwendig sein wird, kristallisiert sich erst heraus, was wir mit den sog. Restflächen machen.

Diese Restflächen werden dann genauso agrarisch genutzt wie jetzt. D. h., es ist kein Schaden im Verzug, wo wir unbedingt sofort

mit noch neueren Plänen eingreifen müssen. Die Wartung des Bodens - es verwildert nichts, es ist kein Schaden zu sehen.

Daher appelliere ich an alle Fraktionen hier im GR, uns bei der Ablehnung dieses Vorschlages zu unterstützen.

Wenn ich gleich zu Punkt Nr. 5) sprechen darf, um mir einen Weg zu ersparen: Auch hier gelten dieselben Überlegungen. Denn bei Punkt Nr. 5) geht es um das Raumkonzept für die Stadt unter bes. Berücksichtigung der Anbindung der Wirtschaftsregion Steyr an die überregionalen Verkehrsträger. Auch hier sollen wir doch zuerst das Grundkonzept abwarten und dann tätig werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Hr. GR Apfelthaler. Ich gebe den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. GR Apfelthaler das Wort.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrter Herr Bgm., werter GR! Wir sind in diesem Punkt nicht Ihrer Meinung, Hr. Vbgm. Sablik. Weil wir nämlich glauben, daß wir nicht rechtzeitig genug

mit diesem Projekt anfangen können.

Zur Aussage des Koll. Straßer. Es tut mir leid, aber das Brennesselzählen ist schon ein bißchen wenig, wenn man die Ausmaße dort unten sieht.

Im großen und ganzen können wir uns selbstverständlich damit einverstanden erklären, möchten aber nur im letzten Absatz etwas ändern: "Miteinbezogen in eine Ausschreibung sollten auf alle Fälle Fachleute, wie Dr. Gälzer und Dr. Schacht, werden." Ich kenne diese Herren leider nicht und möchte bitten, daß man im Sinne einer Wettbewerbsfreiheit die beiden herausstreicht. Ansonsten könnten wir uns diesem Antrag anschließen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Hr. Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Mit dem Ankauf des Stadtgutes haben wir wirklich eine Jahrhundertchance wahrgenommen. Es sind dort 16.900 m² Gartenfläche, es ist ein verbautes Gebiet von 6.600 m² mit dem Vierkanthof; es gibt einen Wald von 16 ha, der aus Laub- und Nadelwald besteht und sehr gut gemischt ist; und es sind 30.000 m² Seen und Gewässer. Die Restfläche, also ungefähr die Hälfte ist landwirtschaftl. ge-

nutzt. Wir sind der Meinung, daß dies auch in Hinkunft - zumindest vorübergehend - so bleiben soll. Es ist auch von den Vorrednern schon angesprochen worden, daß wir erstens für die Bauern dringend Tauschflächen brauchen (für die Nordspange) und daß wir dieses Gebiet auch als Naherholungsgebiet erhalten wollen. Außerdem möchten wir - soweit es geht - es als Gewerbe- bzw. Wohngebiet nutzen.

Wir alle haben sehr vehement ein StEK gefordert - von Prof. Breitling. Er wurde auch beauftragt und wird alle wesentl. Punkte in seiner Zusammenstellung bzw. in seiner Bestands- und Istaufnahme festhalten. Wenn geklärt ist, wofür die einzelnen Grundstücke und Flächen unbedingt benötigt werden - die Planung der Nordspange steht ja im wesentl. fest; auch da hat man schon von Haus aus Rücksicht auf die ökologischen Verhältnisse in diesem Gebiet genommen -, dann wird sicherlich einem Gutachten in ökologischer Hinsicht nichts im Wege stehen. Nur jetzt im Moment, bevor dieses StEK hier ist, finde ich es auch verfrüht. Wir werden daher diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ja genau der springende Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn geklärt ist, wofür die Grundstücke benötigt werden - genau der umgekehrte Fall soll hier eintreten! Man kann nicht früh genug zu planen beginnen bzw. ein ökologisches Gutachten erstellen lassen.

Meine Damen und Herren, Hr. Prof. Breitling ist kein Ökologe! Ich werde jetzt LR Pühringer zitieren, der gerade in den letzten Tagen in bezug auf Umweltmaßnahmen gesagt hat: "PLANEN ist viel billiger als SANIEREN!" Das kann man hier wirklich anwenden - das muß man hier anwenden! Ich glaube, es wird vielleicht hier im GR nicht richtig verstanden! Die Stadtentwicklung soll dort Platz greifen, wo man das ökologische Grundgerüst zugrunde gelegt hat. Nicht umgekehrt! Nicht, daß man zuerst die Grundstücke verteilt und dann sieht, was für die Natur bzw. für die Ökologie übrig bleibt!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Zu diesem "Vaterschaftsverfahren" hat sich jetzt Hr. GR Fürweger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich hätte mich

eigentl. gar nicht zu Wort gemeldet. Aber nach diesen Wortmeldungen muß man etwas sagen. Wenn uns vorgeworfen wird, wir sind hier ein bißchen zu schnell, dann glaube ich, daß man das in der Vergangenheit leider nicht gemacht hat. Wenn ich mir den Tabor oder den Resthof ansehe, dann frage ich mich schon, wo hier die Planung war! Wenn ich mir die Verkehrssituation am Taborknoten anschau - wo war dann die Planung wirklich vor 30 Jahren? Und wenn ich jetzt weiß, daß das Grundwasser um viel Geld doch schon untersucht werden muß, und wir wissen gar nicht, wo diese Verunreinigung liegt, und wir nehmen an, daß es an einer Stelle ist, wo jetzt eine Firma ihre Halle errichtet hat, dann frage ich mich schon, was man in der Vergangenheit gemacht hat!

Wir wollen jetzt schon im vorhinein eine Planung für die Zukunft machen! Mein Kollege hat es ja gesagt - für unsere Kinder und Kindeskind. Und weil sich Koll. Straßer Sorgen um die Landwirte macht - es steht hier herinnen: landwirtschaftl. Nutzung, Jagd, Fischerei, Naherholung. Das wird überhaupt nicht ausgegliedert. Es geht hier nicht nur um die Nordspange, bitte. Das möchte ich auch vom "Tisch" haben. Es geht um eine riesige Fläche im Norden der Stadt Steyr.

Uns jetzt den Vorwurf zu machen, daß wir zu schnell sind,

finde ich schon gut! Ich glaube, es ist unsere Aufgabe hier herinnen, für die Zukunft zu sorgen. Daß ich als einer der jüngsten GR dies ansprechen muß, ist eigentl. auch traurig. Die älteren Politiker müßten das sehr wohl aufgreifen und die Fehler, die in der Vergangenheit passiert sind, abstellen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Spöck bitte.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich fürchte durch die Wortmeldungen - und ich bin bestätigt worden, insbes. vom Koll. Apfelthaler -, daß es sehr wohl durch diesen Antrag zu einer Verzögerung beim Bau der Nordspange kommen wird. Es ist von Vorrednern - Koll. Straßer und auch Vbgm. Sablik - richtigerweise gesagt worden, daß wir damals beim Erwerb von Grundstücksreserven gesprochen haben; ich zitiere Koll. Mayr, der damals gemeint hat: "Grundstückseinslösen für die Nordspange sind mit den Bauern immer leichter, wenn man ihnen wieder einen Grund zur Verfügung stellt. Die Betriebe, die dort betroffen sind, sind eher kleinbäuerliche Betriebe, wo jeder Quadratmeter abgeht!" Von Tauschaktionen hat damals auch Koll. Dr. Schwager gesprochen.

Ich möchte heute - und das ist auch der Grund meiner Wortmeldung - nur klarstellen, daß dieser Grund für die Nordspange zur Verfügung stehen muß. Die Verwirklichung der Nordspange steht uns ja - wie wir bei einem Gespräch mit LR Pühringer und seinen Beamten bzw. mit Vertretern der Stadt im Pfarrheim auf dem Tabor gehört haben - in naher Zukunft ins Haus. Hier darf es durch solche Analysen bzw. Studien auf keinen Fall zu einer Verzögerung der Nordspange kommen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. GR Vanek.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Koll. Apfelthaler hat ja vorhin schon gesagt, daß es notwendig ist, einmal die Diskussion zu beginnen, welche Nutzung wir auf diesem großen Areal des Stadtgutes haben wollen. Denn nicht umsonst, glaube ich, nennt sich dieses Gebiet Naherholungsgebiet. Wenn wir dort draußen wieder so eine wirre Planung beginnen, wie in manch anderen Stadtteilen, dann möchte ich nicht sehen, wie es in 20 Jahren dort aussieht.

Darum finde ich es wichtig, daß man durch dieses Konzept eine erstmalige Diskussionsphase beginnt, was wir überhaupt dort draußen machen wollen.

Zum Koll. Straßer - zum Stichwort "Brennesseln zählen". Ich glaube, es ist schon wichtig, daß man dort draußen die Brennesseln zählt; auch an anderen Orten gibt es Brennesseln, die genauso gezählt werden müssen. Aus diesem Grund möchte ich wieder einmal den Vorschlag aufwerfen, daß wir im Stadtgebiet eine Biotop-Kartierung durchführen, um festzustellen, wo wir überall ökologisch wertvolle Flächen haben!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nächster Redner ist Hr. StR Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich befinde mich auch in derselben Situation, daß ich mich heute zu diesem Thema nicht zu Wort gemeldet hätte, weil Hr. Vbgm. Dr. Pfeil die Begründung vor diesem GR sehr treffend zum Ausdruck gebracht hat. Aber einige Wortmeldungen veranlassen mich ebenfalls, einen Beitrag dazu zu leisten.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits des öfteren und bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hingewiesen, daß ich es für sehr sinnvoll gehalten habe - hier bin ich sogar derselben Meinung wie Koll. Schloßgangl - und daß es eine Jahrhundertchance für die Gemeinde

war, dieses Areal dort unten anzukaufen. Aber, meine Damen und Herren, wir stehen doch vor der Tatsache, daß wir jetzt zur Zeit, obwohl der Ankauf bereits einige Zeit zurückliegt, was dort zu geschehen hat - mit Ausnahme des einen eher geringen Teils, den Koll. Spöck herangezogen hat, daß dort zum Teil auf diesem Gebiet die Nordspange errichtet werden soll.

Daher, meine Damen und Herren, um rechtzeitig eine Vorplanung zu machen, gehen wir davon aus - ich freue mich sehr, daß auch Koll. Sablik unserer Meinung ist, nur sagt er, der Zeitpunkt ist nicht richtig -, daß wir fordern, daß die Erstellung eines ökologischen Gutachtens und die Nutzung der Flächen der von der Stadt angeworbenen Stadtgutgründe wichtig wäre.

Dies steht auch sehr deutlich in unserem Antrag drinnen. Wir wollen wissen, was dort mit dem Trinkwasser und mit dem Grundwasserschutz geschieht! Was soll für den Freizeit- und Naherholungsbedarf an Flächen zur Verfügung gestellt werden? Wie sieht es mit der Ökologie und mit dem Naturschutz dort unten in diesem Gebiet aus? Es ist auch die Bauland-Widmung enthalten; und die Infrastruktur. Ich kann mich nicht erinnern, daß in irgendeiner Form jemals wer von uns gesagt hätte, daß wir dadurch das Projekt der Nordspange verzögern oder gar verhindern wollen! Das muß ich

sehr deutlich sagen, denn das ist sicherlich nicht in unserem Interesse und - so glaube ich - wird auch davon nicht berührt!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Hr. StR Holub ist nun am Wort.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Tätigkeit eines Konzepterstellers für ein StEK vor Augen führt und sozusagen eine Checkliste macht, was denn dieser Fachmann zu untersuchen hat und was nicht, so wird man ganz zwangsläufig darauf stoßen, daß die Erwägung der ökologischen Voraussetzungen Gegenstand der Betrachtung des Gutachters sein muß. Es ist ziemlich unerheblich, ob der Gesamtgutachten-Ersteller in seiner eigenen Person ein Ökologe ist oder ob er sich über zugekaufte, von ihm beschaffte Leistungen mit ökologischen Kenntnissen versorgt. Ich glaube, daß es ziemlich schlecht wäre, das Ergebnis dieser Untersuchung jetzt - bevor es auf dem Tisch liegt - schon zu konkretisieren und von Haus aus zu behaupten, daß sich der StEK-Ersteller mit den falschen Fachleuten versorgt hätte.

Ein bißchen kommt es mir schon so vor, meine Damen und Herren, als sollte die Stadt Steyr mit aller Gewalt als "deppert" dargestellt

werden; und ein bißchen erinnert mich das schon sehr an eine Kommando-Aktion, die man in vergangenen Jahren als "5. Kolonne" bezeichnet hat. Immer dann, wenn Dinge endlich in Gang gekommen sind, wie jetzt Gott sei Dank die Entwicklung um die Nordspange, immer dann fordert man neue Gutachten; immer dann, wenn diese Gutachter-Tätigkeit vielleicht - ich wünsche mir, daß der Antrag der Freiheitl. vom GR nicht angenommen wird - immer dann könnte man im nachhinein sagen, die Rathaus-Mehrheiten - wie schreiben Sie so richtig oder schön, meinen Sie, daß es richtig ist, meinen Sie, daß es schön ist -, die Einheitsparteien im Rathaus hätten wieder einmal nichts zuwege gebracht. Sie könnten dann die Versäumnisse vorwerfen, und ich kann mich eben des Eindrucks nicht erwehren, meine Damen und Herren, daß es beim vorliegenden Antrag um gar nichts anderes geht. So simpel sind die Wahrheiten meiner Meinung nach!

Hier jetzt das ökologische "Fähnchen" an das "blaue Hütchen" zu stecken, ist wirklich ein "schlimmer Kaffee", weil die Erwägung um die Ökologie dort einfach in sich selbst in einem Konzept Bestandteil sein muß! Ja glauben Sie denn wirklich, daß nur Sie so gescheit sind? Daß irgendjemand von uns nicht daran denkt, daß ökologische Erwägungen bei einem StEK

wesentl. sind? Wozu würde man denn ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, das glaube ich!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Es ist Ihnen unbenommen, das zu glauben! Ich bin nur etwas überrascht von einem intelligenten Menschen, wie Sie, Hr. Dr. Pfeil, daß Sie andere für dermaßen "blöd" halten! Glauben Sie denn wirklich, daß wir die Stadt mutwillig zugrunde richten wollen? Glauben Sie denn wirklich, daß man das Geld für ein StEK ausgibt, ohne daran zu denken, wie und nach welchen Gesichtspunkten sich die Stadt entwickeln soll? Glauben Sie etwa, daß es nur um die verbauten Kubikmeter Beton geht? Glauben Sie etwa, daß es nur um die Kubikmeter errichteten Wohnraum geht in einem Entwicklungskonzept? Dann haben Sie die Aufgabenstellung eines Entwicklers völlig falsch verstanden.

Ich glaube aber eher, daß es Ihnen darum geht, daß Sie mit dem beauftragten Dr. Breitling von Haus aus nicht einverstanden waren! Und daß Sie daher in alter Gewohnheit jeden, mit dem Sie nicht ursprüngl. übereingestimmt haben, niedermachen! Nichts anderes geschieht - und dagegen setze ich mich zur Wehr!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Meine sehr geehrten Herren Bgm.! Liebe Damen und Herren des GR! Hr. StR Holub hat, glaube ich, mit seiner Meinung auch - jedenfalls nach dem, was wir von seinem StR-Kollegen Schloßgangl gehört haben - über die Fraktionsmeinung hinausgeschossen. Es liegt uns fern, daß wir die Stadtverwaltung für "blöd" halten, und es liegt uns erst recht fern, Ihnen zu unterstellen, die Stadt mutwillig zugrunde zu richten. Aber festzustellen, daß mit Fehlplanungen fahrlässig schon manches geschehen ist, werden Sie uns kaum bestreiten können.

Eines möchte ich noch zu dem sagen, was hier immer wieder ins Gespräch gebracht wird. Sie verkennen, daß die Nordspange von uns überhaupt nicht in Streit gezogen wird. Das ist eine beschlossene Sache. Es ist selbstverständlich, daß diese von uns weder verzögert noch verhindert werden soll. Verhindert werden soll eine Fehlplanung in ökologischer Richtung - hinsichtlich der verbleibenden Grundstücke. Dann können wir - wenn wir eine derartige ökologische Planung haben - auch sagen, welche Grundstücke

gegen welche allenfalls getauscht werden müssen.

Aber wir können jetzt nicht sagen, daß es zu früh ist - wie es die Fraktionsmeinung der SP war. Hier muß sich die Koalition schon einig werden: ist es "Blödsinn" oder ist es zu früh! Wenn es zu früh ist, dann kann man vielleicht später einen "Blödsinn" machen!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall. Dann ersuche ich den Bürgermeister um sein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Zwischen Weihnachten u. Neujahr bin ich die Grundgrenzen unseres neuen, großen Grundstückes abgegangen. Ich habe niemanden von Ihnen gesehen - wahrscheinlich sind Sie zu einem anderen Zeitpunkt dort gegangen! Brennesseln habe ich übrigens kaum gesehen, Hr. Koll. Straßer.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann Ihnen nur versichern, daß wir absolut nichts Böses im Sinn haben mit dem Stadtgut. Es freut mich, daß eine so ein-

vernehmliche Meinung vorherrscht, daß es eine Jahrhundertchance war, die wir beim "Schopf" ergriffen haben.

Ich persönl. wäre sehr böse auf Prof. Dr. Breitling, wenn seine Widmungs-Vorschläge für das Stadtgut nicht auf alle diese Dinge Bezug nehmen, die wir für die Entwicklung der Stadt brauchen. Deswegen haben wir das ja in Auftrag gegeben - außerdem hat es nicht wenig gekostet!

Natürl. kann man fragen, was zuerst war: die Henne oder das Ei. Ich war immer der Auffassung - das habe ich auf des öfteren zum Ausdruck gebracht -, daß die Raumordnung sozusagen das "Tortenblech" ist. Auf dem, was wir hier an Raum haben, ist alles aufgebaut - nämlich zum Teil schon, zum Teil kann es noch werden. Das ist zu ordnen! Genau deswegen bin ich dafür eingetreten - viele andere auch!

In diesem GR hat ja Hr. Prof. Breitling den Auftrag bekommen. Andere hätten vielleicht gesagt: "Was wollt Ihr denn, liebe Steyrerinnen und Steyrer!" Man kann StEKe nach versch. Gesichtspunkten machen. Ich gehe davon aus, daß das StEK des Prof. Breitling - wenn es vorgelegt wird - im GR diskutiert wird und daß wir dort viele Aufschlüsse erfahren bzw. viele Vorschläge haben werden, was dort alles geschehen kann. Wir haben ja auch diskutiert, was wir

uns vorstellen. Zunächst wollen wir einmal gar nichts tun, bevor dieses StEK nicht "auf dem Tisch liegt". Dann werden wir es im GR behandeln. Wir können uns vorstellen, daß dieses Stadtgut Naherholungsgebiet ist. Wenn man es kennt, wird man von selbst nicht um diese Vorstellung herumkommen.

Wir können uns aber auch vorstellen, daß es in manchen Teilen Betriebsansiedlungs-Gebiet sein kann; und in anderen Teilen vielleicht Bauhoffnungsland. Wir wollen uns diesbezüglich Vorschläge unterbreiten lassen. Viele Flächen werden wahrscheinlich so bleiben wie sie jetzt sind und weiterhin landwirtschaftl. genutzt werden. Wenn wir dann glauben, daß uns das Konzept des Hrn. Prof. Breitling zu wenig an Orientierung für die Zukunft gibt, dann bin ich der erste, bei dem Gehör gefunden wird, wenn man z. B. die Überlegung hätte, daß irgendjemand bei den Fischteichen eine Vermarktung dieser herrlichen Landschaft durchführen möchte und vielleicht ein Buffet errichtet u. a. m. Dann wird man sich überlegen müssen, ob man ein derartiges Gutachten macht. Es gibt auch viele andere denkbare Anlässe.

Gegenwärtig glaube ich, daß es sich hier um das Inauftraggeben von konkurrenzierenden Gutachten handelt. Wir haben auch im Budget nichts dafür

vorgesehen. Eigentl. sehe ich das gegenwärtig nicht als zweckmäßig an.

Eines möchte ich allerdings auch noch festhalten. Es ist schon interessant, daß gerade die FPÖ-Fraktion jetzt diesen Antrag nach dem ökologischen Gutachten stellt - zum selben Zeitpunkt, wo ich als Sportreferent kritisiert werde, weil ich nicht bereit war, sofort auf den "Zug" aufzuspringen, der auch von der FPÖ in Gang gesetzt worden wäre; daß man nämlich dort mehrere Fußballfelder und ein Sportzentrum für die Jugend und für die Fußballvereine macht - ins Grüne! An sich haben die das von mir nie verlangt! Gleichzeitig wollen Sie ein ökologisches Gutachten haben. Wäre ich damals gleich "aufgesprungen" auf Ihren Antrag, Hr. Dr. Pfeil, würden dort heute schon die Bagger herumfahren.

So kann man jedenfalls Politik seriöserweise mit mir nicht machen! Da muß man sich wirklich überlegen, was man tut und wo die Bedürfnisse liegen. Ich bin in diesem Fall für ein langsames, bedachtes, sorgfältiges Vorgehen mit diesem Grundstück. Darauf können Sie sich verlassen!

Nun muß ich noch ein wenig auf die Wortmeldung des Koll. Fürweger eingehen. Wissen Sie, der Abend ist immer klüger als der Morgen! 1962 waren Sie noch ein sehr, sehr junger Mann. Damals gab es eine große

Wohnungsnot. Die Verantwortlichen der Gemeinde standen damals vor dem Problem, wie sie den Wohnraum für die Menschen schaffen, die diese Wohnungen gesucht haben. Sie haben nach den damaligen Erkenntnissen und Planungen - das waren nämlich sehr wohl Planungen - auf dem Tabor zu bauen begonnen. Man würde das heute sicher anders tun. Aber der Resthof war eine Gesamtplanung! Diese ist hier beschlossen worden.

In dieser Zeit war man der Meinung, daß man so bauen sollte. Es wurde ja nicht nur in Steyr so gebaut. Ich habe nicht gesagt, daß es die beste Qualität ist. Heute sind wir natürl. klüger als in der Vergangenheit - das geht jedem von uns so!

Wenn man die Stadt Steyr betrachtet, muß man sagen, sie ist das Ergebnis einer reizvollen Fehlplanung. Vor 1000 Jahren, als sie gebaut wurde, hat man so enge Straßen gemacht. Das ist zwar sehr nett, aber für unsere Bedürfnisse heute - mit den 22.000 Fahrzeugen - völlig ungeeignet. Das wissen ja die Verkehrspolitiker!

Ich bitte Sie also, alles aus der Sicht der Zeit zu beobachten bzw. zu beurteilen, und nicht einfach die Steine auf jene Leute werfen, die sich damals bemüht haben, auch nach bestem Wissen und Gewissen die Dinge in Gang zu setzen.

Unter diesen Umständen, glaube ich, sollten wir Schritt für Schritt vorwärts gehen. Auch in der Frage "Stadtgut" (Widmung, Verwendung) sollten wir einmal abwarten, was uns das Gutachten des Prof. Breitling bringt, das wir gemeinsam beschlossen haben; dann wollen wir weitersehen. Wenn wir ein ökologisches Gutachten brauchen, und der GR dieser Auffassung ist, gibt es nichts dagegen einzuwenden. Gegenwärtig würde ich diesen Antrag hier ablehnen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wenn Sie diesem Antrag zustimmen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 10 Pro-Stimmen (8 FP, 2 GAL). Wer enthält sich der Stimme? Keine Enthaltungen. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest (SP + VP).

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ein weiterer, ausreichend unterstützter Antrag der FPÖ-Fraktion an den GR hat folgenden Wortlaut:

5) Präs-85/94

Raumkonz. f. d. Stadt Steyr unter bes. Berücksichtigung Anbindung d. Wirtschaftsregion Steyr an die überregionalen Verkehrsträger.

Der Gemeinderat von Steyr möge beschließen:

Der GR der Stadt Steyr erteilt einen Auftrag zur Erstellung eines Raumkonzeptes mit besonderer Berücksichtigung der Anbindung der Wirtschaftsregion Steyr an die überregionalen Verkehrsträger.

Dieses Gutachten soll enthalten:

- Raumplanerische Untersuchung
- Kosten-Nutzen-Analyse
- Volkswirtschaftlicher Gewinn f. die Region Steyr
- Untersuchung des Verkehrsaufkommens (Verlagerungspotentials vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr)
- Entwicklungsmöglichkeiten und -risiken für die Region Steyr mit Rücksicht auf die großräumigen künftigen Entwicklungstendenzen im EWR und in der EU

Als Auftragnehmer kommen in Frage:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung; kurz: WIFO, 1103 Wien, Postfach 91, Wien 3, Arsenal, Objekt 20
DI Dr. Gerhard Platzer, Raum- u. Verkehrsplanungsbüro, Wien

BEGRÜNDUNGEN:

Fortsetzung der Willenskundgebung des Steyrer Gemeinderates (Resolution vom Jänner 1993).

Die Willenskundgebung des Oö. Landtages vom Jänner 1994. Der Oö. Landtag hat am 27. 1. 1994 einstimmig folgenden Resolutionstext beschlossen:

"Die Oö. Landesregierung wird ersucht, mit den zuständigen Bundesstellen Verhandlungen

darüber zu führen, daß die Stadt Steyr im Rahmen des bevorstehenden viergleisigen Ausbaues der ÖBB-Strecke Amstetten - Linz berücksichtigt und anläßlich der Neutrassierung zw. Seitenstetten und St. Valentin eine Strecke von zwei Bahngleisen über Steyr geführt wird.

Begründung:

Die Industriestadt Steyr weist mit rd. 40.000 Einwohnern die höchste Arbeitslosenrate auf. Weitere Betriebsansiedlungen, vor allem jene von größeren Unternehmen, werden neben vielen anderen Kriterien auch nach den verkehrstechnischen Möglichkeiten beurteilt. Gerade hier zählt die Region Steyr, die schon in der Vergangenheit vehement den Anschluß an die Westbahn gefordert hat, zu den am schlechtest erschlossenen Gebieten Österreichs.

Der in jüngster Zeit forcierte Ausbau der sog. Nordspange ist wohl von regionaler Bedeutung, stellt aber keinen Ersatz für den Westbahn-Anschluß dar. Die Region Steyr wird daher wirtschaftlich nur dann überleben können, wenn sie auch verkehrstechnisch ausreichend erschlossen wird. Dieser Ansicht ist auch das Wirtschaftsforschungsinstitut anläßlich einer Podiumsdiskussion zu Verkehrsfragen am 22. 11. 1993 in Steyr beigetreten.

Da die ÖBB bereits im Jahr 1992 den 4gleisigen Ausbau der Westbahnstrecke zw. Amstetten

und Attnang-Puchheim mit teilweiser Neutrassierung beschlossen hat, wäre auch eine Streckenführung über Steyr möglich. Sie würde nur um einen Kilometer länger und rd. eine Milliarde teurer als die ursprünglich geplante Variante ausfallen. Angesichts der 2,3 Mrd. S, die in den Ausbau der Südbahn fließen, ist auch für das Bundesland OÖ., insbes. für die Region Steyr, die Stadt Steyr sowie das untere Ennstal und das Steyrtal, die Forderung nach Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gerechtfertigt. Dies gilt vor allem dann, wenn es darum geht, extrem benachteiligte Gebiete aus ihrer Randlage zu befreien und wirtschaftl. Impulse zu setzen, die sich wiederum pos. auf den Arbeitsmarkt auswirken würden."

- Dieser FPÖ-Initiativantrag im Oö. Landtag wurde am 27. 1. 1994 auch von ÖVP und SPÖ (einstimmig) beschlossen. Der Resolutionseinhalt wurde an einen Ausschuß am 10. 2. 1994 zugewiesen. Ein eigener LT-Unterausschuß wurde eingesetzt und behandelt diese Steyrer Forderungen.

- Zur Unterstützung dieser LT-Unterausschußarbeit erscheint es daher unumgänglich notwendig, selbst - von der Stadt Steyr aus - aktiv zu werden und ein unabhängiges verkehrspol. Raumkonzept für die Stadt Steyr vorzulegen.

Gleichzeitig wird der beigelegte Resolutionstext des Oö. Landtages inhaltlich auch vom GR der Stadt Steyr unterstützt.

- BM Dr. Viktor Klima hat Vertretern der Stadt in einem Gespräch am 6. 4. 1993 in Wien zugesagt, den weiteren Ausbau der HL-Bahn im Bereich Amstetten - St. Valentin mit bes. Berücksichtigung der Einbindungsmöglichkeiten von Steyr überprüfen zu lassen.

Im wesentl. sind in dieser Studie aber nur Streckenvarianten auf ihre Machbarkeit und die Betriebskosten der ÖBB überprüft worden (Anbindung von Steyr an die Westbahn, Varianten-Untersuchung; HL-AG; Fa. Siemens).

Sie ist daher wegen ihrer Unvollständigkeit für eine Entscheidungsfindung nicht geeignet.

Ich bitte, auch diesen Antrag in Behandlung zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Zu Wort hat sich Hr. Dr. Pfeil gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich auch hier für das Vortragen dieses langen Antragstextes. Sie haben es ein wenig zu schnell gemacht, Sie haben einige Zeilen übersprungen. So ist der Sinn bei

manchen Passagen etwas verzerrt gekommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe alles gelesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht ganz! Ich habe es geschrieben, Sie haben ein paar Zeilen ausgelassen. Aber das macht nichts.

In dieser Sache geht es darum, daß Steyr von jeher in der überregionalen Verkehrsanbindung benachteiligt worden ist. Wenn wir jetzt sehen, daß die Trassen der Westbahn - jetzt sind sie ja verordnet worden; sie sind bundesverordnungsbedürftig - wiederum an Steyr vorbeigehen, dann muß man sich wirklich die Frage stellen, ob man im Bund und im Land überhaupt daran denkt, die Wirtschaftsregion Steyr zu unterstützen. Nicht nur verbal, sondern auch mit Taten!

Bei dem Gespräch, das wir mit BM Klima damals in Wien führten, wurde uns zugesichert, daß er ein Konzept mit diesen Forderungen bzw. mit diesen Untersuchungs-Fragen in Auftrag geben wird. Was herausgekommen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, kennen jene, die bei der Podiumsdiskussion anwesend waren. Es ist wirklich nur eine Variantenprüfung gemacht worden, und die Untersucher bestätigen das auch! Nämlich eine Varianten-

Prüfung, welche Variante besser oder schlechter zu bauen ist und was sie kostet! Es ist in keinsten Weise auf die Bedürfnisse der Wirtschaftsregion Steyr eingegangen worden.

Wir werden heute noch sehr viel über Verkehr und Wirtschaft - auch im Rahmen des Verkehrskonzeptes - diskutieren können. Aber wir dürfen nicht alleine die Stadt Steyr betrachten, sondern auch die überregionale Anbindung mit der Region Steyr an den Wirtschaftsraum OÖ. und in wei-

terer Folge auch an die weiteren Wirtschaftszentren in Richtung Europäische Union. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich war zwar selbst nicht dabei, als am 6. 4. 1993 die Steyrer Delegation dem BM für Verkehr, Dr. Klima, die Anliegen vorgetragen hat. Bei einigen Demarchen vorher war ich anwesend. Ich weiß also aus der Zusammenfassung des Besuchs vom 6. 4. und der eigenen, vorher gehaltenen Erfahrung, daß die Vertreter der Stadt Steyr immer mit sehr viel Nachdruck die Einbindung der Region Steyr in die Westbahn-Führung verlangt haben. Ich weiß auch, daß die Vereinbarung mit dem Hrn. Ver-

kehrsminister dahingehend war, daß die Bundesbahn die Möglichkeiten zu untersuchen habe, die sich bieten würden, um Steyr einzubinden.

Von einer volkswirtschaftl. Betrachtung des Ganzen war dezidiert nicht die Rede. Von einer volkswirtschaftl. Betrachtung des Ganzen war auch nicht die Rede in der Resolution, die der Oö. Landtag einstimmig beschlossen hat. Denn hier heißt es auch wieder nur sinngemäß, daß es darum ginge, die zwei der vier Bahngleise über Steyr zu führen, und daß man alles mögliche veranlassen sollte, insbes. bei der Bundesregierung.

Wenn der Oö. Landtag das gefordert oder diese Resolution angenommen hat, so ist er sich vermutlich sehr wohl im klaren darüber, daß es ein volkswirtschaftl. ganzes Nutzen ergibt, wenn die Bemühung bei der Bundesregierung vorangetrieben werden soll, zumind. zwei Geleise der Westbahn über Steyr zu führen.

Ich halte daher nicht dafür, daß die Stadt Steyr das ohnehin knappe Geld für ein weiteres Gutachten verschwendet, auch wenn es bei der Veranstaltung im Stadtsaal von einer Podiumsseite her verlangt wurde - weil ich glaube, daß die Überzeugungsarbeit nicht mehr notwendig ist! Die Instanzenträger beim Land und beim Bund wissen Bescheid um die schwierige Situation. Das ist auch

bei der Diskussion hervor- gekommen. Was mich persönl. bei dieser Diskussion im Stadtsaal sehr aufgebracht und mich dort auch zu einer Wortmeldung provoziert hat, war die allzu saloppe Art und Weise der Bundesbahn, wie sie ihre Varianten erstellt hat und wie sie selbst dann die Argumente gegen die Anbindung an Steyr gebracht hat - auf der techn. Seite! Jetzt bin ich - wie Sie alle wissen - natürl. kein Techniker und bemühe mich mit meinen einfachen Mitteln des Hausverstandes, die Dinge zu verfolgen.

Die Bundesbahn aufzufordern, die Planung noch einmal durchzuführen, das wäre der Sinn - auch der Unterstützung der Resolution des Oö. Landtages. Aber sich jetzt in einem gesamtvolkswirtschaftl. Konzept darüber zu ergehen, daß es falsch ist, wenn die Bahn nicht über Steyr gebaut wird, ist wirklich "Geldvernichten". Wir wissen, daß es für die Region bedauerlich wäre, sollte der Ausbau der Bahn nicht gelingen. Die Landesregierung weiß, daß es für die Region bedauerlich wäre, sollte der Ausbau der Bahn über Steyr nicht gelingen. Der Hr. Verkehrsminister weiß, daß es bedauerlich wäre, wenn die Region Steyr ohne diese Verbesserung der Bahnanbindung bliebe.

Also wohin ist denn die Aufforderung zu richten? An die National-Ökonomen oder an die Bundesbahn? Das, meine Damen

und Herren, stelle ich doch sehr in Frage. Daher halte ich den vorliegenden Antrag für sinnlos, weil er am Thema vorbeigeht. Richtig wäre es, die Resolution des Landtages zu unterstützen, die von ihren Parteifreunden eingebracht und von der ÖVP und der SPÖ sehr wohl unterstützt wurde; weil es eben ein gemeinsames Anliegen ist! Richtig ist auch, dort voranzugehen, wo der Fortgang notwendig wäre. Die volkswirtschaftl. Frage steht außer Zweifel - "Wozu Geld für ein Konzept vernichten?"

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Vanek bitte.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Ich glaube nicht, Hr. Koll. Holub, daß das Geld sinnlos verschleudert wird, wenn wir ein solches Gutachten in Auftrag geben. Es ist schon interessant, einmal zu wissen, welche Auswirkungen die zukünftigen Entwicklungen auf Steyr haben werden.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Aber das ist doch nicht Aufgabe der Stadt! Stellen Sie sich einmal vor, was das kostet!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Nein, aber wir können anregen, daß so etwas gemacht wird. Ich glaube nicht, daß es solche Zahlen

überhaupt gibt, die diese Schwierigkeiten untermauern, in denen wir stecken.

Ich glaube auch, daß es sehr schwierig sein wird, daß wir die Westbahn über Steyr bekommen werden. Darum wäre ich auch froh, wenn zumind. untersucht wird, welche Auswirkungen es hat, wenn man die Strecke von Steyr nach Valentin 2spurig ausbaut. Denn das ist zumind. ein erster Schritt in diese Richtung!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist aber von allen Seiten anerkannt!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Es geht nicht darum, ob es anerkannt wird, denn meiner Meinung nach gibt es keine Zahlen, die das untermauern. Das ist, glaube ich, schon in der Diskussion wichtig, daß einmal klar ist, worum es geht. Man soll nicht immer nur sagen, das ist schon klar!

Deswegen werden wir auch diesen Antrag unterstützen und hoffen, daß zumind. einmal untersucht wird, welche Auswirkungen ein 2spuriger Ausbau der Bahn von Steyr nach Valentin hat.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Da es keine weitere Wortmeldung mehr gibt, bitte ich

um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann nur sagen, daß wir eine Resolution "Westbahn über Steyr" bereits im GR beschlossen und an alle zuständigen Stellen weitergeleitet haben.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Mehrfach!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, mehrfach! Zweitens haben wir auch schon darüber diskutiert, daß nicht nur eine Resolution, sondern auch in Zusammenhang mit dem "Hartlauer-Begehren" - ich möchte das fast so nennen, ohne Werbung betreiben zu wollen - 12.000 Unterschriften nach Wien gebracht wurden. Es war sogar prominenteste Begleitung, die man sich denken kann; der Hr. Landeshauptmann war dabei und viele andere namhafte Würdenträger unseres Landes. Trotzdem war es aber nicht möglich!

Dann möchte ich dazu noch sagen, daß Raumordnung natürl. Landeskompentenz ist, und daß Sie ohnehin diese Resolution von dort aus zitieren. In dieser Frage drehen wir uns ohne Zweifel im Kreise herum. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir in dieser Situation noch zusätzlich ein teures Gutachten - das wäre

wahrscheinlich ein sehr teures Gutachten - in Auftrag geben. Daher bin ich für die Ablehnung dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke sehr - wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. 10 Pro-Stimmen (8 FP, 2 GAL). Wer enthält sich der Stimme? Niemand. Wer ist gegen den Antrag? Der Rest (SP + VP). Mehrheitlich abgelehnt!

Antrag Nr. 6) bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Antrag (gem. § 12, Abs. 1, des Statutes für die Stadt Steyr, i. V. mit § 6 der GO für den GR der Stadt Steyr) der ÖVP-Fraktion ist uns zugegangen - verfaßt durch Fr. GR Brigitte Lohnecker:

"Sehr geehrter Hr. Bgm.!

Namens der ÖVP-GR-Fraktion darf ich Sie ersuchen, den beigeschlossenen Antrag auf Einrichtung eines Familienausschusses in der nächsten Sitzung des GR am 10. 3. 1994 in geschäftsordnungsgemäße Behandlung zu nehmen."

Der Antrag ist ausreichend unterstützt und lautet wie folgt:

6) PräS-86/94

Antrag auf Einrichtung eines Familienausschusses.

Gemäß § 40 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr 1992 kann der

GR aus seiner Mitte Ausschüsse zur Vorberatung von Anträgen und Abgabe von Gutachten einrichten. Es liegt somit im Ermessen des GR, für welche Zweige der Verwaltung und wieviele Ausschüsse er einrichtet.

Dieser Ermessensspielraum wird nur durch § 40 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr insoweit eingeschränkt, als jedenfalls ein Prüfungsausschuß eingerichtet werden muß.

Im täglichen pol. Leben verhält es sich in der Regel so, daß fast alle Entscheidungen einer Gemeinde in irgendeiner Form die Familie betreffen (Raumordnung, Verkehr, Bauen, Schule, Kindergarten, Kultur, Sport, ...). Die Erfahrung zeigt, daß nicht immer diese Entscheidungen ressortübergreifend im Hinblick auf Familienfreundlichkeit überprüft bzw. gestaltet werden. Um diese Situation im Dienste der Familien zu verbessern und speziell den Aspekt der Familie in allen Bereichen der Kommunalpolitik besser bzw. ausreichend berücksichtigen zu können, erscheint es sehr zweckmäßig, einen eigenen **Familienausschuß** einzurichten, dessen Aufgabengebiet sowohl die begleitende Beratung aller anderen Ausschüsse (sowie die Überprüfung vorgesehener Maßnahmen auf das Prinzip der Familiengerechtigkeit hin) als auch die selbständige Erarbeitung von Vorschlägen, die

das Leben der Familie in der Gemeinde betreffen, umfaßt.

Der GR der Stadt Steyr möge daher beschließen:

"Gem. § 40 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr 1992 wird ein Familienausschuß mit folgenden Kompetenzen eingerichtet:

Begleitende Beratung aller anderen Ausschüsse und Überprüfung der jeweils zur Diskussion stehenden Problematik unter dem Gesichtspunkt der Familiengerechtigkeit.

Die selbständige Erarbeitung von Vorschlägen, die das Leben der Familie in der Gemeinde betreffen, wie z. B.:

- Tarifgestaltung der Gemeindeeinrichtungen
- Gestaltung und Betreuung von Spielplätzen, Büchereien
- Öffnungszeiten von Kindergärten, Horten
- Maßnahmen der Verkehrssicherheit
- Kultur- und Sportaktivitäten
- familiengerechte Planung von Gemeindewohnungen
- Veranstaltungen
- Familienförderung in der Gemeinde (Neugeborene, ...)
- ständiger Familienbericht
- Zusammenarbeit und Einbindung von familienfördernden Einrichtungen."

Dieser Antrag liegt - wie gesagt - vor und ist ausreichend unterstützt. Ich bitte, ihn in Behandlung zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich werde diesem Antrag nicht zustimmen, weil ich glaube, daß er überflüssig ist - oder, wie Koll. Rohrauer manchmal sagt, sinnlos!

Gelächter

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Die Begründungen, die hier angeführt und ins Treffen geführt werden (z. B. Tarifgestaltung), haben wir alle bereits in bestehenden Ausschüssen vertreten. Ich habe vor kurzem den Hrn. Fraktions-Obmann der größeren Fraktion in diesem Haus gefragt, was er davon hält. Er hat eine ähnl. Meinung zu diesem Antrag kundgetan. Ich hoffe, daß er auch heute dazu steht, und diese Einstellung nicht im Interesse der heimlichen Koalition im Haus geopfert wird. Auch bei den anderen Gründen, die hier erwähnt werden, wie z. B. Spielplätze. Es gibt den Sozialausschuß, es gibt den Kulturausschuß; wir haben erst vor kurzem einen Antrag in diesem Haus gehabt, wo die Möglichkeit besteht, daß wir Ersatzmitglieder nominieren können. Bis auf den Hrn. Bgm. ist hier niemand hauptberufl. Politiker. Es ist für

uns immer schwieriger, unsere Ausschuß-Tätigkeiten wahrzunehmen, die ja großteils während der Arbeitszeit stattfinden. Es ist meiner Meinung nach eher nur eine sinnlose Aufblähung der Ausschüsse.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Danke. Fr. StR Ehrenhuber bitte.

STADTRÄTIN
INGRID EHRENHUBER:
Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren! Gem. § 9 der GO für den GR der Stadt Steyr möchte ich namens der Sozialdemokratischen GR-Fraktion zu TOP 6) folgenden Abänderungsantrag einbringen:

"Der GR möge beschließen:
Im Rahmen des bestehenden gemeinderätl. Ausschusses für soziale Angelegenheiten wird ein Familien-Unterausschuß eingerichtet, der die Überprüfung vorgesehener Maßnahmen auf die Familiengerechtigkeit hin sowie die selbständige Erarbeitung von Vorschlägen, die das Leben der Familie in der Gemeinde betreffen, zur Aufgabe hat.
Diese Vorschläge betreffen insbesondere:
- Tarifgestaltung der Gemeindeeinrichtungen
- Gestaltung und Betreuung von Spielplätzen, Büchereien
- Öffnungszeiten von Kindergärten, Horten

- Maßnahmen der Verkehrssicherheit
- Kultur- und Sportaktivitäten
- familiengerechte Planung von Gemeindewohnungen
- Veranstaltungen
- Familienförderung in der Gemeinde (Neugeborene, ...)
- ständiger Familienbericht
- Zusammenarbeit und Einbindung v. familienfördernden Einrichtungen."

Um geschäftsordnungsgem. Behandlung dieses Abänderungsantrages wird ersucht.

GR GERHARD BREMM, GR JOHANN GLANZER UND GR DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF TREFFEN UM 15.30 UHR EIN.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:

Danke. Der Antrag wird in schriftlicher Form vorgelegt und ist ausreichend unterschrieben.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Vbgm., zur Geschäftsordnung!

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:

Eine Wortmeldung zur GO wird vorgezogen - bitte, Hr. Doktor!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Abänderungsantrag ist es wert, glaube ich, daß

man ihn genau durchliest und kurz berät. Ich würde Sie bitten, uns eine Unterbrechung von 15 Minuten zu gestatten, daß wir darüber kurz beraten können. Ich möchte nicht von vornherein ja oder nein sagen müssen, ohne das genau diskutiert oder angesehen zu haben.

Einen Vorwurf muß ich Fr. Lohnecker schon machen, den kann ich ihr nicht ersparen. Auch wir im GR sind eine Familie - in der Familie gehört es dazu, daß man redet. Dieser Antrag hätte zumind. auf Fraktionsobmänner-Ebene eingebracht bzw. beredet werden sollen. Unter Brüdern und Schwestern im GR wäre es ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

... höflich gewesen, gerade über einen Familienausschuß zu sprechen. Jedenfalls die "Spielregeln" in der Familie hätten wir gerne besprochen gehabt.

Ich ersuche den Hrn. Vorsitzenden, die Sitzung für 15 Minuten zu unterbrechen!

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:

Lt. GO muß über einen solchen Antrag abgestimmt werden. Ich bitte Sie um ein Zeichen, liebe Familie, wenn ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

... Sie zustimmen, daß wir die Sitzung für 15 Minuten unterbrechen. Danke sehr. Einstimmig angenommen.

PAUSE VON 15.34 BIS 15.50 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Nächste Debattenrednerin ist Fr. GR Ulrike Fuchs.

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Meine Damen und Herren des GR! Ich bin der Ansicht, daß dieser Antrag der Kollegin Lohnecker zwar gut gemeint ist, jedoch insofern über's Ziel schießt, als dieses Begehren auf Errichtung eines gemeinderätl. Familienausschusses zu einem Super-Ausschuß führt, der alle anderen Ausschüsse entweder bevormunden oder einschränken wird. Wenn es unter Punkt 2) heißt, man will die selbständige Erarbeitung von Vorschlägen, wie z. B. Tarifgestaltung, Gestaltung und Betreuung von Büchereien, Maßnahmen der Verkehrssicherheit, Kultur- und Sportaktivitäten, Planung von Gemeindewohnungen, dann würde man zweifellos in die gemeinderätl. Ausschüsse f. kommunale Betriebe, für Finanzen, für Kultur, in den Verkehrsausschuß, in den Kulturausschuß, in den Sozialausschuß

und in den Ausschuß f. Schule und Sport nicht nur hineinregieren, sondern diese Ausschubarbeit korrigieren - wenn nicht überflüssig machen! Somit würde dieser Familienausschuß zu einem Super-Ausschuß werden.

Ich kann mich mit diesen gewaltigen Kompetenz-Zuteilungen nicht anfreunden!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Frau GR Lohnecker bitte.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Ich bin jetzt am Überlegen, ob ich auch sagen sollte, liebe Brüder und Schwestern! Das ist aber sehr kirchlich für mich, also sage ich das nicht. Meine sehr geehrten Herren Bgm., meine Damen u. Herren! Ich darf gleich zur Fr. Fuchs kommen. Wenn sie sagt, das ist ein Super-Ausschuß, so muß ich sagen, daß mir für die Familie eigentl. nichts zu wenig ist. Das kann gar nicht super genug sein, weil eigentl. Familien von Menschen getragen werden, und mir Menschen einfach wichtig sind!

Warum wollten wir von der ÖVP die Einrichtung eines Familienausschusses? Fragt man Menschen, "Was wünschen Sie sich für die Zukunft?", so kommen Antworten wie: ein Haus; ein schöner Beruf, der mich ausfüllt; Auto; Urlaub; daß es uns besser geht - als Grundfrage.

Trotzdem gilt als Inbegriff einer geglückten Lebensgestaltung eine glückliche Familie! Alleine für 87 % der Jugendlichen ist im Jahr 1993 die Familie oberstes Lebensziel. Wunsch und Wirklichkeit klaffen leider sehr oft auseinander. Die Keimzelle der Gesellschaft, wie die Familie sehr oft genannt wird, steht in einem beträchtlichen Spannungsfeld. Die soziale Umwelt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wesentl. verändert: die Rollenverteilung zw. Mann und Frau wird in Frage gestellt; die Geburtenzahl ist rückläufig; das Zusammenleben in der Familie ist geprägt durch den Konflikt "Erwerbstätigkeit - Familienarbeit"; Kinder zeigen Verhaltensstörungen; viele Senioren fühlen sich beiseite geschoben. Die Wohnverhältnisse in den Städten sind anonym, man lebt nebeneinander und nicht miteinander.

Familie - auch da hat sich sehr viel geändert - ist nicht mehr nur das Ehepaar mit einem oder mehreren Kindern, sondern es gibt auch Alleinerzieher bzw. Alleinerzieherinnen mit Kind, es gibt die Stiefeltern-Familie, es gibt die Pflegefamilie, die Mehrgenerationen-Familie. Die Vereinten Nationen haben 1994 zum Internationalen Jahr der Familie erklärt. Die Oö. LR griff diese Anregung auf und wird das Internat. Jahr der Fam. 1994 als

Jahr der Familie in OÖ. durchführen.

Familienpolitik hat in OÖ. einen sehr hohen Stellenwert. Ich kenne keinen Politiker, auch keine Politikerin, die jemals gesagt hätten: "Familie ist mir eigentl. nicht wichtig. Da gibt es wichtigere Ausschüsse, wie z. B. Verkehr-, Kultur-, Sport- oder andere Ausschüsse!"

Dieses Internat. Jahr der Familie hat auch die Aufgabe, die Öffentlichkeit mehr für die Belange der Familie zu sensibilisieren. Man soll die Bedürfnisse der Familie besser verstehen, man soll sie auch ernst nehmen und - wenn geht - natürl. auch ändern. Ich persönl. engagiere mich in der Politik, weil mir die Menschen wichtig sind. Mir geht es wirklich rein um die Menschen. In Steyr haben wir für sehr viele Bereiche Ausschüsse eingerichtet, die sicher gut und wichtig sind. Ich habe nicht den Eindruck, daß es hier auch sinnlose Ausschüsse gibt - wie Hr. Payrleithner einen Familienausschuß zu bezeichnen pflegt!

Allerdings - und das fehlt mir sehr - sehe ich in meiner doch sehr kurzen Arbeit im GR, daß wir keinen Ausschuß haben, in dem die Belange der Familie wirklich behandelt werden. Ich höre immer wieder - das habe ich auch letztes Mal im Sozialausschuß gehört, wo sich gerade die Herren von der FPÖ-Fraktion sehr beschwert haben,

daß wir eigentl. keine Zeit haben, große Themen, Generalthemen zu diskutieren. Wie stehen wir zu den Kindergärten? Wie stehen wir zur Schule? Wie stehen wir überhaupt zu den Subventionen? Hier gibt es eine ganze Menge für die Ausschüsse. Deshalb habe ich mir gedacht, das könnte eigentl. eine Zustimmung für meinen Vorschlag sein, daß wir einen Ausschuß haben, wo wir uns wirklich für die Bereiche der Familie engagieren.

Alle Erfahrungen zeigen bisher, daß - obwohl sicher sehr viele Entscheidungen gut gemeint sind - doch nicht immer recht die Familie betroffen ist. Sonst müßte es eine wesentl. größere Zustimmung oder Zufriedenheit unter den Familien geben. Ich habe den Eindruck, daß Autos sicher wichtiger sind, daß Parkplätze für Autos wichtiger sind als Spielplätze für Kinder! Das ist für mich unverständlich!

Ich finde es auch sehr komisch bzw. eher erschütternd, wenn man sagt, ein Ausschuß ist überflüssig - noch dazu, wenn man argumentiert: "Ich habe keine Zeit dazu!" Als Gemeinderäte werden wir bezahlt und bekommen Geld dafür, daß wir für die Bevölkerung da sind!

Das Aufgabengebiet des Ausschusses ist sicher sehr vielfältig. Sie haben schon recht, wenn Sie sagen, das ist ein Super-Ausschuß. Ich denke, das hat auch die dementspr.

Bedeutung. Die erfolgreiche Arbeit dieses Ausschusses würde sicher von der Familie abhängen. Daß der Inhalt oder meine Aufgabenbeschreibung gut ist, zeigt mir der Abänderungsantrag der SPÖ - inhaltl. steht dasselbe drinnen.

Wenn Sie sagen, wir brauchen keinen Familienausschuß, so bedeutet das für mich schon, daß - so die bis jetzt gemeldeten Sprecher von SPÖ und FPÖ -, die Familie nicht wichtig ist. Sonst müßte man sagen, diskutieren wir grundsätzlich die Wichtigkeit und Bedeutung der anderen Ausschüsse.

Ich will keine schönen Lippenbekenntnisse zur Familie! Ich will nicht, daß jeder sagt, wir sind dafür, und im Grunde genommen weigern wir uns, irgendwelche pos. Taten zu setzen. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke schön. Nun ist Hr. GR Spöck am Wort.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich glaube auch, gerade das Jahr 1994 als Internat. Jahr der Fam. sollte für uns ein Anlaß sein, nachzudenken, wie wir uns hier im GR verstärkt für die Fam. einsetzen können. Wie Kollegin Brigitte Lohnecker bereits erwähnt hat, hat auch die Oö.

Landesregierung in ihrer Sitzung vom 22. Nov. 1993 den einstimmigen Beschluß gefaßt, im Sinne der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen auch in OÖ ein Jahr der Fam. einzuführen. In dieser Resolution wurden alle Familien-Organisationen, Vereine, priv. und kirchl. Institutionen, aber auch alle Gemeinden aufgefordert, hier mit entspr. Aktivitäten mitzugestalten bzw. mitzutragen. Ein gestärktes Bewußtsein für die Leistungen und Bedürfnisse von Familien und für Rechte und Pflichten sollte Voraussetzung sein - auch für familienfreundliche Entscheidungen in der Gemeinde. Werte Kolleginnen und Kollegen, oberstes Ziel der Familienpolitik muß es sein, die Fam. zu stärken, Freiräume f. Familien zu schaffen, ihr Mut zu machen und ihr Unterstützung zu geben, die sie benötigt, um ihre Aufgaben dann auch in eigener Verantwortung bestmöglich erfüllen zu können. Sichtbares Zeichen dafür wäre in meinen Augen die Errichtung von Familienausschüssen - von Familienausschüssen in allen Gemeinden Oberösterreichs! Die Aufgabenfelder für derartige Familienausschüsse sind ja sehr, sehr weit gesteckt. Sie reichen sicherlich - wie schon von meiner Kollegin angesprochen - von familiengerechten Wohnungen (hier denke ich

insbes. an die Planung, günstige Stadtwohnung, oder an die Bauordnung: derzeit sind z. B. nur ca. 2 m² für Grünflächen bzw. für Spielplätze vorgesehen) über die Betreuung und Erziehung: schon in der Entwicklung junger Leute könnte man sicherlich Beiträge leisten, wie sie Fähigkeiten entwickeln, später eine intakte Fam. zu führen. Dadurch würden sicherlich viele Probleme in Keim erstickt werden. Über Kindererziehung: Aufwertung der Erziehungsarbeit; Kindergarten - Horte: gute Einrichtungen, aber die Eltern ganz von der Verantwortung der Kindererziehung zu befreien, ist für die Fam. und für das Familien-Zusammenleben sicher nicht förderlich! Wichtig ist auch die Kinderbetreuung. Ein weiterer Punkt wäre sicherlich auch noch der Ausbau der Familienberatung. Nicht zu vergessen natürl. auch die familienfreundlichen Arbeitszeiten - Förderung der Teilzeitbeschäftigung, Teilzeitarbeitsplätze für Eltern. Man könnte diese Liste, werte Kolleginnen und Kollegen, sicher noch ergänzen. Aber ich glaube, schon die von mir aufgezeigten Beispiele zeigen ein großes Betätigungsfeld für einen Familienausschuß - er soll sicher kein Unterausschuß sein, auch kein Oberausschuß. Super-Ausschuß könnte ich mir vorstellen - wie es schon

angesprochen wurde; sinnloser Ausschuß, wie Koll. Payrleithner gemeint hat, kommt für meine Person auch nicht in Frage. Er muß, glaube ich, in allen Gemeinden ein Pflichtausschuß sein!

Gerade Entscheidungen in der Vergangenheit haben uns hier in der Gemeindestube gezeigt, wie schwer es ist, zum Teil für Familienprobleme einzutreten. Ich erinnere an die - das habe ich bereits im Finanz- und Rechtsausschuß getan - Mutterberatungs-Stelle im Resthof, wo ein jahrelanger Kampf für die Errichtung notwendig war. Ebenso bei den Kindergarten-Tarifen, wo wir jahrelang gekämpft haben, bis wir vor drei Jahren eine Lösung bezüglich der Öffnungszeiten und bezüglich des Tarifes, des Schnupper-Tarifes und des Halbtags-Kindergartens erreicht haben. Auch konkrete Vorschläge sind noch offen - wenn ich an das Spielplatz-Konzept denke, das mir noch immer fehlt. Zum Teil sind ja die Spielplätze völlig einseitig konzipiert und oft nur der Ausdruck der Wünsche der Erwachsenen und nicht der Kinder! Familienpaß für Freizeit- und Kultureinrichtungen ist ebenfalls ein Bereich, der hier noch erwähnenswert wäre. Radwege - auch im Voranschlag wichtig für die Familie; im Voranschlag 1994 finden wir nur

mehr 300.000 S (1993 waren es noch 800.000 S)!

Man könnte diese Liste sicherlich noch beliebig lange fortsetzen. Grundsätzlich, werte Kolleginnen und Kollegen, bin ich gegen mehr Bürokratie, gegen mehr Sitzungen. Aber gerade bei der Fam. erscheint mir die Einrichtung eines eigenen Ausschusses notwendig und richtig. Ich ersuche, unserem Antrag auf Errichtung eines Familienausschusses

zuzustimmen und danke Fr. Kollegin Lohnacker für die Einbringung dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Fr. Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Werts Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Wenn jetzt die Frau Gemeinderätin Lohnacker einen Familienausschuß erfinden muß, dann heißt das, daß in der Vergangenheit nichts für die Fam. getan wurde. Da muß ich ihr recht geben. Die rot-schwarzen Regierungen haben unter Familienpolitik nicht Steuerpolitik verstanden, sondern lediglich die Schaffung von staatl. Institutionen. Ein Umdenken ist nicht in Sicht! Wie sonst kann man Vereine unterstützen, die das Abschieben von Kindern fördern? Da heißt es z. B. beim Verein Drehscheibe

Kind: Warum dieses Angebot?
Um Partnern zu ermöglichen,
wieder zu beginnen, gemeinsam
Aktivitäten zu setzen, Energien
zu tanken, Partnerschaft zu
pflegen - ohne Kinder! Kinder
werden um 20 S/Stunde
abgeschoben. Auch in der
Tiefgarage werden Kinder
abgegeben - samt Verant-
wortung! Dann steht - was mich
sehr betroffen gemacht hat: ...
damit das Dasein mit Kindern
nicht so trostlos ist.

Das Dasein mit Kindern ist bitte
kein kärgliches Vegetieren, es ist
ein erfülltes Leben! Eine Frage:
Sind Kinder wirklich trostlos?

Dann stelle ich fest, wenn ich
weiterlese: unterstützt von Fr.
Lohnecker. Ich war betroffen
von soviel familienfeindlicher
Einstellung. So stelle ich mir
Familienpolitik nicht vor! Um
solche Ideologien weiterzu-
führen, brauche ich keinen
neuen Ausschuß!

Wenn man Familienpolitik ernst
nimmt, dann soll man es tun
oder man soll es bleiben lassen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr
geehrte Damen und Herren des
GR! Mir fällt es jetzt schwer, den
Anschluß zu finden - bemühe ich
mich doch auch, um Kindern zu
helfen und ihnen eine schöne Zeit

zu machen, wenn die Eltern
keine Zeit für sie haben. Ich
meine und zitiere ein Blatt, das
Sie vielleicht gestern oder heute
gelesen haben: "Was ist das für
ein Jahr der Familie? Muß
Familienpolitik nicht wieder so
werden, daß sie diese Be-
zeichnung verdient? Die Steige-
rung des Wertes der Fam. in
unser aller Bewußtsein ist
Voraussetzung. Fam. ist vor-
sorgende Sozialpolitik, pro-
phylaktische Sozialarbeit in
effizienter Form. Fam. kann und
muß Klimabestimmer unserer
Gesellschaft sein, und der
Arbeitsplatz in der Fam. muß
dementspr. hoch bewertet
werden." Ich lasse jetzt etwas
aus. "Wobei hier bes. jene
gefordert sind, die behaupten,
zum Wohle unserer Kinder und
Familien zu wirken, bisher aber
nicht viel davon erkennen
ließen."

Ich meine, wenn wir uns heute
entschließen, einen Ausschuß für
Familienarbeit zu gründen, dann
nehmen wir die Familie sehr
wohl ernst, weil wir eben
meinen, daß man sich für Familie
- auch für Gedanken über
Familie - zu wenig Zeit nimmt. Es
ist doch symptomatisch für
unsere Zeit, daß wir immer
wieder hören - ich höre es in
meinem Berufsleben oft -, daß
Kinder erzählen: "Meine Eltern
haben keine Zeit, sie haben
Wichtigeres zu tun!" Wir haben
oder wollen uns für Fam. keine
Zeit mehr nehmen, weil andere

Dinge wichtiger sind. Daher meine ich, den Einwurf einmal entkräften zu müssen, wir hätten keine Zeit für einen neuen Ausschuß.

Ein zweites, meine ich, sagen zu müssen, wenn es vorher hieß, der Ausschuß wäre überflüssig und sinnlos. So überflüssig und sinnlos kann er nicht sein. Lese ich doch im Abänderungsantrag Gleiches und Ähnliches - nur eine Änderung: hier heißt es Ausschuß und hier heißt es Unterausschuß. Was soll das? Wenn wir von derselben Wichtigkeit überzeugt sind, wenn wir meinen, diese große Aufgabe liegt vor, dann meine ich sehr wohl, daß wir diese Aufgabe in einem selbständigen Ausschuß bearbeiten bzw. überlegen und dann auch beraten müssen. Wir müssen dann auch hinweisen, wenn vielleicht in anderen Beschlüssen die Fam. vergessen wird! Fam. darf doch nicht zu einer kleinen Nebensache werden - auch nicht in einem Ausschuß! Daher brauchen wir einen Gesamtausschuß!

Es wird doch so viel vergessen und übersehen. Koll. Spöck hat schon einiges angeführt. Ich möchte nur noch sagen, was wir auch noch übersehen haben. Wir haben z. B. in unserer Stadt übersehen, daß ab 1. Sept. die ganztägige Schulform ganz anders geworden ist, daß ab 1. Sept. die ganztägige Schulform mit ungeteilter Unterrichtsfolge Gesetz ist, daß hier nun eine ganz

andere Voraussetzung gegeben ist. Die Eltern melden sich in der ganztägigen Schulform an, sie fragen immer, wie das sein wird, was sie bezahlen müssen, was der Magistrat bezahlt und was der Bund. Wir wissen es nicht! Wir haben uns in der Stadt noch nicht damit beschäftigt, obwohl ich schon einmal darauf hingewiesen habe. Nur ein Beispiel, wie wichtig ein Ausschuß ist, der Augen und Ohren für die Probleme der Familien öffnet. Ich könnte noch vieles erzählen. Ich meine, denken wir um, nehmen wir Familienpolitik ernst! Bekennen wir uns als GR zur Familie. Nehmen wir Fam. wichtig - würdig eines Ausschusses! Ich bitte, stimmen Sie unserem Antrag zu!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun ist Hr. Koll. Apfelthaler am Wort.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Herren Bgm., werter GR! Prinzipiell muß man einmal pos. beurteilen, daß sich die ÖVP für die Fam. so einsetzt. Vom Prinzip und vom Antrag her würde ich sagen, daß wir glauben, daß die Bemühungen auf jeden Fall pos. zu bewerten sind. Andererseits möchten wir noch einiges dazu sagen.

Der Begriff "Familie" ist im Antrag für uns zu eng definiert, weil wir glauben, daß es auch

weitere Lebensformen gibt, die aus diesem Antrag dann ohne weiteres ausgegrenzt werden würden. D. h., kein Mensch soll in die Institution Fam. gezwungen werden, und kein Mensch soll nur darin seine Lobby sehen. Es gibt auch andere Lebensformen, die aber in diesem Antrag nicht vorkommen.

Ich habe zufällig die März-Zeitschrift der Carits in meinen Händen. Hier heißt es: "Die Familie in ihrer Zusammensetzung Vater - Mutter - Kind wird immer seltener. Eine viertel Million Mütter leben derzeit alleine mit ihren Kindern." Das ist neg., aber leider wahr. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Um hier gegenzusteuern, bedarf es wahrscheinlich weitaus mehr, als einen Ausschuß oder Unterausschuß zu gründen. Ich glaube, jeder ist hier angehalten, sich als Politiker und als Vertreter im Sinne der Fam. zu bemühen. Wenn ich mich nur an den Wohnungsausschuß erinnere, wie sich die Koll. Spöck und Lengauer in der Richtung bemühen, daß Fam. auch hier vorkommt, dann sehe ich schon, wie pos. das beurteilt wird. Ich glaube aber, auf Berufung unserer Pflicht, daß wir für jeden da sein müssen, der unsere Hilfe braucht, daß wir aber deswegen nicht unbedingt einen Ausschuß, geschweige denn einen Unterausschuß brauchen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. Koll. Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Werte Herren Bgm.! Ich möchte an sich nur in kurzen Worten das wiederholen, was ich zu diesem Thema bereits in der Finanz- und Rechtsausschuß-Sitzung am Montag zum Ausdruck gebracht habe. Mir geht es jetzt bei meiner Wortmeldung nicht darum, die Bestrebungen der Österr. Volkspartei im allg. oder die Bestrebungen der Fr. Lohnecker im bes., die sich für die Fam. einsetzt, in Frage zu stellen, obwohl - Fr. Kollegin Bauer hat schon sehr deutlich darauf hingewiesen - ihre Tätigkeit auf Landesebene in eine ganz andere Richtung geht. Denn wenn Sie hier fordern, was Fr. Kollegin Bauer zitiert hat, daß dafür Geld zur Verfügung gestellt werden soll, daß man die Familien auffordert, ihre Kinder abzuschieben, dann sehe ich das schon sehr kontraproduktiv zu Ihrem heutigen Antrag.

Aber - wie gesagt - ich möchte schon sachlich und beim Antragstext und bei der Begründung der Österr. Volkspartei bleiben. Denn gerade die Begründung und Auflistung der Tätigkeiten beweisen ja an und für sich, daß dieser Ausschuß nicht notwendig ist,

weil er in allen anderen Ausschüssen bereits Bestätigung und Abdeckung findet. Daher halte ich auch nichts vom Abänderungsantrag der Sozialdemokr. Partei, die eher dazu angetan ist, eine Gefälligkeit gegenüber der ÖVP hier im GR zu demonstrieren. Er scheint mir eher ein Fluchtantrag zu sein und kein Abänderungsantrag! Ich fordere daher - so wie die Vorredner aus meiner Fraktion -, daß sich der Ausschuß f. soziale Angelegenheiten dieser Themen annehmen soll, öfter tagen oder intensiver seine Tagesordnung gestalten soll, dann könnte man sich diesen zusätzl. Ausschuß wirklich ersparen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Die Freiheitl. Partei hat sich immer wieder für die Familie eingesetzt. Ich kann hier also nur das Prinzip des Koll. Apfelthaler unterstreichen. Es liegt uns fern, die Familie hier nicht so zu würdigen.

Mir ist auch in der Geschäftseinteilung - GB f. soziale Angelegenheiten - aufgefallen, daß bei der Beschreibung der Fachabteilungen nicht einmal das Wort "Familie" vorkommt. Das sollte uns schon zu denken geben, obwohl ich meine, daß -

wir hatten erst am Montag Sozialausschuß - hier gut gearbeitet wird. Wir haben 2,5 Stunden diskutiert - es ist um das Frauenhaus gegangen, das hat sehr wohl etwas mit Fam. zu tun. Ich denke auch an die Schulen - Koll. Lengauer wird mir recht geben. Es gibt in den Schulen die Form des Unterrichtsprinzipes. D. h., daß sich ein Mathematik-Lehrer sehr wohl auch mit Umwelt beschäftigen soll; oder auch ein Deutsch-Professor einmal die Schüler etwas über Umwelt schreiben lassen sollte.

Was hätten wir hier jetzt eigentlich zu tun? Wir müßten nur sagen, bringen wir das Prinzip der Fam. hinein in alle Ausschüsse; beschäftigen wir uns in jedem Ausschuß mit dem Problem bzw. dem Prinzip der Fam. Vielleicht kann das so weit gehen, daß sogar die Parteien selbst, die ja in jedem Ausschuß vertreten sind, spezielle Familiensprecher nominieren. Dann ersparen wir uns das - darauf muß ich schon verweisen: schlankes Management, kleine Strukturen; wir wissen, wie wir darunter leiden. Der Kalender ist voll; warum sollen wir uns extra zusätzl. belasten? Wir haben auch im Umweltausschuß gleichzeitig die Sitzung des Abfallverbandes drinnen. Ich glaube, wir würden sicher auskommen, wenn wir uns speziell in den Ausschüssen

mehr mit dem Thema "Familie" beschäftigen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Hr. StR Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Die Situation, in der ich als Geschiedener und wieder Verheirateter hier stehe, - ich sage das gleich vorweg, um nicht noch irgendwelche Wortmeldungen zu vernotwendigen - gibt einem vielleicht mehr Verständnis für die Situation von alleinerhaltenden Eltern. Das möchte ich der Fr. Bauer jetzt einmal - abgesehen von der Demagogie - ins Stammbuch schreiben, daß Schicksal sicherlich nicht da ist, um damit zu "blödeln"!

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Ich bin auch Alleinerzieherin, Hr. Stadtrat!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Dann müßten Sie sehr gut beurteilen können, was zwischen den Zeilen, die Sie zitiert haben, von den Autoren gemeint war. Man kann jeden Satz aus jeder Broschüre herausnehmen und ihn neg. unterlegen! Das ist überhaupt nicht schwierig. Wenn Sie wollen, liefere ich Ihnen auch

- auf Verlangen - aus Ihrer Broschüre Beispiele dazu. Ich werde es nur nicht tun, weil ...

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Das geht nicht! Da gibt es das nicht!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wetten, daß? Sitzen wir uns nachher zusammen, ich führe es Ihnen vor, Hr. Kollege!

Ich glaube, daß der Anlaß zu wichtig ist, um sich hier in verbalen "Schnörkseln" zu ergehen. Die alleinerhaltenden Elternteile, die u. U. wirklich gebunden sind in der Gemeinschaft - die Bindung Mutter/Kind kann also über die natürl. Bindung hinaus möglicherweise auch zur belastenden Fessel werden; nämlich dann, wenn die Mutter zum Arztbesuch oder zum Besorgen von dringlich notwendigen Gegenständen eine Entlastung braucht. So könnte man dies bei gutem Willen auch verstehen!

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Ich habe meine Kinder noch nie...

STADTRAT

KARL HOLUB:

Frau Bauer, ich will Ihre Familiensituation nicht kommentieren! Das ist nicht meine Aufgabenstellung. Ich

habe dafür zu viel Respekt vor einzelnen Schicksalen! Ich lade Sie nur sehr höflich ein, u. U. zu versuchen, die Probleme von anderen Menschen in positiverem Licht zu sehen. Das bedeutet nicht, daß ich dafür eintrete, daß der soziale Mißbrauch das Leitbild sein sollte; dieser entsteht ja tatsächlich durch versch. Formen in der Erringung von erhöhten Karenzgeldern - da stimme ich Hr. Mundorff vollkommen zu! Das ist auch nicht die Aufgabenstellung eines Familienausschusses. Es wäre aber viel, viel mehr schade um die Ernsthaftigkeit des Anliegens, einen Familienausschuß einzurichten, wenn Sie sich die Tendenzen der 60er Jahre vor Augen führen.

Die Frauenschaft der SPÖ Brigittenau hat in den 60er Jahren einen Antrag gestellt, daß die Kinder möglichst früh dem verderblichen Einfluß des Elternhauses entzogen werden sollen und hat damit die vermehrte Einführung von Kinderkrippen geführt. Ich will nicht den Ausflug in die 60er Jahre zurück mit jeder Akribie führen. Ich bitte nur, dies auch zu bedenken. Daß es nämlich auch versch. Strömungen gibt, die die Fam. nicht so pos. sehen, wie man das heute gerne hätte. Ich nehme schon an, daß die Frauen in der Sozialdemokratischen Partei mittlerweile eine andere

Einstellung haben, als es damals die Sozialistischen Frauen von Brigittenau waren. Sonst wäre ja nicht der Abänderungsantrag der Sozialdemokr. Fraktion eingegangen, der im wesentl. ja die gleichen Inhalte hat wie der Hauptantrag von Fr. Brigitte Lohnacker, unterstützt von den Mitgliedern der ÖVP-GR-Fraktion. Im Grunde genommen geht es beim Abänderungsantrag - das ist meine Sicht dieser Dinge - ja nur darum, einen anderen nicht recht haben zu lassen; daher machen wir schnell einen Abänderungsantrag und beschäftigen einen Unterausschuß eines Ausschusses, der haargenau dasselbe zu tun hat wie ein eigener Ausschuß. Das ist eher sehr fadenscheinig, was hier passiert ist. Vielleicht könnten wir uns doch darauf einigen, daß man nicht von einem Unterausschuß spricht, sondern von einem Ausschuß. Wenn man schon dasselbe meint, so sollte man auch dasselbe tun!

Die Sache mit den alleinerhaltenden Eltern sollte man wirklich ernst nehmen. Nicht etwa deshalb, weil das die erstrebenswerte Familienform ist, sondern - es sei beklagt - weil es wirklich eine sehr häufige Familienform ist. Es sei wirklich beklagt! Aber die Probleme der Menschen sind existent! Und die Aufgabe der Politik ist es, mit den Problemen der Menschen verantwortungs-

bewußt umzugehen. In diesem Sinne bitte ich Sie wirklich sehr, sehr herzlich, dem Antrag der Fr. Lohnecker und der ÖVP-Fraktion beizutreten und sich nicht ein Alibi-Gefecht zu liefern - oder schon gar nicht auf einer Seite über die Fam. zu schreiben und auf der anderen Seite gegen die Familie zu stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Meine sehr geehrten Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren des GR! Inhaltlich ist sehr viel von dem zu unterschreiben, was Hr. StR Karl Holub soeben gesagt hat. Sehr unterschreibenswert ist auch, was Hr. GR-Koll. Apfelthaler dazu beigetragen hat. Das alles rechtfertigt aber meines Erachtens noch keinen eigenen Familienausschuß oder eigenen Familien-Unterausschuß.

Familienpolitik gehört in alle Ausschüsse hineingetragen - ohne, daß es einer eigenen Institution, wie eines Ausschusses oder Unterausschusses, bedarf. Es ist - da gebe ich Dir, StR Holub, wirklich gerne recht - unser aller Verantwortung, Familienpolitik pos. zu unterstützen. Aber das können und müssen wir auch ohne eigenen Familienausschuß, ohne Begleitung in den Ausschüssen durch

irgendeinen Familiensprecher (oder wie immer wir das nennen) in jedem Ausschuß und in jeder pol. Handlung tun! Ich halte dafür, daß hier ein eigener Ausschuß einfach überflüssig und zuviel ist.

Die familiäre Situation von heute ist ja schon dadurch gekennzeichnet, daß - da müssen sich einige bei der Nase nehmen - viele nicht einmal wissen, wie ihre Urgroßeltern geheißen haben. Stellen Sie sich das vor! Soweit sind wir. Das geht dann noch weiter: man hat keinerlei Respekt, man hat oft nicht einmal Verständnis für die Werte dessen, welche Einstellungen unsere Ahnen einmal gehabt haben. Wo soll denn dann die Familienpolitik fortgesetzt werden, wenn ich nicht irgendwo auf Traditionen fortsetzen kann?

Hr. Apfelthaler hat schon richtig angeschnitten, daß es heute eben auch andere Formen des Zusammenlebens gibt, als eben die klassische Familie. Bei der Einwanderung, die wir derzeit erleben, werden wir uns wahrscheinlich auch über kurz oder lang mit der Fam. auseinandersetzen müssen, die nach fundamentalistischem koranischen Recht erlaubt ist.

Es geht meines Erachtens am Thema etwas vorbei, wenn wir jetzt einen eigenen Ausschuß gründen. Ihre Intentionen, Fr. Lohnecker, kann ich vollkommen unterstreichen; aber nicht in

Form eines Ausschusses. Es ist meines Erachtens nicht damit getan, daß es eine Ausrede ist, daß man keine Zeit hat. Aber es ist ja auch schon fast ein contradictio in se, wenn man sagt, man gründet einen neuen Ausschuß, und man möchte mehr Zeit für die Fam.! Das paßt auch nicht zusammen!

Wäre dem so - da ist auch in Ihrer, sehr geehrte Fr. Lohnecker, Vorgangsweise ein kleiner Widerspruch -, wäre ich voll von dem überzeugt, was Sie uns sagen, das meiste glaube ich Ihnen gerne, aber wäre ich voll davon überzeugt, dann hätten Sie, um mich überzeugen zu können, bei Punkt Nr. 4) der TO dafür sein müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Frau Lohnecker bitte.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., meine Damen und Herren! Bei Punkt Nr. 4) war ich deswegen nicht dafür, weil da wieder sehr viel Geld gefordert wird, und mir das Herz weh tut, wenn ich nur die Honorarnoten sehe und was diese Konzeptsteller alles verlangen. Ich kämpfe oder wir Frauen hier herinnen kämpfen darum, daß das Frauenhaus 700.000 S bekommt, und hier soll ich einer Million ohne weiteres zustimmen. Das war der

Grund, warum ich abgelehnt habe.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Vorschlag 100.000 S. Frau Lohnecker, Vorstellungen von 100.000 S für ein ökologisches Grundkonzept dürfen

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Das möchte ich zuerst schwarz auf weiß haben und die Versicherung, daß es keine Verteuerung mehr gibt.

Zur Familie. Hr. Apfelthaler, ich habe versucht, schon vorher zu erklären, daß natürl. die Fam. in der Vorstellung einfach nicht mehr existiert. Das zeigen auch Untersuchungen. 1992 hat es z. B. 11.700 Familiengründungen in OÖ gegeben, davon waren aber nur 7.200 durch Heirat. Ich habe schon gesagt, daß es auch diese Alleinerzieher gibt - nicht nur Alleinerzieherinnen, sondern auch Alleinerzieher; es gibt auch Väter, die ihre Kinder betreuen. Ich weiß, daß die Ehe nicht mehr der eigentliche Beginn einer Fam. ist. Ich könnte auch sagen, daß Fam. für mich gleichbedeutend ist für das Zusammenleben von Menschen in ganz gleich welcher Form.

Zur Wortmeldung von Fr. Bauer muß ich noch etwas sagen. Die Drehscheibe fordert die Eltern nicht auf, Kinder abzugeben, sondern sie bietet ein variables Freizeitangebot. Wenn - wie Koll.

Holub schon gesagt hat - die Mutter, die ja meistens noch die Kinder betreut, irgendwelche Besorgungen zu tätigen hat, wird das Kind hier betreut. Das finde ich gut und wichtig! Als Frau habe ich hier schon sehr viel Verständnis, wenn man eine Stelle hat, die das Kind betreut. Sie haben sich ja auch eine Stelle gesucht, wo Ihre Kinder im Volksschulalter betreut worden sind. Ich weiß, daß Fam. nicht die heile Welt ist! Das ist mir vollkommen klar. Trotzdem ist für mich Fam. wichtig, und ich denke, daß es für mich wichtig genug ist, daß wir einen eigenen Ausschuß haben, damit man auch demonstriert und nicht nur immer davon redet, aber eigentl. wenig handelt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke - war das die letzte Wortmeldung? Nein, Hr. Koll. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Hoher GR, Hr. Vorsitzender! Ich wollte mich eigentl. heute nicht zu Wort melden, nachdem ich mir über dieses Thema ohnehin schon rel. viele Gedanken gemacht habe und diese auch veröffentlicht habe. Aber die letzten Wortmeldungen stimmen mich doch etwas nachdenklich. Reden wir nun von Alleinerhaltern und Leuten, die wir unterstützen müssen oder

reden wir von Familien? Reden wir von Leuten, die zusammenleben oder reden wir von Familien? Für mich ist im landläufigen Sinne eine Familie dann gegeben, wenn es ein Elternpaar gibt und Kinder dort sind. Alles andere sind beispielsweise Alleinerhalter, wo es nur einen Selbsterziehenden gibt oder eine Lebensgemeinschaft, die sich dann später ergibt. Ich würde sagen, das sind gescheiterte Familien - nach dem traditionellen Gedanken. Man kann natürl. auch eine neue Gedankenwelt aufbauen.

Aber nun zu dem, was ich noch erzählen wollte. Die Probleme dieser Situation liegen meines Erachtens darin, daß die ganze Infrastruktur, das ganze Umfeld, die ganze Umgebung nicht paßt. Dieses Umfeld läßt sich nach meinem Verständnis wiederum nur durch Änderung der Gesetzgebung und Schaffung neuer Voraussetzungen - eben zum Wohle der Familien - ändern. Das wiederum ist aber nur durch Bundesstellen und Bundeseinrichtungen möglich. Deswegen gehe ich von der Ansicht aus, daß wir - auch wenn ich jede Form der Unterstützung der Familien auf Gemeinde-Ebene begrüße - von der FPÖ unsere Bundesstellen dahingehend bewegen werden, daß sie entspr. Anträge einbringen, daß das geändert wird. Das wird unser Weg sein!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht mehr allzu verlängern. Aber ich stelle fest, daß wir uns über die Wichtigkeit der Politik für die Fam. mit allen Formen einig sind, was heute als Fam. bezeichnet wird. Darin sind wir uns einig. Wir sind uns auch einig über die Dringlichkeit einer Politik für Fam., weil so vieles geschieht, weil hier so vieles defekt ist. Die

Verhaltensstörungen, die Aggressivität - all das wird ja hingeführt auf die Defekte, die in Familien und familienähnlichen Formen geschehen.

also, es geschieht zu wenig! Und wenn irgendwo zu wenig geschieht, dann muß man sich bes. damit beschäftigen. Wir sind uns einig, daß zu wenig geschieht, daher müßten wir uns auch einig sein, daß wir uns bes. betätigen müssen!

Wir haben es ja mit der Sozialpolitik auch so gemacht. Die ist einmal zu kurz gekommen, und dann haben wir einen Sozialausschuß gemacht. Nicht wir, sondern unsere Vorfahren haben das damals gesehen. Wir sehen heute, daß für die Familienpolitik - da sind wir uns ja einig - zu wenig geschieht.

Deshalb meine ich eben auch, da müßten wir etwas tun und heute einen Familienausschuß gründen. Darum bitte ich wirklich, das nicht auf die anderen zu schieben. Beginnen wir in der Kommune - im kleinen Bereich, wo wir die Verantwortung und die Übersicht haben. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wird ein Schlußwort gewünscht? Nicht der Fall. Nun kommen wir zu § 29 der GO für den GR, wonach eine Abstimmung über den Hauptantrag erst dann erfolgt, wenn über den Abänderungsantrag zuvor abgestimmt wurde.

Wer dem Abänderungsantrag in der vorliegenden Form zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 14 Pro-Stimmen (SP). Stimmenthaltungen? 4 Enthaltungen (FP). Wer lehnt den Abänderungsantrag ab? 14 Gegenstimmen (5 FP, 7 VP, 2 GAL).

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

14 waren dafür, 14 haben dagegen gestimmt und 4 haben sich der Stimme enthalten, daher ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wer gegen dieses Abstimmungsergebnis, also gegen diese Zählung ist, der soll es jetzt gleich sagen, nicht daß später jemand beklagt, es wurde nicht richtig abgestimmt. 14-14-4 kommt einer Ablehnung des Abänderungsantrages gleich. Sind alle einverstanden? Ja, danke.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den ursprüngl. Antrag der ÖVP. Wer für den Hauptantrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 Pro-Stimmen (VP). Wer enthält sich der Stimme? 1 Enthaltung (GAL). Wer ist gegen diesen Antrag? 24 Gegenstimmen (14 SP, 9 FP, 1 GAL).

Verschiedene unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Diese schwierige mathematische Aufgabe der Mehrheitsfindung hat ergeben: 7 Pro-Stimmen, 1 Enthaltung und 24 Gegenstimmen. Es gibt also weder einen Unterausschuß noch einen Familienausschuß. Damit ist dieser Punkt erledigt - wir kommen zu Punkt Nr. 7).

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Schadenersatz-Voranmeldung im Falle eines Baues des Kernkraftwerkes Temelin. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

7) Präs-925/93

Kernkraftwerk Temelin,
Tschechien; Schadenersatz-Voranmeldung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Steyr spricht sich aus präventiver Sicherheitsvorsorge für die Bevölkerung der Stadt Steyr gegen den Weiterbau und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Temelin in Tschechien aus.

Als Schadenersatz-Voranmeldung wird der Fa. Westinghouse ein Betrag in der Höhe von 14 Mrd. S bekanntgegeben, vorbehaltlich höherer tatsächlicher Schadenersatzansprüche im konkreten Anlaßfall.

Mit der Verfassung des entspr. Schriftstückes wird der Magistrat der Stadt Steyr betraut.

Ich bitte um Debatte bzw. Abstimmung!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort hat sich Hr. GR Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Gerade der Brand in Dukovany vor einigen Wochen hat uns gezeigt, wie rasch ein Atom-Alptraum für uns in Österreich wirklich werden könnte. Das

bange Warten nach dem Brand in Tschechiens Atomanlage bis zur Entwarnung rief in uns die gespenstischen Erinnerungen an ein Tschernobyl wach. Ein Tschernobyl, wie wir gestern in Argumente gehört haben, alleine mit einem materiellen Schaden von 4 Bill. S.

Mit einem Male wurde der Alptraum wieder bedrohlich deutlich. Österreich ist von verrotteten östl. Atomkraftwerken regelrecht umzingelt. Wir wurden zwar verhältnismäßig rasch vertröstet, es sei ja alles halb so schlimm, eigentl. war es nur ein Fehllalarm, es habe ja nur ein Transformator außerhalb des Reaktorbereiches gebrannt, es sei ja nichts Tragisches passiert! Aber, werte Kolleginnen und Kollegen, es war schon der dritte Zwischenfall. Auch die Meinung dazu von unabhängigen Experten war, wie man lesen konnte, daß die mutmaßliche Ursache des Brandes verrottetes Kabelmaterial und Materialermüdungen waren. Nicht gerade beruhigend!

Vor allem verstehe ich auch, werte Kolleginnen und Kollegen, die Ängste der an Tschechien angrenzenden Gemeinden. Wenn z. B. der Freistädter Bürgermeister, Dkfm. Mühlbachler, meint: "Uns wird die Bedrohung immer bes. deutlich, wenn wir an klaren Tagen die Kühltürme der Atomanlage sehen." Oder wenn man aus einer Studie liest - GLOBAL 2000: Bei einem mit

Tschernobyl vergleichbaren Unfall in Dukovany wäre das Mühlviertel für Jahrzehnte eine unbewohnbare Todessteppe.

Werte Kolleginnen und Kollegen, man kann nur hoffen, daß die Geldmittel aus Amerika nun doch nicht kommen. Man kann auf einen Umdenkprozeß hoffen, wozu auch dieser heutige Antrag beitragen soll. Fairerweise müßte man aber auch sagen, daß wir verpflichtet wären, unseren Nachbarn bei einem Nichtbau Alternativ-Energien zur Verfügung zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke. Hr. StR Eichhübl ist der nächste am Wort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Selbstverständlich, meine Damen und Herren des GR, sehr geehrter Hr. Bgm.- der alleine am Vorsitzenden-Tisch übrig geblieben ist -, werde ich alle Aktivitäten unterstützen, die geeignet sind, gegen lebensbedrohliche Atomkraftwerke sinnvoll aufzutreten.

Nachdem dieser Antrag aus dem GB f. präsidiale u. öffentl. rechtl. Angelegenheiten kommt, hätte ich eine rechtl. Frage. Hr. Dr. Alphasamer hat auch den Sitzungssaal verlassen, aber vielleicht ist Hr. Dr. Schwager in der Lage, meine rechtl. Frage zu beantworten. Er meldet sich ja dann zu Wort.

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wie sieht es denn wirklich aus mit der rechtl. Haltbarkeit der Schadenersatz-Voranmeldung?

Das würde mich interessieren. Noch einmal: ich werde diesem Antrag sicherlich zustimmen, aber ich halte das für eine Alibi-Aktion - ich habe so das Gefühl. Ich bin nicht bes. rechtl. geschult, aber mehr oder weniger ist das - was die rechtl. Haltbarkeit betrifft - doch eine Alibi-Aktion.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Sehr geehrter Hr. Vbgm., lieber "restlicher" GR! Ich will keineswegs die Fragestellung, die an jemand ganz anderen gerichtet war, für ihn beantworten, weil ich ja die Auffassung des Hrn. Präsidialisten nicht kenne. Ich kann sie vielleicht aus dem Antrag herauslesen, aber die Interpretationen sind natürl. auch anders möglich.

Ich wollte mich nur deswegen zu Wort melden, um Verständnis dafür zu erhalten, daß ich mich hier der Stimme enthalte. Ich verstehe durchaus und teile es auch, daß man Sorge hat vor "scheußlichen", alten und nach alten Konstruktionsmodellen zu

errichtenden Kernkraftwerken. Aber nach meiner bescheidenen juridischen Auffassung sind derartige Voranmeldungen nicht mehr als ein Blatt Papier und rechtl. nicht haltbar.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Werter GR! In diesem Zusammenhang möchte ich anführen, daß natürl. neben allen Anstrengungen, die wir unternehmen sollen, daß an unserer Grenze keine solchen Kraftwerke errichtet werden, wir uns auch im eigenen Bereich bemühen sollen, Vorsorge zu treffen. Ich erinnere an den Amtsbericht vom 6. 1. 1994, wo es um eine Subvention an den Österr. Zivilschutzverband geht. Glauben Sie mir, es waren 25.000 Schilling. 25.000 S geben wir in Zeiten von Tschernobyl, von Temelin aus, um in unserer Stadt schützen zu wollen. Ich glaube, das ist zu wenig. Es sollte im nächsten Budget auf jeden Fall eine andere Summe drinnen stehen.

Es gibt einen Katastrophenalarm-Plan der Stadt Steyr, der vielen von uns nicht bekannt ist. Ich würde mir eine Präsentation wünschen - auf jeden Fall für die Mandatäre der Stadt. Aber die Informationen sollten an die gesamte Stadt gehen, welche

Vorkehrungen wir im Katastrophenalarm-Plan enthalten haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Wir müssen uns nicht viel über Hochwasser-Katastrophen informieren - da sind wir sicher sehr gut. Aber es gibt eben auch andere Katastrophen.

Ich glaube, es ist immer wieder besser, sich im eigenen Bereich um die Sicherheit zu kümmern, als sich auf andere zu verlassen! Also meine Bitte an den Finanzreferenten, im nächsten Budget für den Zivilschutzverband wirklich eine annehmbare Summe bereitzustellen. Außerdem möchte ich, daß wir uns den Katastrophenalarm-Plan einmal anschauen, und daß wir die bestehenden Einrichtungen, die wir jetzt in der Stadt schon haben, weiter ausbauen. Es gibt auch alte Einrichtungen, die man wieder instand setzen kann. Und man sollte auch einen Schauraum zur Verfügung stellen; es ist jetzt so, daß Zivilschutzvorträge nur von einem Oberst i. R. der Gendarmerie vorgenommen werden, der sich an den Schulen sehr bemüht. Er hat mich gebeten, daß man auch einen ständigen Schauraum zur Verfügung stellt. Ich glaube, das ist das Mindeste, was man in dieser Angelegenheit machen kann. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Gibt es noch eine Wortmeldung?
Hr. DI Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Wenn man diesen Antrag konsequent zu Ende denkt, fehlt mir eigentlich, daß meine Forderungen an Westinghouse nicht drinnen sind. Ich würde anregen: Wenn man das wirklich so macht, dann müßte man die Forderungen, die die Stadt dann als Zwischenträger an die Bevölkerung (die ja auch geschädigt ist) weitergibt, hier in diesen Antrag mitaufnehmen, damit diese Sachen auch abgeglichen werden können. Oder wollen wir, daß jeder einzelne auch einen solchen Antrag stellt?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es steht ja drinnen
"vorbehaltlich"!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR!
Die Juristen der Landesregierung sind ebenfalls der Meinung, daß diese Voranmeldung einer Schadenersatzforderung zweckmäßig und rechtl. abgesichert erscheint. Weil wir nämlich diese Aufstel-

lung gemacht haben nach Einladung bzw. Aufforderung der Landesregierung. Das ist uns nicht selbst eingefallen, sondern wir sind eingeladen worden. Wir haben das nach den Richtlinien gemacht, wie das auch in anderen Städten und beim Land gemacht wurde.

Ich wollte das nur noch zur Aufklärung mitteilen und bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? 3 Enthaltungen (2 FP, 1 VP). Wer diesem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Der Rest. Punkt Nr. 8) bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im nächsten Antrag geht es um den Verein FAZAT - Verlustabdeckung für das Geschäftsjahr 1994. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

8) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Verlustabdeckung f. das Geschäftsjahr 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB f. präsidiale und öffentl.-rechtl. Angelegenheiten vom 13. Jänner 1994 wird zur Verlustabdeckung der FAZAT Steyr GmbH für das Ge-

schäftsjahr 1994 ein Beitrag der Stadt Steyr in Höhe von

S 2,999.244,--

bewilligt, der an die FAZAT Steyr GmbH in vier gleichen Teilen zu je S 749.811,-- unmittelbar nach Beschlußfassung durch den GR der Stadt Steyr sowie am 5. April, 5. Juli und 5. Oktober 1994 zur Auszahlung zu bringen ist.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 2,999.300,-- werden bei der VSt. 1/2890/757100.3 für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Enthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Ebenfalls keine. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft die Genehmigung des Restkaufpreises für die UNIX-Anlage aufgrund des GR-Beschlusses vom 19. Mai 1993. Es wird, wie vereinbart, vorgeschlagen, den Restkaufpreis in der Höhe von S 1,324.444,-- freizugeben. Die entspr. Beträge sind im Voranschlag 1994 unter der VSt. 5/0160/043000.0 in Höhe von S 465.156,-- und unter der

VASSt. 5/0160/728800.5 in Höhe von S 859.288,-- vorgesehen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

9) GHJ1-92/93

Restkaufpreis der UNIX-Anlage aufgrund d. Gemeinderats-Beschlusses v. 19. 5. 93.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Fa. Digital Equipment Data Systems AG, Computerstr. 6, 1101 Wien:

Restkaufpreis Application DEC 400XP, wie im Angebot vom 15. 5. 1993 beschrieben, incl. aller nötigen Soft- und Hardware: S 1.324.444,--.

Zur Bedeckung der für die Hardware erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt S 757.156,-- incl. USt wird für das Rechnungsjahr 1994 eine Kreditfreigabe für den Restbetrag in der Höhe von

S 465.200,--

bei VASSt. 5/0160/043000.0 bewilligt.

Zur Bedeckung der für die Software erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt S 859.288,-- incl. USt wird für das Rechnungsjahr 1994 eine Kreditfreigabe für den Restbetrag in der Höhe von

S 859.300,--

bei VASSt. 5/0160/728800.5 bewilligt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen? Keine. Stimmen Sie diesem Antrag zu? Danke.

Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

In meinem letzten Antrag geht es um eine Subvention für den SK Vorwärts für die Errichtung einer Flutlichtanlage. Der Antrag des StS an den GR lautet:

10) Ha-4202/92

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer ao. Subvention Errichtung einer Flutlichtanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Schule und Sport vom 10. 1. 1994 wird dem SK Vorwärts Steyr für die Errichtung einer Flutlichtanlage im Vorwärts-Stadion eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von

S 1.300.000,--

gewährt.

Die Mittel sind bei der VASSt. 5/2624/777000.5 zu entnehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Keine, also kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem zustimmen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? 1 Enthaltung (FP). Danke.

Ich ersuche den Bgm. um Übernahme des Vorsitzes.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Koll. Vbgm. Sablik das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VBGM.

ERICH SABLİK:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Die Akontozahlungen für den RHV für dieses Jahr betragen insges. S 9,699.000,-- und sollen vierteljährlich an den RHV überwiesen werden. Ich ersuche Sie um Zustimmung.

11) Fin-17/93

Fin-68/93

Akontozahlungen an den
RHV Steyr u. Umgebung
für das Finanzjahr 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB II vom 17. 2. 1994 wird den Akontozahlungen in Höhe von insges. S 9,699.000,-- an den RHV Steyr u. Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 1994 zugestimmt.

Die Akontozahlungen erfolgen vierteljährlich jew. bis spät. 31. März, 30. Juni, 31. Sept. und 31. Dezember 1994.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 9,699.000,-- bei der VAST. 1/8110/774000.1 für das Rechnungsjahr 1994 genehmigt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Oder übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der nächste Antrag beinhaltet die Bezahlung der von Ihnen am 2. 12. angeschafften Laderaupen in Höhe von S 1,803.115,--. Jetzt wird laut Vertrag die erste Teilzahlung in Höhe von S 903.115,-- benötigt. Ich ersuche Sie um Freigabe von 904.000 Schilling.

12) GHJ1-108/93

Mülldeponie d. Stadt Steyr;
Ankauf einer Deponieladeraupen. Mittelfreigabe für 1.
Teilzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß v. 2. 12. 1993 wurde dem Ankauf der Laderaupen in Mülldeponieausführung von der Fa. LiebherrgesmbH, Telfs, in Höhe von S 1,803.115,-- excl. USt. zugestimmt.

Entspr. dem Amtsbericht des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 3. 2. 1994 werden für die 1. Teilzahlung des Laderaupenankaufes Mittel im Ausmaß von
S 903.115,--

excl. USt. benötigt.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S

904.000,-- bei der VAS^t.
5/8131/020000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimm-enthaltung? Dies wird nicht an-gezeigt, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Für die Mülldeponie haben wir am 15. 10. 1992 einen Com-paktor angekauft. Nunmehr wird die Restzahlung in Höhe von S 810.000,-- fällig. Ich ersuche Sie um Freigabe der Mittel und weise darauf hin, daß sich der Compaktor durch die bes. gute Verdichtung dieses Geld längst selbst verdient hat - und zwar in Form von Schaffung von De-ponieraum.

13) ÖAG-6450/91

Müll

Mülldeponie d. Stadt Steyr;

Ankauf eines Compaktors;

Restzahlung.

Der Gemeinderat wolle beschlie-ßen:

Mit GR-Beschluß v. 15. 10. 1992 wurde dem Ankauf eines Com-paktors der Type Bomag BC 601 RB von der Fa. BOMAG Maschi-nenhandelsgesmbH, Wien, unter gleichzeitiger Rücknahme des Altgerätes Marke Hanomag cl 55 D, zugestimmt.

Entspr. dem Amtsbericht des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 2. 2. 1994 werden für die Restzahlung des Compaktorankaufes Mittel im Ausmaß von

S 810.000,--

excl. USt. benötigt.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 810.000,-- bei der VAS^t. 5/8131/020000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird hiezu eine Wortmeldung gewünscht? Keine Wortmeldung. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Werden nicht angezeigt. Auch dieser An-trag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der nächste Akt betrifft die Mülldeponie der Stadt - Depo-niegasreinigung. Auch hier gibt es versch. Beschlüsse, die Ihnen ja bekannt sind. Wir brauchen nun zur Begleichung der Bau-leitung bei dieser Reinigung 32.793 Schilling und Errich-tungskosten 2,387.131 Schilling, sodaß wir insges. einen runden Betrag von 2,400.000 Schilling freigeben sollen, um die Rech-nungen zu begleichen. Ich bitte um Freigabe der Mittel.

14) Bau6-8380/92

Mülldeponie d. Stadt Steyr;
Deponiegasreinigung; Mit-
telfreigabe für 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß v. 22. 4. 1993 wurde der Vergabe zur Projektierung und Bauleitung der Deponiegasreinigungsstation an das Zivilingenieurbüro Hitzfelder-Pillichshammer, Vöcklabruck, in Höhe von S 167.961,-- excl. USt. zugestimmt.

Mit GR-Beschluß v. 16. 9. 1993 wurde die Errichtung der Deponiegasreinigungsanlage an die Fa. A.S.A. Süd, Graz, in Höhe von S 3,277.831,82 excl. USt. vergeben.

Entspr. dem Amtsbericht des RHV Steyr und Umgebung im Auftrag der Stadt Steyr vom 3. 2. 1994 wird der Mittelfreigabe für 1994 in Höhe von S 2,400.000,-- excl. USt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von S 2,400.000,--

bei der VASSt. 5/8131/050000 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Stimmt jemand gegen den Antrag? Auch nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Der letzte Akt umfaßt den Rettungsbeitrag der Stadt. Es gibt ja hier ein Gesetz des Landes; mit dieser Verordnung wurde der

Beitrag/Person auf 34,40 festgesetzt. Das bedeutet nach der Volkszählung 1992 einen Betrag von S 1,353.192,80, der zu je zwei gleichen Teilen am 1. 4. und 1. 10. 1994 an den Landesverband OÖ des Roten Kreuzes zu überweisen ist. Ich ersuche auch hier um die Freigabe der Mittel.

15) Fin-3/94

Präs-1164/90

Rettungsbeitrag 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst v. 5. Jänner 1994 wird dem Österr. Roten Kreuz, Landesverband OÖ, für das Jahr 1994, entspr. dem Oö. Rettungsgesetz, der zu entrichtende Rettungsbeitrag in Höhe von S 1,353.192,80 in Form einer Subvention gewährt.

Dieser Betrag ist in zwei gleichen Teilen zu je S 676.596,40 zum einen Teil am 1. April 1994 und zum anderen Teil am 1. Oktober 1994 an den Landesverband OÖ des Österr. Roten Kreuzes auszusahlen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,353.200,--

werden bei der VASSt. 1/5300/757000.2 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldungen? Keine. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand

Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke Koll. Vbgm. Sablik. Nächster Berichterstatter ist Vbgm. Dr. Leopold Pfeil. Ich erteile ihm das Wort.

BERICHTERSTATTER VBGM.

DR. LEOPOLD PFEIL:

Bei Punkt Nr. 16), meine sehr verehrten Damen und Herren, Hr. Bgm., geht es um die Schloßgalerie - Vergabe weiterer Arbeiten; Mittel f. 1994.

Für den Abschluß der Adaptierungsarbeiten in der Schloßgalerie sind noch Tischlerarbeiten (z. B. Türen, Treppenanlagen) sowie Schlosserarbeiten erforderlich gewesen. Die einschlägigen Leistungen wurden beschränkt ausgeschrieben. Für diese Gesamtarbeiten sind für das Rechnungsjahr 1994 die vorgesehenen Mittel in Höhe von 1.450.000 bei VAST. 5/3600/010290.8 freizugeben.

Die Differenzsumme zu den Vergabesummen deckt einen Teil der mit GR-Beschluß v. 16. 12. 1993 vergebenen Arbeiten (Baumeister-, Elektriker- u. Malerarbeiten) in Höhe von brutto S 1.494.825,52 ab.

Für die Deckung der Restsumme von S 481.000,-- wird um Genehmigung einer Kreditübertragung in Höhe von S 100.000,-- bei VAST. 5/3200/010000.0 - Musikschule, Neubau, Planung; S 100.000,--

bei VAST. 5/6120/002300.1 - Straßenbau, Zufahrt Knoglergründe; und S 200.000,-- bei VAST. 5/8110/004300.8 - Kanal Knoglergründe auf VAST. 5/3600/010290.8 sowie um Bewilligung einer Kreditüberschreitung in Höhe von S 81.000,-- bei VAST. 5/3600/010290.8 gebeten.

Für diese Kreditüberschreitung wird die VAST. 1/2730/457000.6 (Bücherei) um den Betrag von S 81.000,-- eingeschränkt.

Aufgrund der Dringlichkeit wird um die Herbeiführung einer Bürgermeisterverfügung gem. § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr ersucht - was inzwischen auch geschehen ist. Die Arbeiten sind beendet, ich ersuche um Zustimmung.

16) K-2584/84

Schloßgalerie; Vergabe weiterer Arbeiten; Mittelfreigabe 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 22. 2. 1994, womit wegen Dringlichkeit gem. § 49, Abs. 7, des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 22. 2. 1994 wird der Vergabe weiterer Arbeiten für die Schloßgalerie wie folgt zugestimmt:

Schlosserarbeiten, Fa. Weichselbaumer, Steyr: brutto S 225.924,25

Tischlerarbeiten, Fa. Staudinger, Steyr: brutto S 210.239,40
Zu diesem Zweck werden unter Hinweis auf die Vergabe lt. GR-Beschluß v. 16. 12. 1993 Mittel in Höhe von S 1,450.000,-- bei VAST. 5/3600/010290.8 freigegeben und S 481.000,-- durch Kreditübertragung von S 100.000,-- bei VAST. 5/3200/010000.0 - Musikschule, Neubau, Planung; S 100.000,-- bei VAST. 5/6120/002300.1 - Straßenbau, Zufahrt Knoglergründe; und S 200.000,-- bei VAST. 5/8110/004300.8 - Kanal Knoglergründe auf VAST. 5/3600/010290.8 sowie S 81.000,-- bei VAST. 5/3600/010290.8 durch Kreditüberschreitung genehmigt. Für diese Kreditüberschreitung wird die VAST. 1/2730/457000.6 (Bücherei) um den Betrag von S 81.000,-- eingeschränkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Niemand, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke. Im nächsten Antrag - Punkt Nr. 17) der TO - geht es auch um die Schloßgalerie. Es handelt sich um einen ge-

sonderten Antrag aus dem Kulturausschuß auf Rückführung von Vorfinanzierungsmitteln. Der Antrag des Kulturausschusses v. 10. 3. 1994 an den GR lautet wie folgt:

17) PräS-87/94

Schloßgalerie; Antrag des Kulturaussch. auf Rückführung v. Vorfinanzierungsmitteln.

Antrag

zur Sitzung des GR der Stadt Steyr am 10. 3. 1994

Alle bei der heutigen Sitzung des Kulturausschusses anwesenden, unterzeichneten Ausschußmitglieder vertreten die Auffassung, daß die Räumlichkeiten der Schloßgalerie in den nächsten Wochen vollständig zu adaptieren sind, damit alle drei Geschoße zum festgesetzten Zeitpunkt ihrer widmungsgemäßen Verwendung zugeführt werden können.

Um die noch ausstehenden Arbeiten durchführen und finanzieren zu können, werden zu den im Budget 1994 enthaltenen Mitteln noch zusätzliche benötigt, die von den GB III und VI aufgebracht werden sollen.

Die Mitglieder des gemeinderätl. Kulturausschusses sehen in den aus dem Kulturbudget zu entnehmenden Mitteln lediglich eine Form der Vorfinanzierung eines Bauvorhabens und stellen gem. § 40 (4) des Stadtstatutes sowie § 6 der Geschäftsordnung

der Stadt Steyr folgenden Antrag zur sofortigen Behandlung:

Der GR wolle beschließen:

Der aus Mitteln des GB VI entnommene Betrag zur Abdeckung der Kosten für die Bauarbeiten in der Schloßgalerie ist in Form einer Kreditüberschreitung (die Deckung hat aus den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen) freizugeben und sodann wieder der entsprechenden VA-Stelle zuzuführen.

(Unterzeichnet von den 10 anwesenden Mitgliedern des gemeinderätl. Kulturausschusses!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte den Beschaffungsvorgang bzw. den Adaptierungsvorgang im Rahmen der Schloßgalerie etwas näher beleuchten. Für den Weiterbau der Räumlichkeiten der Schloßgalerie im Schloß Lamberg wurde vom GB III, Bauamt, der Betrag von 2 Mill. S errechnet und für das Budget 1994 beantragt. Nach weiteren Angaben des GB III wurde dieser notwendige Betrag ohne Rücksprache auf S 1.450.000 gekürzt. Eine Summe, mit der das Projekt nicht fertiggestellt werden kann. Eine diesbezügl. Überschreitung wurde vom StS nicht genehmigt und der gesamte Akt (K-2584/84) zurückgestellt. An den GB VI - Kultur - erging nachher der Auftrag der MD, einen Bedeckungsvorschlag in der Höhe

von den notwendigen 481.000 Schilling vorzulegen.

Der Bedeckungsvorschlag könnte entweder Einsparung in der angeführten Höhe bei Voranschlagstellen des GB VI oder Mehreinnahmen aus Tarifen und Gebühren, die in das Aufgabengebiet des GB VI fallen, ergeben. Bemühungen, diese Summe aus dem ao. H. 1994 zu bekommen, waren von keinem Erfolg beschieden.

Nach Vorschlag der Finanzverwaltung sollten nunmehr Kreditübertragungen aus dem ordentl. Kulturbudget '94 erfolgen. Eine Anregung, die nicht die Genehmigung des Hrn. Bgm. erhielt. Nach der Besichtigung der Baustelle durch Hrn. Bgm. Leithenmayr und Fachleute des GB III am 21. Februar 1994 kam dann doch eine neue Finanzierung zustande, die in der Sitzung des StS vom 3. März gutgeheißen wurde. Aus dem o. H. des Kulturbereiches kamen S 100.000,-- (Musikschule, Neubau, Planung) und S 81.000,-- (Buchankauf der Zentralbücherei). Der Rest waren Mittel des Straßenbaues, Zufahrt Knoglergründe und Kanal Knoglergründe aus dem ao. H.

Die aus dem o. H. des Kulturbereiches diesbezügl. angesprochenen Beträge - also die 100.000 S der Musikschule und die 81.000 S der Zentralbücherei - sollen nach Antrag des Kulturausschusses vom 17. 2.

1994 der ursprüngl. Widmung zugeführt werden.

Meine Damen und Herren, so ist der Vorgang über die wirklich lange verzögerte, lang diskutierte Finanzierung bzw. Adaptierung der Schloßgalerie. Die Schloßgalerie hat ja einen langen, langen Vorlauf. Es gab ja bereits Beschlüsse! Weit vor Beginn der letzten Legislaturperiode war man sich schon einig, daß man die Schloßgalerie fertig adaptieren sollte. Viel Geld ist den "Bach hinunter" bzw. den "Fluß hinauf" Richtung MAW geflossen. Schon damals von der Schloßgalerie! Aber ich glaube, wenn wir uns schon einmal dazu entschlossen haben, die Schloßgalerie fertigzustellen, dann kann es nicht angehen, daß man es so macht - mir kommt das so vor, als würde man sich ein Haus bauen, aber für die Dachziegel hat man kein Geld.

Ich erinnere mich auch noch an diese Diskussion, die wir hier im GR letztes Jahr über die Oscar Kokoschka-Ausstellung geführt haben. Was war hier für ein Zeter und Mordio, daß wir die Schloßgalerie nicht fertig adaptiert haben, daß wir keine Alarmanlage und Brandschutzanlage hatten. Wenn wir die Schloßgalerie fertig haben wollen, dann ist es natürl. sinnvoll, daß wir auch die beiden unteren Geschoße mit diesen Sicherheitseinrichtungen ausstatten. Deshalb sind auch noch einige Schlosserarbeiten

und andere Arbeiten dazu gekommen.

Ich bin erfreut, daß ich heute Unterstützung bekommen habe in einem Artikel in der Steyrer Zeitung. Und zwar von einem Verein, der mir ansonsten nur von der Subventionsliste bekannt ist - "Junge Generation der SPÖ Steyr". Hier wird von einem Hrn. Pfaffenuemer verlangt, daß Druck auszuüben ist - auf die Kultur-Verantwortlichen; daß im kulturellen Bereich etwas geschehen soll. Ich kann nur sagen, lieber Hr. Pfaffenuemer - unbekannter Freund, Du rennst bei mir offene Türen ein. Aber zuerst mußt Du einmal bei Deinen eigenen Fraktionskollegen - vielleicht ist er dort auch nicht so bekannt - Stimmung dafür machen. Die Forderungen, die er hier bekannt gibt, sind ja zum Großteil auch unsere gewesen in den letzten Verhandlungen beim Budget für 1994. Er hat nur eine etwas differenzierte Haltung zum Vorhaben "Privatisierungen im Kulturbereich" - insbes. mein Vorschlag, die Bibliothek zu privatisieren. Er meint, Volksbildung und Kultur zu privatisieren, ist ein erster Schritt zur Sperrstunde. Ich sehe das nicht so. Ich sehe das wirklich nicht so, denn die Salzburger oder die Amstettner haben sich sicher auch etwas dabei gedacht, als sie einen Großteil der Kultur privatisiert haben. Ansonsten sind seine

Vorschläge durchaus sehr brauchbar, und ich nehme sie gerne an!

Zur Bibliothek ist auch noch etwas zu sagen. Mir liegen hier die Statistiken über die Arbeiten in der Bibliothek bzw. über die Leistungen vor, die dort erbracht werden - unter wirklich sehr schwierigen Bedingungen. Ich habe es hier schon einmal gesagt; Hr. Vbgm. Sablik hat selbst bei den Budget-Verhandlungen gesagt: "Privatisieren Sie doch endlich die Bücherei!" Ich bin gerne dazu bereit; ich bin auch überzeugt davon, daß man dort unter gleichen Bedingungen - d. h., daß man das Leistungsangebot verbessert - im privaten Bereich mehr erreichen kann. Nämlich die Struktur, wie wir sie jetzt haben, daß nichts gemacht wird - wir haben dort seit über 30 Jahren ein bestehendes Haus, es ist im wesentl. nichts restauriert worden, wir haben keinen EDV-Anschluß, wir haben keine zeitgem. Verwaltung und Ausgabe der Bücher. Dort ist wirklich Handlungsbedarf! Es ist nicht so, wie gemeint wird, daß die EDV nichts bringt. Es ist nicht richtig, daß man hier zusätzl. Personal braucht, sondern es sind sicherl. große Einsparungsmaßnahmen für die Zukunft gegeben.

Ich bin immer schon der Meinung gewesen - schon vor 1,5 Jahren -, daß mit der Bücherei etwas geschehen muß! Entweder am gleichen Ort - dann muß

etwas investiert werden - oder man sucht sich eine andere Lösung. Eine andere Lösung kann nur heißen auf einem anderen Platz oder mit einem anderen Betreiber.

Ich bin etwas vom Thema "Schloßgalerie" abgewichen - meine sehr verehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie, diesem Antrag zuzustimmen. Eine Schlußbemerkung erlauben Sie mir noch: Dieser Antrag ist wirklich ein Beispiel dafür, daß dieses unglückselige Spiel mit den Kreditübertragungen nichts bringt. Man nimmt es von einem Bereich und gibt es in den anderen - ich bin der Meinung, man soll das viel ehrlicher machen. Wenn ich einen Bereich budgetiert habe, dann ist ja auch ein pol. Wille dahinter, und er findet eine Mehrheit im GR oder nicht. Da kann es nicht sein, daß im Februar oder März schon nach Bazar-Methoden gefeilscht wird - so in der Art: "Gibst Du mir aus diesem Bereich 1 Mill. oder von dort 100.000 S". Was machen wir dann im Mai oder Juni, wenn wir für diese Vorhaben, die wir heuer nicht mehr ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nämlich das Problem!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

... durchführen können, nirgends mehr Geld haben?

Ich glaube, es wäre wirklich ehrlicher, zu sagen: o. k., wir haben hier zu wenig budgetiert. Wir haben ja das Beispiel - ich sage das immer wieder - Adelsbibliothek. 300.000 S waren budgetiert, gekostet hat es über 1,5 Mill. Hier war es ganz locker: Bürgermeister-Verfügung, Kreditüberschreitung. Kein Mensch hat danach gefragt, kein Mensch! Heute scheint es so schwierig, diese wenigen 100.000 S zu budgetieren bzw. bekanntzugeben. Der ehrlichere Weg wäre: Wenn wir bemerken, daß wir zuwenig budgetiert haben, bekennen wir uns zu einer Kreditüberschreitung. Genauso wie ich mich dazu bekennen werde, wenn ein Betrag auf einer VAST nicht aufgebraucht wird, dann gehört er selbstverständlich dem Gesamthaushalt am Ende des Jahres rückgeführt. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst hat sich Koll. StR Zagler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Herren Bgm., meine lieben Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich möchte jetzt nicht den Nebenschauplatz "Bibliothek", der nicht zur Diskussion steht, und auch nicht den Nebenschauplatz "Adelsbibliothek" betreten, sondern auf

die schwierige Situation zurückgehen, die die Budget-Erstellung 1994 auf uns gebracht hat. Sie hat von uns nicht nur viel Verantwortung abverlangt, sondern vor allem auch gew. Demut - die Forderungen betreffend. Ich glaube, es ist ja auch Dir, Hr. Vbgm. Pfeil, nicht unverborgen geblieben, daß die Wünsche - schon angemeldet in der mittelfristigen Finanzplanung von 1,5 Mrd., wo damals schon 1/2 Mrd. ungedeckt gewesen ist - auch für die ursprüngl. Anmeldungen des ao. H. 1994 in Sphären jenseits der 500 Mill. S gewesen sind, wobei bei allen Richtwerten, die wir uns zu-rechtgelegt haben (was Neu-verschuldung, was Entnahmen aus dem Sparkassenfonds etc. ausgemacht haben), eigentl. ein Betrag deutl. unter 100 Mill. bes. seriös gewesen wäre, daß man das erfüllt. Es ist dann durch div. Notwendigkeiten, damit eben keine unvollendeten Projekte übrig bleiben, dazu gekommen, daß wir einen höheren als gewünschten ao. H. zustande gebracht haben.

Wir haben am 16. 12. im GR dieses Budget beschlossen - auch unter Wissen der Bauabteilung, daß hier der Ansatz auf 1,35 Mill. S für die letzte Bauetappe der Schloßgalerie enthalten ist. Grundsätzlich ist überhaupt keine Rede davon, daß irgendeiner im 36köpfigen GR gegen eine Fertigstellung der Schloßgalerie ist. Es geht darum,

wie nun die Finanzierung zustande zu bringen ist. Im Jahr 1993 haben wir diesen Weg der Kreditübertragungen nicht beschritten, sondern eine Reihe von Kreditüberschreitungen beschlossen. Die Reihe war so groß, daß wir am Ende d. Jahres 1993 - komme heute bei TOP 44) im Detail noch darauf zu sprechen - um etwa 60 Mill. S weniger an Rücklagen hatten; Ende 1993 einen Schuldenstand von +66 Mill. hatten; aus dem Sparkassenfonds Entnahmen von 89 Mill. S getätigt haben und beispielsweise die Drittelrate für den Repa-Ankauf von 33 Mill. S trotzdem im Jahr 1993 nicht flüssig gemacht wurde, obwohl wir das machen hätten müssen; also rd. 250 Mill. S aus der Substanz gelebt haben - mit dieser Art der Beschlüsse im StS und im GR; nämlich in Permanenz Kreditüberschreitungen zu beschließen.

Man könnte jetzt das Jahr 1993 Revue passieren lassen und entscheiden bzw. nachvollziehen, ob wirklich alle Kreditüberschreitungen so notwendig waren oder nicht. Wir haben einige - auch heute schon wieder betont - Jahrhundert-Geschäfte gemacht, die sicherlich Überschreitungen zulassen; ich denke an den Stadtgut-Ankauf u. ä. Man kann ja nicht davon ausgehen, daß man bei einer Budget-Erstellung weiß, ob es hier verkaufswillige Partner gibt.

In diesem Lichte haben wir dann den Antrag im StS behandelt - nachdem er vorher von der FA f. Finanzen und betriebswirtschaftl. Angelegenheiten zurückgewiesen wurde -, um eine andere Finanzierung zu suchen. Und zwar so behandelt, daß festgehalten wurde, es sollen die Arbeiten zeit- und fristgerecht erledigt werden, aber in dem Sinne, daß man andere Dinge eben nicht macht, die nicht so dringend notwendig sind. Das ist auch die Meinung, hinter der ich vollinhaltlich stehe. Du hast das Beispiel mit dem Haus gebracht, bei dem man das Dach nicht fertig eindeckt. Wenn in diesem Haus der Kachelofen drinnen ist, aber das Dach fehlt, dann war das eine falsche Politik beim Hausbauen. So ähnlich sehe ich das hier auch. Klarerweise gehört das Dach aufgesetzt; aber dort, wo man vielleicht mit der Investition warten kann, gehört das hinausgeschoben, um weitere Ausuferungen zu vermeiden.

Gerade Du, Hr. Dr. Pfeil, hast im letzten Freiheitl. Gemeindekurier von der Spargesinnung geschrieben, von der massiven Verschuldung von 671 Mill. Ich weiß nicht, aus welchem "Kaffeesatz" Du das herausgelesen hast - jedenfalls aus keiner offiziellen Ankündigung. Denn wir werden das heute auch wieder beim Rechnungsabschluß sehen, daß die Verschuldung Gott sei Dank bislang unter 600 Mill. S

geblieben ist, aber steigende Tendenz aufweist.

Es geht darum, daß wir in diesem StS beschlossen haben, den Bgm. zu ermächtigen, mit Hilfe einer Bürgermeister-Verfügung diese Kreditübertragungen durchzuführen und auch die Aufträge zu vergeben. Wenige Tage später ist ein Kulturausschuß, bei dem nun der Kulturausschuß - auf Deine Anregung, nehme ich an - beschließen darf, die Kreditüberschreitungen, die wenige Stunden zuvor auch mit Deiner Stimme verhindert und zu Kreditübertragungen umfunktioniert wurden, jetzt in einen Antrag zu münzen, daß der Kulturausschuß plötzlich sagt: das, was im StS am 10. 2. beschlossen wurde, nämlich keine Kreditüberschreitung, sondern in Form der Kreditübertragung das Geld zu beschaffen, wieder aufzuheben, und den Kulturausschuß mehr oder weniger in Deinen Bann zu ziehen, um die Unterschriften zu erhalten. Der einzige in diesem Ausschuß - das habe ich mir berichten lassen -, der über den wahren Sachverhalt hätte berichten können, warst Du - nachdem Du als einziges StS-Mitglied dort anwesend gewesen bist.

Daß Du natürl. den Kulturausschuß in Deiner Funktion als Kultur-Referent - ich glaube eher, als Fraktionsobmann der FPÖ - benutzt, um Dir von einem

Ausschuß eine Budget-Ausweitung beschließen zu lassen, die im StS abgelehnt worden war, ist für mich eine Art Quadratur des Kreises. Einer solchen Vorgangsweise kann man von der Finanzverwaltung und Budget-Vollziehung in keiner Weise eine Zustimmung erteilen. Denn das würde ja dann so weitergehen, daß jeder Ausschuß durch einstimmige Beschlüsse über Budget-Mittel verfügt, die in der Allgemeinheit und in der gesamtheitl. Denkweise das Budget in Frage und das als "Fahrplan" unseres Jahres eigentl. in Abrede stellen.

Der Hinweis, daß der Genosse Pfaffenhuemer Thomas einen Leserbrief geschrieben hat und seine Beiträge zum kulturellen Geschehen geliefert hat, ist ein Zeichen, daß sich die Sozialdemokratie sehr wohl fortschrittlich mit Kulturthemen befaßt. Du kannst mir glauben, daß wir mit unseren Gesinnungsfreunden reden; und wir kennen sie, wir brauchen keine Landespartei-Obmänner, damit wir wieder an einem Tisch sitzen. Wir sind über diese Vorgangsweise bestens informiert.

Ich kann nur von seiten der Finanz- und Budgetvollziehung warnen, diesen Antrag des Kulturausschusses so zu beschließen - weil er unter falschen Voraussetzungen

gestellt worden ist - und bitten, diesen Antrag abzulehnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster hat sich Hr. Koll. Philipps zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium! Sehr geehrte Herren von der Presse! Der Finanzreferent hat ja vor mir einige interessante Fakten aufgezählt, die wir bei dieser Antragstellung sehr wohl beachtet haben. Leider Gottes ist es, glaube ich, aufgrund einer schnelleren Aufzählung der Taten zu einer kleinen Verschiebung gekommen. Am 10. 2. wurde nämlich dieser Antrag im StS zurückgestellt; am 17. 2. hatten wir dann Kulturausschuß und am 22. 2. ist die Bürgermeister-Verfügung hinausgegangen. Es muß sich also hier um eine Datenverschiebung gehandelt haben.

Erlauben Sie mir bitte, zum vorliegenden Antrag Stellung zu nehmen. Es ist dem Kulturausschuß ein dringliches Anliegen, die Schloßgalerie fertigzustellen. Daher haben wir uns unter Berücksichtigung einiger Punkte dazu entschlossen, diesen Antrag zu stellen. Es geht grundsätzlich einmal darum, daß es nicht zu einer Ausräumung von VAS.

anderer Fachbereiche kommen darf. Das ist ganz klar, und das war in erster Linie unser Anliegen! Der zweite Punkt, der sicherlich sehr, sehr wichtig ist, ist der Terminfaktor. Können Sie sich vorstellen, daß eine im April geplante Jörg Reitter-Ausstellung mehr oder minder auf einer Baustelle abgewickelt wird? Ich nicht, daher bin ich dafür, daß dies möglichst schnell über die Bühne geht.

Kreditübertragung aus den Kultur-VAS. würde meines Erachtens zu einer Handlungsunfähigkeit (könnte man sagen) des Kulturausschusses führen und kann von seiten des Amtes zur Gefahr hinleiten, daß man sogar bestehende Verträge stornieren muß. Ob es hier Storno-Beträge gibt oder nicht, wäre dann - wie gesagt - bei den jeweiligen Verträgen noch extra auszusprechen.

Aus diesen genannten Gründen und, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR, aus vollster Überzeugung, für das Steyrer Kulturleben das Richtige zu tun, werde ich - wie ich meine, auch jene, die hier unterschrieben haben - diesem Antrag meine Zustimmung geben. Ich darf Sie ebenfalls ersuchen und einladen, dasselbe zu tun!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. Koll. Lengauer am Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke dem Vorsitzenden des Kulturausschusses für seine Wortmeldung! Ich möchte alles, was der Kulturausschuß-Vorsitzende gesagt hat, völlig unterstreichen; ich möchte aber die Situation aus einem anderen Gesichtspunkt noch ein bißchen durchleuchten.

Wir haben im Kulturausschuß von der Ablehnung des Antrages am 10. 1. erfahren. Mit Bestürzung mußten wir feststellen, daß - wie Hr. Philipps schon dargelegt hat - nun alle Planungen, alle vorbereiteten Ausstellungen in der "Luft" hängen. Wir haben bestürzt nachgedacht, was wir denn nun machen sollen. Es ist ein Zeichen der Arbeit des Kulturausschusses, daß wir mit "Arbeit in Kultur" kein politisches Kapital herauschlagen wollen, sondern daß wir uns hier in gemeinsamer Arbeit wirklich um die Kultur bemühen. So haben wir überlegt, was wir denn tun können, um hier zu retten! Wir haben nicht gewagt, Vorschläge zu machen, da oder dort etwas herauszuräumen. Das haben wir nicht gewagt! Und dann haben wir überlegt! Jetzt muß ich so sagen: der Finanzreferent war ein

bißchen falsch oder nicht voll informiert. Die Dummheit kam von mir! Wir haben überlegt und dann gesagt: Ist es nicht möglich, wenn wir alle miteinander - fraktionsübergreifend, alle drei! - meinen, die Fertigstellung der Schloßgalerie ist so wichtig, könnten wir nicht das tun, was ein Ausschuß einfach macht, wenn er Verantwortung für seine Sache ernst nimmt? Daß wir nämlich an den GR herantreten, ihm unser Anliegen sagen und einen Antrag bringen. Es war uns völlig bewußt, daß dies eine schwierige Sache ist; wir haben gewußt, daß wir alle miteinander in unseren Fraktionen zuerst Überzeugungsarbeit leisten müssen. Das wußten wir alle! Wir wußten die Strenge des Finanzreferenten zu schätzen, wir wußten aber auch von der Forderung, uns zu mäßigen! Das wußten wir, und das haben wir auch ernst genommen.

Wir haben uns wirklich gesagt, daß wir nicht "blöd" daherreden wollen, sondern Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Dann kamen die Vorwürfe: ein Budget darf durch einen Ausschuß nicht verzeichnet werden! Das wollen wir nicht. Aber in der gemeinsamen Verantwortung für wichtiges Kulturgut meinten wir, daß eine Kreditüberschreitung vielleicht doch wichtig, notwendig und hier dringlich sein müßte.

Der zweite Vorwurf: Darf man denn Fraktionen spalten? Bitte, wir haben keine Fraktionen gespalten? Sondern wir waren uns miteinander einig, daß dies eine wichtige Sache wäre. Das 3. - ich muß es sagen: man hat dann auch versucht, unseren Antrag anzuzweifeln, weil wir eine Blanko-Unterschrift gegeben hätten. Niemand hat eine Blanko-Unterschrift gegeben. Wir haben ganz klar gewußt, was wir wollen, und das steht ganz klar in den Aufzeichnungen. Nur haben wir den Fachmann gebeten, es so zu formulieren, damit dann nicht der Finanzreferent irgendwo einen Beistrich finden könnte, um es doch aus formellen Gründen abzulehnen. Das war unser Denken, warum wir gesagt haben, daß es ordentlich formuliert sein muß, und warum wir so unterschrieben haben. Einfach eine Sichtweise - anders dargelegt. Wir meinen also wirklich, daß wir kein pol. Kapital aus der Kulturarbeit schlagen wollen. Auch in "blauen" Blättern wollen wir das nicht! Wir haben die Dringlichkeit gesehen und jetzt - sehen Sie mich an, ich mache es wirklich demütig - bitten wir den GR um Zustimmung. Wir wissen, es ist eine schwierige Sache, zwei oder drei Monate nach Budgetbeschluß eine Überschreitung zu beschließen. Aber bitte tun Sie es nicht für einen Pfeil, nicht für einen

Philipps - für Lengauer kann man es nicht tun, weil der ja nur Dummheiten macht; also machen Sie es für die Kultur der Stadt Steyr! Ich bitte Sie darum!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Hr. Koll. Zagler - zum 2. Mal.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Eine kurze zweite und gleichzeitig auch letzte Wortmeldung. Ich habe niemals behauptet, Koll. Lengauer, daß es eine Dummheit gewesen wäre, was Du gemacht hast. Es hat auch niemals eine Ablehnung im StS gegeben. Das ist der Irrtum und Irrglaube, dem die Mitglieder des Kulturausschusses aufgesessen sind. Es ist beschlossen worden, daß die Schloßgalerie in der letzten Etappe ausgebaut wird. Das ist eine reine Frage der Finanzierung gewesen. Wenn wir heute diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben würden, dann bedeutet dies, daß der GR heute keine Kreditüberschreitung f. den Ausbau der Schloßgalerie beschließt, sondern eine Kreditüberschreitung f. einen Planungsansatz - 100.000 S f. die Musikschule, eine

Kreditüberschreitung f. Bücherankauf in Höhe von ca. 70.000 bis 80.000 S. Das ist das Faktum der Tatsache. Und das ist die Frage, ob das heute notwendig ist, ob nicht eine solche Kreditüberschreitung, sollte es zu einer Musikschulplanung vom Land im Laufe des Jahres kommen - und uns unter Zugzwang setzt, hier beitragen zu müssen, daß es zu einem solchen Zeitpunkt geschieht.

Ich darf hier von meiner Warte aus sagen: Wehret hier den Anfängen in diesem Sinne, daß es nicht zum Regelfall wird. Denn ansonsten ist es wirklich sinnstörend und sinnwidrig, monatelang ein Budget zu erarbeiten mit allen Referenten, mit allen Beamten, in vielen Diskussionsrunden ein Paket zu schnüren, das dann eine Mehrheit findet, wenn alles, was dort drinnen steht, innerhalb weniger Wochen nach Beschlußfassung nur mehr Makulatur und nichts wert ist. Deswegen - wie gesagt - meine Bitte. Es hat keine Ablehnung gegeben, die Wichtigkeit dieses Ausbaues ist im StS übereinstimmend zum Ausdruck gekommen. Es ist eine Frage der Abwicklung, und es ist - wie gesagt - eine Frage der Notwendigkeit, wer mehr recht haben soll: die Mitglieder des Kulturausschusses oder der Finanz-Stadtrat und damit der GR in der Budget-Vollziehung.

Nur, glaube ich, sollten wir das nicht auf dieses Theaterspiel ankommen lassen, lieber Koll. Lengauer - wer ist der Stärkere? Ich oder Ich?! Wir sollten wirklich wieder die Vernunft einkehren lassen!

Dann, wenn diese Positionen, auf die jetzt zugegriffen wurde, unabdingbar notwendig sind, ist ein entspr. Antrag in den GR einzubringen. Aber nicht jetzt sozusagen als Pauschalabgeltung oder Pauschalbeschluß für die Zukunft das hineinzuschreiben, was dann wahrscheinlich - das war zumind. der Kontext in den Besprechungen - im Jahr 1994 nicht gebraucht wird, weil beispielsweise das Land an einer Musikschulplanung und an einer Errichtung bzw. an einem Neubau in diesem Jahr kein Interesse hat.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. StR Holub ist der nächste am Wort.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR! Das ist jetzt - ich sage das ganz ehrlich - einer der wenigen Momente, wo es mir leid tut, daß ich nicht mitabstimmen kann im GR. Ich würde - wenn ich das Recht dazu behalten hätte - dem Antrag, den der gemeinderätl. Kulturausschuß gefaßt hat, voll zustimmen und meine, dies auch begründen zu dürfen.

Zum einen hat der GR zu einem Vorhaben ja gesagt - das heißt Schloßgalerie. Zum anderen hat es Budget-Gespräche gegeben, die diese Vollendung im heurigen Jahr zum Inhalt hatten. Und zum dritten hat es dann eine Kürzung der in Aussicht genommenen Beträge gegeben, die offensichtlich - so habe ich mich erkundigt - den handelnden Personen nicht bekannt war. Das finde ich, meine Damen und Herren des GR, ...

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT

KARL HOLUB:

So habe ich mich erkundigt! Ich glaube, lieber Helmut, daß auch Du gelegentlich nicht ganz die volle Information, die Dir zu eigen ist, weitergibst. Das war eher sehr solide gesagt!

Wenn ich an die versch. Daten in Deiner Aufzählung denke - Koll. Philipps hat das eine Datenverschiebung genannt -, so könnte man eine Datenverschiebung auch anders übersetzen. Man könnte ja annehmen, daß Du - wenn Du schon alles so gut weißt - uns gar nicht die richtigen Daten gesagt hast. Das ist auch eine Form der Datenverschiebung. Aber ...

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT

KARL HOLUB:

Aber lassen wir das jetzt, denn ich will mich nicht an Dir reiben, weil es nicht dafür steht!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

... weil nämlich der 27. Februar ein Sonntag ist!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich traue ja einem Dkfm. ohne weiteres zu, daß er Kalender lesen kann. Aber das eine hat ja mit dem anderen wirklich nichts zu tun.

Wahr ist, daß man aus der Not heraus eine Bgm.-Verfügung getroffen hat. Aus der Not heraus, vom Säckelwart der Stadt keine Mittel zur Verfügung zu bekommen. Und wahr ist, daß über die Disziplinen hinweg ein Kompromiß gesucht wurde, wie man denn dieses für die Stadt einhellig wichtige Vorhaben durchbringen könnte.

Wahr ist aber auch, daß der Kulturausschuß offensichtlich der Meinung war, daß die Mittel aus dem Kultur-Budget verwendet werden sollten, und daß die Kultur ein so wichtiges Anliegen in der Stadt ist, daß nicht andere Ressort-Notwendigkeiten (wie z. B. Straßenbau o. ä.) dadurch beschnitten werden sollten. Wahr ist auch, daß die Aussage, die Koll. Zagler von der

Makulatur gemacht hat, irgendwie schon zu denken geben sollte. Wenn nämlich der Antrag, der mit Bgm.-Verfügung erledigt wurde, zu einer Überschreitung der Haushaltsstellen aus den fremden Ressorts führt, so hat sich Dkfm. Zagler selber zumind. in seiner eigenen Argumentationskette verfangen. Wenn z. B. der Straßenbau auf den Knoglergründen wichtig ist und gemacht werden muß, so ist es einfach infam zu sagen, daß aus dem Bauressort Straßenbau jetzt eine Budget-Überschreitung kommt. Da lassen wir doch die Dinge dort, wo sie sind. Hier bin ich - das habe ich schon öfters gesagt - für eine wahre Budget-Gestaltung. Wenn man sich im Kostenrahmen schon verschätzt hat, dann muß man auch dazu stehen, und die Kosten nicht woanders verstecken!

Wenn man aber die Kosten richtig bekanntgegeben hat, und man hat sie dann aus der Allwalt eines Säckelwartes und Stadtkämmerers herabgesetzt, dann muß man dafür auch die Verantwortung nehmen und tragen, lieber Helmut! Es geht einfach nicht an, daß der Finanzreferent der Stadt Steyr über alle anderen Ressorts quasi der "Überminister" wird. Ich erinnere Euch nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, was Ihr über den Familienausschuß gesagt habt. Ich erinnere daran, daß der Finanzreferent der Stadt

Steyr eine dienende und keine herrschende Funktion ist. Er hat die Gelder zur Verfügung zu stellen. Und wenn der GR der Meinung ist, das hat er zu tun, dann hat er es auch zu tun! Das ist seine Aufgabenstellung, und genau in diesem Sinn lade ich Sie, meine Damen und Herren des GR, die Sie stimmberechtigt sind, ein, dem Antrag des Kulturausschusses Folge zu leisten. Und ich bitte Sie wirklich, dabei ausdrücklich festzustellen, daß die durch die Bgm.-Verfügung abdotierten Haushaltsstellen durch die Änderungsvorschläge des Kulturausschusses wieder dotiert werden, sodaß den anderen handelnden Ressorts der Handlungsspielraum im vereinbarten Budget behalten bleibt.

Ich lehne es ab; ich lehne es wirklich ab - leider Gottes darf ich nicht abstimmen dazu -, aber ich lehne es als Mitglied des StS ab, daß ein einzelner StR die Verhandlungen so beugt, wie er es braucht! Das geht einfach nicht!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Das hast Du ja mitbeschlossen! Du bist wirklich emotional, nicht sachlich!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich bin nicht emotional. Ich bin absolut der Meinung, daß ich zur Sache spreche, wenn ich meine,

daß die Budget-Positionen dort verbraucht werden sollen, wo die Kosten auch tatsächlich anfallen. Ich bin absolut kein Freund von der Üblichkeit, die eingerissen ist, daß man Vorhaben über andere VAST. so schnell vorfinanziert - nur deshalb, weil man bei der Haushaltsvoranschlags-Erstellung entweder gehudelt hat, schlampig war oder ein falsches Bild gezeichnet hat!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich möchte vor dem Schlußwort des Hrn. Referenten nur noch feststellen, daß die tief-schürfenden Bemerkungen sehr interessant waren - die lustigste war jene des Koll. Lengauer, die eindringlichste jene von Koll. Holub. Keiner ist hier ein Kultur-Banause, alle waren wir der Meinung, daß die Schloßgalerie ausgebaut werden soll - und zwar schon längere Zeit. Voriges Jahr war es auch schon im Budget. Es ist nur nicht gegangen, weil die Dispositionen einfach andere waren und Veranstaltungen stattgefunden haben. Darum wurde es nicht gemacht!

Fest steht aber schon - das muß man sagen; und da ist nicht Koll. Zagler der "Überminister" -, daß der GR am 16. Dez. 1993 ein Budget beschlossen hat - und dort sind 1,5 Mill. drinnen

gestanden. Aus welchen Gründen immer! Ich empfinde es ausgesprochen unlustig, wenn nur drei Wochen später ein Amtsbericht kommt - lakonisch ohne weitere Hinweise und sonst etwas -, wo dieser Ansatz um ein Drittel überzogen wird. Das ist ausgesprochen unlustig! Wenn wir ein Jahr haben wie dieses heurige, wo wir rd. 90 Mill. S auf der Einnahmenseite im o. H. an Fehlpositionen haben werden, dann werden wir uns bei der Budget-Realisierung eine andere Gestion zulegen müssen. Die Zeiten sind schwieriger geworden. Ich kann nur mahnen, daß wir uns selbst unserer Verantwortung bewußt sind, daß das Budget natürl. schon einzuhalten ist, und wir wirklich nur dann, wenn es nicht anders geht, über diese "Stränge" schlagen. Das wird uns noch öfter passieren als uns lieb ist.

Es gibt aber auch Situationen, wo es anders geht. Auch in der Familie wird man sich überlegen, ob man sich das Auto und die Eigentumswohnung in einem Jahr kauft, wenn es nicht "drinnen" ist. So möchte ich schon appellieren, daß man das sieht!

Alle waren für den Ausbau der Schloßgalerie. Ich habe es verfügt - im schönen Einvernehmen mit dem StS. Wir waren uns im StS darüber einig, daß es durch Kreditübertragung gemacht werden soll. Koll. Schloßgangl war nämlich bereit,

den "Löwenanteil" zu übernehmen. In Wirklichkeit müssen wir sehen, daß die Positionen, die im Kulturbereich waren, eigentl. die Minderheiten-Position darstellen. Hier haben wir 81.000 S für Bücher drinnen, weil wir geglaubt haben, daß wir dies in einem Jahr einmal verschmerzen können. Wir haben auch geglaubt, daß das mit diesem Ansatz zumutbar wäre - das ist sowieso nur ein Planungsansatz; die Planung für eine Musikschule kann ja nicht bezahlt werden, weil nämlich die Musikschule 30 Mill. S kostet; jeder weiß, daß wir hier sehr wohl mehr auf den Tisch des Hauses legen müssen.

Ich kann mir das jedenfalls nicht vorstellen - nicht mit meiner Stimme. Ich mache ja als Bürgermeister die Tagesordnung für die StS-Sitzungen und die GR-Sitzungen - das steht im Statut. Das kann natürl. auch anders beschlossen werden. Aber wir können nicht ununterbrochen und gleich am Beginn des Jahres Budgetüberschreitungen

akzeptieren, wenn wir unser eigenes Budget ernst nehmen. Daher mein Appell, auf diese Dinge zu achten! Wir sind für die Kultur, aber auch innerhalb der Kultur gibt es Wichtiges und nicht so Wichtiges. Wir haben geglaubt, man kann den Weg gehen. Wenn der GR heute anderer Auffassung ist, bitte sehr. Aber es ist das Geld der anderen, das heute ausgegeben

wird - in jedem Fall! Darüber müssen wir uns im klaren sein. Irgendwo werden wir nämlich am Schluß - wenn wir nicht endlose Überschreitungen praktizieren - Abstriche machen müssen. Das wird dann dort sein, wo auch geschrien wird.

Eines möchte ich noch sagen: Es ist nicht angenehm für mich, wenn manche schon mahnen, daß wir uns überschulden, und wenn heute in einem Leserbrief steht, daß der Leithenmayr eigentl. schon Pleitengeier heißen müßte, oder so ähnlich.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gleichzeitig gibt es dann Mehrheiten, daß man einfach sorglos überschreitet. Ich sag's nur! Da sollten wir uns in die Augen sehen und offen darüber diskutieren. Keiner kann alleine irgendetwas Besonderes bestimmen!

Jetzt bitte ich um das Schlußwort, Herr Kollege!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei dieser Diskussion bewußt zurückgehalten. Insbes. die erste Wortmeldung von Hrn. StR Zagler hat mir recht gegeben, daß es gut und richtig war, daß ich mich zurückgehalten habe. Wir haben in unserem Kulturausschuß diese Thematik

ernst und sachlich diskutiert. Wir haben unseren Wissensstand ehrlich auf den Tisch gelegt und uns ehrlich mit diesem Problem beschäftigt.

Ich möchte noch einiges richtigstellen und zurechtrücken. Zuerst einmal zum Budget: Hr. Holub, ich kann schon sagen, wie das mit dem Budget passiert ist. Es ist gesagt worden, 2 Mill. S sind notwendig, um die Galerie fertigzustellen - beweisbar! Daraufhin ist - das habe ich heute schon erwähnt - ohne weitere Verständigung der zuständigen Fachabteilung von der Finanzabteilung der Betrag auf 1,450.000 S gekürzt worden. Und dann ist das Budget beschlossen worden! Ohne jede weitere Verständigung. D. h., man hat bewußt angenommen, daß das Budget sowieso von den einzelnen Fachabteilungen überzogen wird oder mehr budgetiert wird, als gebraucht wird. Das ist eine Unterstellung. Ich bemühe mich wirklich, das zu sagen und zu nennen - "was es hat, das wiegt's!" Und das war eben eine Summe von ca. 2 Mill. S.

Ich bin nicht bereit - das habe ich hier an dieser Stelle schon einmal gesagt -, von der Finanzabteilung auch Weisungen zu bekommen, was wir im StS kulturell behandeln dürfen oder nicht; ob eine Kreditbedeckung da ist - ja oder nein. Wenn wir eine Empfehlung vom Kulturausschuß haben, dann

möchte ich das auch im StS behandelt haben. Da genügt es nicht, wenn es plötzlich lapidar heißt: keine Bedeckung vorgesehen; weg damit vom Tisch. Es kann nicht sein, daß hier ein "Superministerium" über allen anderen Fachabteilungen steht!

Hr. Bgm., ich möchte schon auch die wahren Gründe beleuchten, warum es letztes Jahr nicht zur Realisierung der Schloßgalerie gekommen ist. Nicht primär wegen der Veranstaltungen - es war ja geplant, die Schloßgalerie für Frühjahr bzw. Sommer 1993 fertig zu adaptieren. Dann kam die sog. Adelsbibliothek dazwischen; und Sie erinnern sich bestimmt ganz genau, daß ich gesagt habe: ich wehre mich sicherlich nicht gegen ein Kulturprojekt; ich sage nichts dagegen, machen wir das auch, aber ich möchte im Herbst dafür mit Volldruck die Schloßgalerie fertiggestellt haben. Ich bin immer ein sparsamer Mensch, darum habe ich gesagt, bauen wir sie im Winter. Planen wir die Ausschreibung genau, und bauen wir sie im Winter. So wurde das primär verzögert!

Noch zu den angesprochenen 81.000 S aus der Bibliothek. Die tun wirklich weh! Das sind ordentliche Haushaltsgelder. Da gibt es Bestellungen; da gibt es Planungen für die Erneuerung der Buchbestände. Das muß man jetzt stornieren - wie Koll. Philipps schon gesagt hat! Ich

weiß nicht, wie man da heraus kommt. Es wird immer argumentiert, wenn wir vom Land etwas wollen, muß auch die Stadt ein sichtbares Zeichen setzen. Wir haben ein sichtbares Zeichen gesetzt, daß wir einen Planungsansatz von 100.000 S im Budget haben - als sichtbares Zeichen dafür, daß die Stadt hinter der Planung und hinter dem Neubau einer Musikschule steht. Das haben wir "flux" nach zwei Monaten vom Tisch gewischt.

Ich glaube schon, daß es wichtig ist, daß man das Geld dort beläßt, wo es ist, daß man dort, wo es notwendig ist, sagt, da ist zuwenig budgetiert worden, da müssen wir ran, und da müssen wir ehrlich zu einer Kreditüberschreitung stehen.

Hr. Koll. Lengauer, ich möchte mich bei Ihnen sehr herzlich bedanken! Sie sind zu bescheiden. Er hat es umschrieben, aber ich glaube, es ist herüber gekommen. Nicht ich habe mich stark gemacht für diesen Antrag, Hr. Koll. Lengauer hat das dankenswerterweise übernommen bzw. von selbst den Antrag gestellt für diesen gemeinsamen Antrag.

Ich habe den Kulturausschuß in keinster Weise in irgendeine Richtung präjudiziert oder vereinnahmt. Ich möchte mich auch beim Kulturausschuß-Vorsitzenden dafür sehr herzlich bedanken und für das

Verständnis, das er der Kultur gegenüber bringt.

Wenn wir das jetzt mit Mehrheit beschließen, dann ist für mich heute ein sehr glücklicher Tag. Dann ist es eine Sternstunde für die Demokratie in dieser Stadt! Ich glaube, es ist das erste Mal, daß partei-übergreifend, fraktions-übergreifend etwas Sinnvolles gegen den Willen in den eigenen Fraktionen - hoffentlich doch - durchgesetzt wird. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Einen Nachsatz darf ich mir bitte noch erlauben, das ist mir gerade eingefallen. Bei mir steht hier noch Pühringer. Ich habe heute schon einmal LR Pühringer zitiert. Er hat diese Woche auch gesagt: "Wir können es uns nicht leisten, Kulturgelder zu kürzen!"

ZWISCHENRUF:

In schlechten Zeiten!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, in schlechten Zeiten!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es freut mich sehr, daß Sie Hr. LR Pühringer schon zitieren. Aber eines müssen Sie noch tun, Hr. Koll. Dr. Pfeil. Gehen Sie

einmal zu Hrn. LR Pühringer, wenn Sie ihn schon immer zitieren, und schauen Sie, daß Sie für die Schloßgalerie eine kleine Unterstützung bekommen. Ich habe das bei der Adelsbibliothek getan - wirkungsvoll. Wir haben 250.000 S bekommen; 500.000 S von den Bundesforsten - zusammen sind das 750.000 S. Somit hat es der Stadt nur 800.000 S gekostet. Das muß man bei dieser Gelegenheit sagen! Bei der Geldbeschaffung sind Sie nicht so aktiv wie bei den Kreditüberschreitungen!

Jetzt stimmen wir ab, meine Damen und Herren. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. 22 Pro-Stimmen (4 SPÖ, 9 FPÖ, 7 ÖVP, 2 GAL). Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? 2 Gegenstimmen (SPÖ). Wer enthält sich der Stimme? 8 Enthaltungen (SPÖ). Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen.

Hr. Dr. Pfeil, ich bitte um Antrag Nr. 18) und übergebe den Vorsitz an Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag kommen wir zum Generalverkehrskonzept Steyr - Honorar des Verkehrsplaners. Auch hier geht es um Geld, auch hier sind

Kreditüberschreitungen bzw. -übertragungen notwendig, auf welche ich nicht näher eingehen möchte. Es wurden auch hier diese Leistungen großteils nicht budgetiert, obwohl sie erwartet worden sind, und wir gewußt haben, daß wir es bezahlen müssen.

Zu den Forderungen möchte ich noch etwas sagen. Wir haben heute die vierte Teilrechnung des ausgemachten Honorars zu beschließen. Ich stehe auch voll und ganz hinter dieser Vorgangsweise, daß wir nur die vierte Teilrechnung beschließen. Es liegt trotz gegenteiligem Versprechen seitens des Verkehrsplaners, Dr. Stickler, noch keine Schlußrechnung vor. Es sind noch weitere Forderungen in der Höhe von ca. 540.000 S lt. mündl. Bericht und schriftl. Vorlage ausständig.

Wir haben Hrn. Dr. Stickler in einer Vorbesprechung gesagt, daß er uns eine Aufstellung über diese Mehrkosten beibringen soll. Er hat auch vertragl. zugesichert, daß er die Schlußrechnung nach Abschluß des Konzeptes binnen 4 Wochen stellt. Auch hier ist Dr. Stickler leider in Verzug. Aber ich denke, wir sollten mit der Budgetierung bzw. mit der Ausbezahlung warten, bis wir wissen, was auf uns zukommt, wer Leistungen bestellt hat, wofür er diese Sonderleistungen gebracht hat. Daher stellt der StS einen Antrag

an den GR, der folgendermaßen lautet:

18) VerkR-4056/89

Generalverkehrskonzept
Steyr; Honorar des Ver-
kehrsplaners.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Vorlageberichtes
d. GB III vom 25. 1. 1994
werden für die Abwicklung der
4. Teilrechnung des Dr. Stickler
im Ausmaß von S 522.840,-- zum
Generalverkehrskonzept der
Stadt Steyr Mittel in Höhe von

S 100.000,--

incl. MWSt. bei VAST.
5/6120/728060.4 freigegeben u.
eine Kreditübertragung in Höhe
von

S 422.800,--

incl. MWSt. von VAST.
5/8330010140.4 auf vorge-
nannte VAST. bewilligt.

Ich ersuche um Zustimmung zur
Ausbezahlung der 4. Teilrech-
nung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr.
StR Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich melde mich zu diesem TOP
deshalb zu Wort, werte Herren
Bgm., meine Damen und Herren
des GR, weil es sich hier um eine
Kreditübertragung handelt, die
aus einem Bereich stammt, für

den ich die pol. Verantwortung
trage. Nämlich aus der Summe
des Budget-Ansatzes von 5 Mill.
S für die Sanierung des
Hallenbades, und ich für diese
Großzügigkeit schon einmal
gerügt wurde - und zwar v. Koll.
GR Spöck bei der Sitzung des
Finanz- und Rechtsausschusses.
Ich habe dort eine Aufklärung
gegeben, die ich heute hier
wiederholen möchte.

Was hat dazu geführt, daß ich
bereit war, aus diesem Betrag,
den ich vorher genannt habe -
zuerst waren es ja über 900.000
S, jetzt sind es 422.800 S - die
Zustimmung für die Bezahlung
der 4. Teilrechnung (Stickler/
Verkehrskonzept) zu erteilen?
Natürlich, meine Damen und
Herren des GR, hilfsbereit wie ich
bin, wollte ich vor allen Dingen
den Finanzreferenten Zagler
unterstützen, weil ja
offensichtlich vergessen wurde,
diesen Betrag - der an sich schon
seit Jahren bekannt ist - in das
Budget aufzunehmen. Ich habe
mir aber bei dieser Zustimmung
auch deshalb leicht getan, weil
ich nach wie vor davon ausgehe,
daß dieser Ansatzposten
"Sanierung Hallenbad" in der
Größenordnung von 5 Mill. S -
jetzt verkürzt um 422.800 S - ein
Alibi-Ansatzposten ist und war.
Ich gehe nach wie vor davon aus,
daß es notwendig sein wird -
wenn es im heurigen Jahr
tatsächlich noch zur Realisierung
oder Umsetzung einer Sanierung
dieses Hallenbades kommen wird

-, wesentl. mehr Geld in die Hand zu nehmen, als eben diese 4,5 Mill. S ausmachen.

Ein zweites, meine Damen und Herren des GR, möchte ich hier vor diesem Gremium noch sagen - wie ich das auch im Finanz- und Rechtsausschuß getan habe. Nachdem ja sehr oft - vor allen Dingen von seiten der SPÖ - in versch. Flugblättern dem StR Eichhübl vorgeworfen wird, er würde nichts tun, er bemühe sich nicht in seinem Ressort, er bemühe sich nicht darum, daß diese Hallenbad-Sanierung tatsächlich umgesetzt wird. Ich darf Ihnen hier nur auszugsweise aus einem Schriftverkehr, den ich mit allen zuständigen Stellen in Zusammenhang mit dieser Hallenbad-Sanierung geführt habe, ein paar Sätze vorlesen. Dieses Schreiben - das darf ich vorwegnehmen - stammt von Hrn. LH-Stv. Hochmair und trägt das Datum 18. 2. 1994, in dem er sich auf ein Schreiben v. 24. 11. 1993 von mir bezieht, wo ich um einen Gesprächstermin gebeten habe, und wo er eben darauf hinweist, daß er aufgrund einer neuerlichen Anfrage von mir folgendes antwortet. Ich habe ihn nämlich gefragt, wie es denn tatsächlich um die Förderungswürdigkeit unseres Hallenbades stehe. Er schreibt folgendes: "Die von mir beauftragte Überprüfung hat ergeben, daß das vom Mag. Steyr vorgelegte Projekt nicht die

geforderten Unterlagen, die den Kriterien des Landessportbüros (zuständige Fachabteilung) entsprechen, enthält. Mir wurde in diesem Zusammenhang berichtet, daß bei einer Projektbesprechung im Mai des Vorjahres eine Nutzflächen-Gegenüberstellung der bestehenden Bauteile und der neu zu schaffenden Funktionsbereiche

(Raumprogramm) die Vorlagen einer detaillierten Untergliederung des Haustechniker-Bereiches zur weiteren Bearbeitung des Projektes nachzureichen seien. Auch bei einer Besprechung auf Regierungsebene im Okt. 1993, an der noch mein Vorgänger teilgenommen hat, wurde festgehalten, daß erst nach Vorliegen dieser Unterlagen über eine Förderung entschieden werden soll. Mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnismahme verbleibe ich mit freundlichen Grüßen, Fritz Hochmair!"

Ich glaube, ich muß dem nichts hinzufügen. Sie werden sicherlich dafür Verständnis haben, daß es mir leichter gefallen ist, Mittel aus diesem Ressort meinem Fraktionskollegen Dr. Pfeil zur Verfügung zu stellen. Denn offensichtlich sind die Bestrebungen, tatsächlich zu dieser Hallenbad-Sanierung zu kommen, nicht so ernst, wie in der Öffentlichkeit dargestellt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Nun ist Hr. GR Lengauer am Wort.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nicht nur lustig sein, ich möchte auch eine ernste Frage stellen, und zwar an den Finanzreferenten. Wie kann es möglich sein, daß im Budget 400.000 S zuwenig sind, wenn es eine vierte Teilauszahlung ist? Mir ist klar, daß man die 540.000 S nicht wissen konnte, aber die 400.000 hätte man wissen müssen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht nun das Wort? Hr. Koll. Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Die Antwort dazu ist an und für sich leicht gegeben. Es gibt bei der Budget-Erstellung Voranmeldungsbögen, wo die div. Voranmeldungen gemacht werden. An und für sich wird nicht jede Position ins Detail hinterfragt. Das wäre bei einem Budget von rd. 1,5 Mrd. S - wenn man den ao. H. berücksichtigt - eine doch etwas zu umfangreiche Tätigkeit für eine an sich kleine Abteilung. Das ist der eine Grund.

Der zweite Grund ist der, daß bei der großen Länge Stickler'scher

Arbeit und bei der großen Verzögerung, die bisher eingetreten ist, wirklich der zeitl. Faktor ein nicht so kalkulierbarer war.

Der dritte Grund ist - das habe ich in der StS-Sitzung schon gesagt und den Widerspruch von Dr. Pfeil hier erhalten, was protokollarisch nachweisbar ist -, daß auch Dr. Pfeil die Höhe der Summe, bereits kurz nachdem er dem Steyrer GR angehörte, in Frage und in Zweifel stellte, sodaß also auch hier Diskrepanzen vorhanden sind.

Die nächste "Geschichte" ist jene, - das ist auch eine Sache, die im StS besprochen und so beschlossen wurde; zumind. eine übereinstimmende

Meinungsäußerung war hier vorhanden - daß allfällige Mehrzahlungen, die über das vereinbarte Honorar hinausgehen, noch eingehender Überprüfung bedürfen. Die Frage, wer hier Aufträge vergeben hat, Sonderwünsche geäußert hat u. ä., wird hier noch zu klären sein.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Paßt Du nicht auf, Helmut, oder zitierst Du wieder irgendetwas von irgendwoher? Ich weiß nicht, wo Du Deine Informationen hernimmst. Ganz egal, wer von unseren Vorgängern die

Verantwortung übernommen hat, ein Generalverkehrskonzept zu diesen Bedingung zu bestellen - wir müssen als Nachfolger eintreten und das bezahlen. Ganz klar!

4. Teilrechnung - soweit sind wir heute. Das Konzept ist fertig, die 4. Teilrechnung liegt auf dem Tisch, wir zahlen.

Zweitens: die Forderungen darüber hinaus zweifle ich an - das habe ich immer gesagt. Zuerst soll einmal gesagt werden, wer diese zusätzl. Leistungen bestellt hat, wofür sie aufgewendet worden sind. Zinsen darüber hinaus, die auch im Raum gestanden sind, kommen für mich - aufgrund der Überlänge des Verkehrskonzeptes - nicht zum Tragen; darüber diskutiere ich gar nicht. Es tut mir nur leid, daß es keine Pönale-Vereinbarung gegeben hat. Das hätte hier nämlich gepaßt. Aber ich kann wirklich nicht für Versäumnisse bei der Vertragsgestaltung des Verkehrskonzeptes herhalten. Das war eine Wortmeldung, denn ich bin nicht so unfair und sage das im Schlußwort!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich verzichte auf das Schlußwort!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Wer für die Ausbezahlung des Honorars in der vorliegenden Höhe ist, der möge ein Zeichen mit der Hand geben. Stimmenthaltungen? Keine. Gegenstimmen? Auch keine.

Wenn Sie mit einer Pause einverstanden sind, dann heben Sie bitte Ihre Hand als Zeichen der Zustimmung. Danke. Die Sitzung ist für 15 Minuten unterbrochen.

PAUSE VON 18.04 BIS 18.23 UHR

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF VERLÄSST UM 18.25 UHR DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort, und ich ersuche Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil um Punkt Nr. 19).

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Hr. Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir kommen nun - so denke ich - zum wichtigsten TOP des heutigen Tages; zu einem der wichtigsten TOP in dieser Legislaturperiode. Wir kommen zur Beschlußfassung über das Generalverkehrskonzept (GVK) der Stadt Steyr 1994.

Zur Vorgeschichte: Mit Stadtsenatsbeschluß vom 21. Juni 1990 hat die Stadtgemeinde

Steyr dem Innsbrucker Zivilingenieur Dipl.-Ing. Dr.techn. Helmut STICKLER den Auftrag zur Ausarbeitung des vorliegenden Konzeptes erteilt. Der Zeitpunkt der Fertigstellung ist um nahezu 3 Jahre überschritten worden, wobei ich hier nicht näher auf die Gründe für die Verzögerung eingehen möchte. Der ursprüngliche Fertigstellungstermin war mit 3/91 genannt. Mehrfach genannte Fertigstellungstermine sind aber NICHT eingehalten worden. Die Gemeinderatswahl 1991 hat sicherlich auch zur Verschiebung beigetragen. Heikle Dinge sind in Wahlzeiten kaum ernsthaft zu diskutieren, geschweige denn durchzubringen. Der Auftraggeber hat sträflich versäumt, hier Fristen und Pönale-Vereinbarungen in den Auftrag einzubauen, um so einen zeitgemäßen Fertigstellungstermin zu garantieren. Zusatzaufträge und die Aktualisierung des Werkes auf den heutigen Stand haben zusätzlich Zeit gekostet.

Natürlich konnten schon einige im Verkehrskonzept als Sofortmaßnahmen vorgeschlagene Maßnahmen verwirklicht werden und sind aber im Konzept des Auftragnehmers, Herrn Dr. STICKLER, als konzeptives GANZES noch enthalten.

Daher, so meine ich, ist heute ein besonderer Tag für Steyr. Erstmals liegt ein konzeptives Werk für die notwendigen

Maßnahmen im Verkehrsbereich vor. Bis jetzt wurde im wesentlichen in der Verkehrsplanung immer nur reagiert und nicht aktiv Verkehrspolitik gestaltet.

Der Verkehr hängt natürlich eng mit der Stadtentwicklung zusammen. Folgerichtig hätte es zuerst ein Stadtentwicklungskonzept und dann ein Verkehrskonzept geben müssen und nicht umgekehrt. Aber ein Verkehrskonzept ist auch nur eine Momentaufnahme und muß als konzeptives GANZES gesehen werden. Abweichungen, Änderungen davon - aufgrund von besonderen Entwicklungen - werden laufend notwendig sein.

Der Verkehr hat sich in den letzten wenigen Jahren in Steyr vervielfacht. Verkehrsstaus, die wir noch vor wenigen Jahren lediglich bei Tagesspitzen erleben mußten, währen heute den ganzen Tag über, und viele Straßenzüge sind heute den ganzen Tag überlastet.

Als ein drastisches Beispiel sei hier zu Beginn der Blümelhuberberg genannt, wo sich täglich derzeit an die 30.000 Fahrzeuge den Berg rauf und runter quälen.

Vielleicht bringt gerade hier die Idee eines Einbahnringes um Steyr die Lösung der unmittelbar brennenden Verkehrsprobleme unserer altehrwürdigen Eisenstadt.

STADTRAT

KARL HOLUB:
Das steht im Verkehrskonzept?

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLIK:
Ich bitte, den Vortragenden
nicht zu stören!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich bin nicht dazu da, daß ich das
Verkehrskonzept vorlese. Ich
gebe meine Meinung dazu ab!

STADTRAT
KARL HOLUB:
Achso!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Ist das erlaubt, Hr. Holub?

STADTRAT
KARL HOLUB:
Selbstverständlich, Hr. Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn Ihnen schade ist um diese
Zeit, bitte stören Sie nicht!

STADTRAT
KARL HOLUB:
Ich habe Ihnen auf Ihre
Zwischenrufe Antwort gegeben,
auch ich nehme mir dasselbe
Recht heraus!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Gut. Geht's wieder?

STADTRAT

KARL HOLUB:
Von mir aus schon! Wenn es von
Ihnen aus geht?!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Eine Beschleunigung des Ver-
kehrs am Innenring wäre da-
durch realisierbar. Einige Am-
peln könnten ausgeschaltet
werden. Eine gegenläufige Bus-
spur könnte die Beförde-
rungszahlen der Städt. Busse in
die Höhe bringen. Viele Wege
könnten dadurch mit dem
Fahrrad oder zu Fuß attraktiv
gemacht werden.
Innerhalb dieses sogenannten
Ringes konsequent Tempo 30!
Welche Fahrtrichtung - im oder
gegen den Uhrzeigersinn -
müssen uns dann die Experten
sagen, da ja auch viele
Haupttrichtungen betroffen sind.
Wir halten derzeit in Steyr bei
22.400 angemeldeten PKW's. Die
Tendenz ist bei 150 zusätzl.
Zulassungen im Monat steigend.
Dazu kommen noch ca. 1670
LKW und 1600 sogenannte
Sonderfahrzeuge.
In letzter Zeit verursachen
Umstellungen in privaten
Unternehmensbereichen "weg
von der Schiene, hin zur Straße"
immer größere Kapazitäts- und
Umweltprobleme. Insbesondere
auf dem beschriebenen
Innenring kommt es zu
dramatischen Belastungen der
Bevölkerung. Ich habe kein
Verständnis dafür, wenn Firmen,
die über einen eigenen

Gleisanschluß verfügen, Halbfertigprodukte im großen Stil auf LKW's durch Steyr und durch halb Europa karren.

Maßnahmen im angesprochenen Verkehrskonzept sind Handlungskonzepte zur Veränderung von Zuständen und Verhaltensweisen. Sie beeinflussen das Verkehrsgeschehen und können Auswirkungen in rechtlicher, sozialer, ökonomischer, ökologischer, organisatorischer und technischer Hinsicht haben.

Maßnahmen sind immer in Gegenüberstellung von festgestellten Mängeln und angestrebten Verbesserungen zu sehen. Die Zusammenfassung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu einem beschlußreifen Maßnahmenkatalog bestehen aus

- dem Aktionsprogramm für Sofortmaßnahmen
- den kurzfristigen Maßnahmen und
- längerfristigen Optionen

Zu den RAHMENBEDINGUNGEN:

Die Stadt Steyr ist im Ordnungsrahmen der "Verkehrspolitischen Leitlinien" sowie im "Gesamtkonzept Oberösterreich eingebunden.

Zu den ZIELVORGABEN:

Daraus abgeleitet wurden die Zielvorgaben mit umfassenden Zielsystemen:

1. Übergeordnete Vorgaben
2. Leitziele der Verkehrspolitik
3. Ziele zu den Aufgaben des Verkehrssystems

4. Strukturziele des Verkehrsangebotes

Daraus resultierend enthält das Gesamtverkehrskonzept

Oberösterreich einen Prioritätenkatalog, abgeleitet davon hat der Gemeinderat der Stadtgemeinde Steyr im Mai 1991 folgenden Grundsatzbeschuß gefaßt:

"Die Stadt Steyr strebt an:

- Wohnort mit hoher Lebensqualität,
 - Arbeitsort mit attraktiven und sicheren Arbeitsplätzen,
 - Zentrum zentralösterreichischer Einrichtung, mit hoher, an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Dienstleistung zu sein und diesen Anforderungen auch in Zukunft bestmöglich zu entsprechen.
- Die Gestaltung des Verkehrsnetzes der Stadt Steyr hat sich an diesem Leitziel zu orientieren durch
- Vermeidung unnötigen Verkehrs,
 - Verlagerung von Verkehr auf umweltverträgliche Verkehrsmittel,
 - Abwicklung des verbleibenden KFZ-Verkehrs in möglichst umweltschonender Form."

Das ist der gemeinderätl. Beschluß aus dem Jahre 1991.

Wobei jedoch eine befriedigende Erreichbarkeit im für die Funktionsfähigkeit des Zentrums notwendigen Wirtschafts- und Einkaufsverkehr und die ausreichende Sicherung der

Mobilitätsansprüche der Bewohner zu gewährleisten sind.

Nun zum vorliegenden Konzept, dem Ergebnisbericht und dem daraus resultierenden Maßnahmenkatalog:

Eine zweifellos anerkannte Stärke des vorliegenden Konzeptes ist die genaue Analyse des Ist-Zustandes. Minutiös sind hier in diesen 4 gelben Bänden Fahrzeugfrequenzen aufgelistet, Belastungen von kritischen Kreuzungen, und es ist durch die Einbindung der Bevölkerung gelungen, daß Problem-landkarten für alle tangierenden Bereiche geschaffen werden konnten.

Insgesamt wurden am Erhebungstag von Steyrer Bürgern rund 144.000 Wege unternommen. 50 % davon wurden mit einem PKW, 29 % zu Fuß, 17 % mit einem öffentlichen Verkehrsmittel und 3 % mit einem Fahrrad unternommen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden fällt der außerordentlich geringe Fahrradanteil und der hohe Anteil öffentlicher Verkehrsmittel auf, wobei bei den öffentlichen Verkehrsmitteln die Bahn mit fast unmerklichen 0,5 % extrem zurückliegt - Sie erinnern sich an den heute früher gestellten TOP 5) - und die Busse das Manko der Bahn wieder wett machen. Bei den PKW- und Fußwegen liegt Steyr im Mittelfeld.

Die Zukunft der Stadt

In diesem Kapitel sind wenig steyr-spezifische Punkte zu finden. Es fehlen mir hier auch Prognosen bezüglich Fremdenverkehr - Ennstal-Nationalpark, Landesausstellung Eisenstraße '98, aber auch die Einflüsse aus der Ostöffnung sind in diesem Konzept, was die Zukunft betrifft, zuwenig beschrieben worden.

Die Diskussion und die Entwicklung des verkehrspolitischen Instrumentariums innerhalb der EU ist primär von einer Liberalisierung und Deregulierung des Verkehrsmarktes und einer Forcierung des Wettbewerbes zwischen den einzelnen Verkehrsträgern geprägt, die eine weitere Schwächung des Schienenverkehrs zugunsten der Straße erwarten lassen - wenn wir nicht gegensteuern!

Ich darf dazu als erklärter Freund der Europäischen Idee und Union sagen: Es bleibt uns überlassen, wie wir nach den verunglückten EU-Beitrittsverhandlungen unsere Landschaften, unsere Bevölkerung vor einem Transitwahn, der auch Steyr betreffen könnte, schützen. Steyr ist hier in besonderer Weise betroffen, da es ideal in Nord-Süd-Richtung liegt.

Lt. Meinung unseres Verkehrsplaners, Dr. Stickler, wird ein EU-Beitritt den verkehrspolitischen Handlungsspielraum Österreichs gegenüber der EU erheblich einschränken. Daher

sind wir besonders aufgerufen, da auch bestehende Transitverträge über den "Haufen" geworfen sind, geeignete Maßnahmen in der Region Steyr, akkordiert mit der EU, zu setzen. Und diese können nur lauten:

Eine Verstärkung und ein Ausbau der Bahn! Die Bahn muß zu den Menschen kommen - wo sie wohnen und leben.

Der Hauptverkehrsträger der Zukunft KANN nur die Bahn sein, das Individualfahrzeug Auto wird eine Sonderstellung haben, und hier sehe ich auch die großen Chancen eines EU-Beitrittes durch europäische Lösungen. Es wird an uns liegen, geeignete Maßnahmen und Kurskorrekturen innerhalb der Union zu setzen.

Zum Fußgängerverkehr:

Aufgrund der topographischen Lage sind die einzelnen Stadtteile nicht direkt mit Fußwegen verbunden.

- Ennsleite - Bahnhof
- Stadtzentrum - Bahnhof
- Stadtzentrum Tabor (Die Taborstiege ist für ältere und behinderte Personen schwer überwindbar!)

Ein Konzept für den Fußgängerverkehr als anschließende Arbeit wird von Stickler empfohlen.

Zum Fahrradverkehr:

Einleitend und einschränkend sage ich, daß das Fahrrad in Steyr zwar große Zukunft hat -

wenn man das Verlagerungspotential ansieht -, aber aufgrund der besonderen topographischen Lage und aufgrund der Witterungs- und Klima-Verhältnisse nur ca 6-8 Monate voll verwendet werden kann.

Die Verbesserungen für Radfahrer können durch Verlegung des motorisierten Individualverkehrs auf den Hauptverkehrsträger "RING" bzw. auf die "SPANGE" erreicht werden.

Alle wichtigen Wohngebiete liegen maximal 3-4 km vom Stadtzentrum entfernt. D. h., gerade in jener Entfernung, in der das Fahrrad von der Reisezeit her dem eigenen PKW zumindestens ebenbürtig oder besser gestellt ist, wenn man die Zeit für den Fußweg Parkplatz retour miteinberechnet.

Der Verkehrsplaner Dr. Stickler hat 3 Fahrradachsen vorgeschlagen:

- Achse A: Resthof: über die Resthofstraße - Posthofstraße - Kollerstraße - Taborstiege - Michaelerplatz - Zwischenbrücken - Enge - Stadtplatz - Schulzentrum - an d. Schönauerbrücke - Oberer Schiffweg nach Garsten.

Die Problemstellen bei dieser Achse A sind u. a.:

Überführung Blümelhuberstraße, Taborstiege, fahrrad-unattraktive Verbindung im Bereich Schönauerbrücke. Das Problem Enge Gasse wurde mittlerweile vom Verkehrsausschuß gelöst,

und das Fahrradfahren ist dort seit letztem Jahr erlaubt.

- **Achse B:** Münichholz: Münichholzweg - Haratzmüllerstr. - Paddlerweg - Bergerweg - Neuschönau

Auch hier sind Problempunkte zu nennen:

Problem Nr. 1): Der Münichholzweg: zu steil, zu gefährlich für einen regelmäßigen Fahrradverkehr. Dort, wo ihn alle Verkehrsteilnehmer benützen können, muß baulich etwas passieren. Er gehört abgeflacht und sicherheitsmäßig verbessert! In bezug auf die Nutzung für den Anschluß des Schwimmbades schlägt Stickler vor, eine Unterführung bzw. Lichtsignal-Anlage zu errichten. Letztere ist auch beim Bad für Fußgänger bereits errichtet worden.

Überlegenswert wäre hier bei Achse B eine Variante mit einem Fuß- und Fahrradsteg über die Enns Richtung Rennbahn u. Eislaufplatz. Dort könnte eine sehr attraktive, zusätzl. Verbindung vom Bereich Münichholz, Fischhub in die Bereiche Rennbahn-Siedlung und Stadt geschaffen werden!

- **Achse C:** Annaberg - Fabrikstraße - Wehrgrabeng. - Zwischenbrücken - Bahnhofstraße - Damberggasse - Arbeiterstraße - Ennsleite mit evtl. Anschluß an die Steyr-Werke.

Die Problemstelle Kreuzung Fabrikstraße wird noch in diesem Jahr baulich - wie wir gehört

haben - durch eine Unterführung entschärft.

Für den stark befahrenen Teil in der Damberggasse und Arbeiterstraße schlägt Stickler vor, den Radverkehr getrennt vom motorisierten Individualverkehr auf einem der beiden Gehsteige zu führen.

Stickler schlägt auch für 11) - für Rad und Fußgänger gefährliche Kreuzungen - zum Überdenken vor. Eine hauptgefährdete Kreuzung ist eben auch - gerade für Fußgänger und Schüler - die in letzter Zeit in Diskussion stehende Kreuzung Krakowitzerstraße - L.-Werndl-Straße.

Um die Chance und die Verlagerungsmöglichkeiten auf das Fahrrad auszuschöpfen, erscheint es mir sinnvoll, ein detailliertes Fuß- und Radfahrkonzept für Steyr in Auftrag zu geben, da Stickler die Schwachpunkte in diesem Bereich wohl erkennt und beschreibt, aber wenig konkrete Lösungsansätze bietet.

Entscheidend für die weitere Entwicklung von Steyr - Innenstadtbereich - sind folgende drei Maßnahmen:

- Realisierung der Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof (Bahnhof ausgebaut als regionaler Busbahnhof, Parkdeck, Verbindungswege und Zufahrten)

- Schaffung einer direkteren Fuß- und Radwegverbindung von der Nahverkehrsdrehscheibe über die Enns zum Stadtplatz

(ich denke hier insbesondere an einen Steg im Bereich der ehem. Neutorbrücke; an eine Wiedererrichtung, daß diese Sünde auch städtebaulich entschärft werden kann).

- Bau einer Verbindungsstraße Dukartstraße - Eisenstraße in Verbindung mit dem Parkdeck. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich unter voller Betrachtung und Würdigung des Gestaltungsbeirates, welcher die nun vorgezogene Variante Bahnhof-Parkdeck als für das Stadtbild abträglich geheißen hat.

Die Idee und Absicht ist richtig und wichtig für Steyr, aber die Art und Weise der Durchführung der Maßnahme nicht!

Ich komme nun zum
öffentlichen Verkehr:

Den öffentl. Verkehr teilen sich in Steyr: die Bahn, die Bundesbusse von ÖBB und Post und schließlich der Städtische Busverkehr.

Hier, besonders am Zusammentreffen der oben erwähnten Verkehrsträger, kommt die Bedeutung der Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof zur Geltung.

Erstrebenswert ist natürlich hier, daß es zu keiner Konkurrenzierung der einzelnen Linien (ich denke bes. an die Bundesbusse) kommt, andererseits ist die alsbaldige Einführung des Verkehrsverbundes OÖ. dringend vonnöten.

Durch die Verbindung Dukartstraße - Eisenstraße (wir haben ja diese Verbindung heute im GR zu verordnen, letztes Mal war es im StS) sind aus dem Bereich Ennsdorf ca 11.500 Fahrten verlagerbar. In Ennsdorf kann dadurch dann eine massive Verkehrsberuhigung eintreten. Wohn- und Geschäftsbereiche können dort aufblühen.

Die derzeit ganz unbefriedigt gelöste und überbelastete Kreuzung, die Verkehrslichtsignal-Anlage Bahnhofstraße - Pacher-gasse könnte entfernt werden, bzw. den geringeren Bedürfnissen des dann noch verbleibenden motorisierten Individualverkehrs angepaßt werden.

Mit dem Konzept "Nahverkehrsdrehscheibe Bahnhof" und im Zuge der Realisierung der Nordspange könnte ein weiterer Anteil des LKW-Warenverkehrs von der Innenstadt und dem Hauptbahnhof Steyr als Güterumschlagplatz und Rangierverkehr wie folgt abgezogen werden:

- Das ÖBB-Gelände westlich des Gußwerkes ist als Bahn-Lkw-Umschlagplatz auszubauen.

- Die Güterwaggon sind nicht mehr wie heute auf dem Hauptbahnhofsgelände umzusetzen und zu rangieren!

- Die LKW erreichen und verlassen dieses Gelände über die Nordspange.

- Nutznießer dieser Maßnahmen sind nicht nur die unmittelbar

betroffenen Anrainer im heutigen Bahnhofsbereich, sondern insbes. auch die großen Wirtschaftsbetriebe im Bereich BMW, Gußwerk, Kugellagerwerk und Steyr-Werke.

Die Anbindung der Stadt Steyr an die Eisenbahn-Hochleistungsstrecke Westbahn ist auch unter Berücksichtigung obiger Aspekte äußerst empfehlenswert. Auch hier wird es mit der EU zu einem genormten Containersystem für Sattelschlepper kommen müssen. Zukunftsweisend ist nicht die rollende Landstraße zu forcieren, sondern die ökonomisch und ökologisch bessere Variante mit Containerbahnhöfen.

Nun zum lokalen Busverkehr:

Wir fordern dazu ein extern zu vergebendes Marketingkonzept mit Durchleuchtung der Chancen im Bereich einer eventuellen Einbahnregelung am Innenring; Umstellung der Fahrkartenausgabe auf Vorverkaufsstellen und Automaten. Die Fahrer sollen damit nicht mehr belastet und Zeit eingespart werden.

Verbesserung der Situation an den P&R-Parkplätzen. Ein Parkschein ist auch ein Fahrschein. Neuüberdenken von Linien, die eine zu geringe Auslastung haben, statt dessen die Einführung von Anrufsammeltaxis. Innerbetrieblich muß natürlich eine Modernisierung des Wagenparkes mit geplanten

Ankäufen von geeigneten Fahrzeugen erfolgen!

Jetzt möchte ich noch zum ruhenden Verkehr kommen:

Der Stellplatzbedarf in der Innenstadt von Steyr wurde auf Basis der Wahlsprengeneinteilung ermittelt. Derzeit stellt der Ennskai mit 225 Kurzparkplätzen das größte Potential an Parkmöglichkeiten für den Wirtschafts- und Einkaufsverkehr der Innenstadt dar, wobei aber zum Erreichen des Ennskais stets der Stadtplatz überfahren werden muß.

Im Bereich um den Stadtplatz wurde ein Fehlbestand von ca. 300 Kurzparkplätzen ermittelt.

Zur Linderung der Parkplatznot in diesem Bereich wurden hier mit 1. 9. 1993 neben den Gebieten Steyrdorf und Ennsdorf gebührenpflichtige Zonen eingeführt, die sich in der kurzen Praxis bis jetzt ausgezeichnet bewährt haben.

Eine Bewohnerkartenregelung ist im Bereich der Inneren Stadt möglich, im Bereich Steyrdorf aufgrund eines massiven Fehlbestandes an Dauerparkplätzen mit gleichzeitiger Beibehaltung der Gebührenpflicht derzeit nicht realisierbar.

Der Ergebnisbericht von Dr. Stickler kommt zu folgendem Lösungsvorschlag:

"Unter der Annahme, daß die beiden Parkdecke in Ennsdorf

tatsächlich errichtet und für die Wohnbevölkerung von Steyrdorf Stellplätze in einer Parkgarage am Wieserfeldplatz zur Verfügung gestellt werden, ist zur Abdeckung des Stellplatzbedarfes in der Inneren Stadt der Parkgaragenstandort P3 - Forumkaufhaus an die erste Stelle zu reihen. Zu diesem Schluß sind auch die Fraktionsobmänner - erweitert mit den Verkehrssprechern aller im GR der Stadt Steyr vertretenen Parteien - gekommen.

Der Standort P3 ist vom Hauptverkehrsweg (Tomitzstr.) her auf sehr kurzem Weg erreichbar. Durch die Mitverwendung von Anlagen (Rampen) der bereits bestehenden Parkgarage des Forumkaufhauses könnte die Errichtung kostengünstiger sein. Die Fußverbindung zum Stadtplatz liegt zwar etwas knapp - je nachdem, wo man steht - über einer akzeptablen Gehzeit von bis zu 7 Minuten, ist aber über die Pfarrgasse sehr attraktiv. Weiters könnte im Zuge des Baues auch die Kreuzung Redtenbachergasse - L.-Werndl-Straße - E.-Handel-Mazzetti-Promenade zu einem Kreisverkehr mit Bushaltestelle für die Regionalbusse umgestaltet werden." - Dr. Stickler!

"Der Standort P4 - Schiffmeisterplatz - wurde von Dr. Stickler deshalb an zweite Stelle gereiht, weil er verschiedenste Varianten

des Umbaues zuläßt und gut an den Bedarf angepaßt werden kann. Auch dieser Standort liegt direkt am Hauptverkehrsweg und ist ohne weitere Benützung des innerstädtischen Verkehrsnetzes erreichbar."

Auch Dr. Stickler meint: "Zur Steigerung der Attraktivität der Fußwegverbindung in die Innere Stadt wird vorgeschlagen, das einstige Stadttor wieder mittels Fußgängersteg mit dem Schiffmeisterplatz zu verbinden, wobei der Gehweg durch den Grünmarkt ähnlich attraktiv ist wie jener zwischen Forum und Stadtpark."

Stickler stellt zum Standort P4 - Schiffmeisterplatz - fest:

"Der Standort läßt verschiedene Varianten des Ausbaues zu und kann gut an dem Bedarf angepaßt werden."

Unter Wahrung des Schiffmeistergebäudes sollte auf dem derzeitigen Parkareal eine Parkhochgarage geplant werden - möglichst automatisiert, das bedeutet geringerer Stellplatzbedarf mit vorgebauten Gewerbebauten (ca. 300 Stellmöglichkeiten).

Von Hrn. Dr. Stickler nicht untersucht - neben anderen, die untersucht worden sind - wurde der Standort P9 - Bezirksbauernkammer - an der Tomitzstr. gegenüber Forumkaufhaus. Bei Ablösung des Grundstückes der Bezirksbauernkammer könnte, wie oben beschrieben, die

Parkhochgarage mit vorgebauten Gewerbebauten (auch ca. 300 Stellplätze - eine Entlastung der Parksituation!), mit attraktivem Zugang über einen Minitunnel zur Handel-Mazzetti-Promenade gebaut werden.

Nun wieder original Dr. Stickler: "Als Betreiber dieser Parkgaragen P4 und P9 sollte nicht die Stadt als Unternehmer auftreten, sondern private Investoren. Die vorgestellten Parkgaragen sind als Hochbauten ausgewiesen, da sonst die Parkgebühren für die Bevölkerung zu teuer wären.

Einschränkend darf zum Ausbau, zur Erweiterung der Parkgarage Forumkaufhaus - P3 - (derzeit 98 Stellplätze, Ausbau auf zusätzlich 180 Stellplätze) gesagt werden: Der Ausbau kann nur unterirdisch bewerkstelligt werden und zieht den Verkehr in den "inneren Zirkel" der Stadt über den Bruckner Platz - Redtenbachergasse." Das sind die Einschränkungen zu diesem Parkplatz.

Für beide Standorte, P4 und P9, sprechen

- optimale Lage direkt am Hauptverkehrsring, um in die Innenstadt von Steyr zu gelangen,

- kurzer und attraktiver Gehweg durch den Grünmarkt bzw. Bruckner Platz - Pfarrgasse zum Stadtplatz.

Nicht einverstanden sind wir - oder ich, Hr. Holub, wie Sie es haben möchten: ich oder wir -

mit Aussagen Sticklers zum Standort Tiefgarage Dukartstraße. Hier könnten in Stufenform-Bauweise in 4 Etagen zwischen 800 und 1000 Stellplätze untergebracht werden. Es wäre hier auch keine teure Zwangsbelüftung notwendig, sodaß Sticklers Gründe ökologisch und ökonomisch eher dafür als dagegen sprechen. Die Verbindung zum Schiffmeisterhaus-Parkplatz und die ev. neue fußläufige Verbindung über die Enns sprechen dafür - Neutorbrücke!

Eine Ab- und Zufahrt vom geplanten Bahnhofsparkdeck mit einer einbahnigen Spirale, verbunden mit der zitierten Brücke über die Enns, gibt kürzeste Verbindungen zwischen Stadtplatz und Bahnhof. Deshalb sollte man sich das ev. auch in einer Machbarkeitsstudie genauer überlegen.

Nun noch zum

motorisierten Individualverkehr:

Eine Reihe von geplanten Straßenbaumaßnahmen - vor allem im Bundesstraßenbereich - wurden im Rahmen des Verkehrskonzeptes auf ihre Wirkungen untersucht. Als Bemessungsverkehr wurde jeweils der Analyseverkehr herangezogen und freie Routenwahl der Verkehrsteilnehmer (d. h. ohne Restriktionen im Bestandsnetz) vorausgesetzt.

Zur Nordspange mit Umfahrung Dornach:

Die Umfahrung Dornach zweigt von der bestehenden B115 Ennser Straße nach Osten ab, umfährt den Ortsteil Dornach, und mündet nach rund 1,8 km wieder in die Ennser Straße. Dornach besitzt also zwei Anschlüsse an die Umfahrung.

Die 122a-Voralpenstraße, Abzweigung Steyr, verbindet die B 122-Voralpenstraße mit der B 115-Ennser Straße. Sie zweigt an der Kreuzung Seitenstettner Straße/Haratzmüllerstraße ab und geht nicht - wie noch immer fälschlicherweise im letzten Text des Ergebnisberichtes 1994 auf Seite 122 verlangt wird - über den Plenklberg entlang der Haager Straße bis sie nördlich von Münchenholz nach Westen abzweigt, die Enns überquert und in die B115-Ennser Straße mündet, sondern - wie in der Grafik davor, Abb.8-3 auf Seite 120, wiederum richtig angegeben - von der sogenannten Badkreuzung über die Seitenstettner Straße - Gußwerkstraße - Messerer Straße und dann erst über die Enns!

So haben wir in vielen Diskussionen und Gesprächen erreicht, daß Münchenholz von diesem Verkehr befreit wird, und ich glaube, daß sich hier die FP Steyr besonders verdient gemacht hat.

Ich stehe nach wie vor zu meiner Meinung, daß wir den verkehrsmäßigen Ausbau des

Plenklberges in dieser Form nicht gebraucht hätten. Aber vielleicht werden wir nach der Errichtung der Nordspange, und wenn sich die Gemüter wieder etwas beruhigt haben, den Plenklberg verkehrsmäßig neu gestalten und hier auch an Busspuren denken können.

Zur Vermeidung von weiterem unnötigen Verkehr im Bereich Münchenholz (IIIer Abschnitt) sollte man vielleicht den Gedanken, der schon einmal hier war, aber dann verworfen wurde, noch einmal einbringen: nämlich eine Auf- und Abfahrt im Bereich des IIIer Abschnittes in Münchenholz!

Die Umfahrung Dornach nimmt 80 % des Verkehrs auf. Die Nordspange selbst nimmt lt. Berechnungen Stickler's rund 6.400 Fahrten pro Tag auf. Das wäre wiederum nach Stickler eine rd. 25 %ige Entlastung am Blümelhuberberg und der Ennstalbrücke. Es wird an uns liegen, die Verlagerungsquote und die Vermeidungsquote in diesem Bereich auf 50 % zu schrauben.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich habe geglaubt, das geht nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist durchaus legitim, daß der Verkehrsclub Österreich am 21. 2. 94 in einer Presseaussendung

zum Thema Verkehrskonzept generell Schlagwörter gebraucht, wie auto-orientierte Politiker, allerdings vermissen wir auch beim VCÖ hilfreiche Alternativvorschläge, wie man den notwendigen Verkehr in den Griff bekommen könnte. Auch dieses vorgelegte Büchlein gibt keine Antwort darauf, wie man den Verkehr im Bereich des Innenringes ansonsten beherrschen könnte.

Ich möchte aber dazu sagen, daß ich ansonsten den VCÖ als beratendes Mitglied im Verkehrsausschuß sehr schätze; sie haben viele gute Ideen eingebracht, z. B. die Öffnung von Einbahnen für Radfahrer in Gegenrichtung, den Mobilitätsberater u. v. a. m. Aber diesmal scheinen sie daneben zu liegen!

Abschließend sei noch ein ganz wesentlicher Teil des Verkehrskonzeptes erwähnt. Entsprechend den unterschiedlichen verkehrlichen Aufgaben der Straßen werden im innerörtlichen Straßennetz im allgemeinen dann 4 Straßenkategorien unterschieden.

Hauptverkehrsstraße:

Straßen mit regionaler und überregionaler Bedeutung, die **v o r r a n g i g** dem Durchzugsverkehr und der Anbindung an das überregionale Fernstraßennetz dienen.

Verkehrsstraße:

stellt die Verbindung zw. 2 benachbarten Gemeinden und zwischen zwei Ortsteilen her.

Sammelstraße:

dient der Sammlung des Verkehrs innerhalb der einzelnen Ortsteile und der Anbindung an das Verkehrs- und Hauptverkehrsstraßennetz. Die Dimensionierung von Sammelstraßen erfolgt nach den Erfordernissen des gebietsbezogenen Ziel- und Quellverkehrs.

Anliegerstraße:

erschließt die einzelnen Gebäude und Grundstücke. Die Bemessung der Entwurfselemente erfolgt entsprechend der Funktion von Anliegerstraßen nach fahrgeometrischen, nicht fahrdynamischen Erfordernissen. Die z u l ä s s i g e Höchstgeschwindigkeit sollte auch hier max. 30 km/h nicht überschreiten.

Die funktionelle Gliederung des Straßennetzes der Stadt Steyr orientiert sich an folgenden Gesichtspunkten:

- Reduktion bzw. Vermeidung des nicht gebietsbezogenen Verkehrs in den Wohngebieten und im Straßenzentrum.

- Abstimmung des Ausbaustandards der Straße auf ihre Funktion;

Ausbauten sollen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden.

- Berücksichtigung künftiger
Erweiterungen des
Siedlungsgebietes.

Die Namen der Straßen, die unter die ersten 3 Straßenkategorien fallen, sind mit Übereinstimmung der politischen Vertreter taxativ aufgezählt. In der Kategorie Nummer 4 kann auf die Wünsche der dort ansässigen Bevölkerung direkt eingegangen werden. Hier ergeben sich aufgrund dieser Konzeption viele neue Wege der Verkehrsberuhigung in Wohnbereichen, die man mit den Bürgern in Gesprächen besprechen soll bzw. wird.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, viele Punkte des vorliegenden Generalverkehrskonzeptes der Stadt Steyr 1994 - verfaßt von Dr. Stickler, Innsbruck - werden ihre ungeteilte Zustimmung finden können. Viele Punkte werden Ihre Kritik und Ihre Anmerkungen provozieren. Das ist auch richtig und gut. So geht es allen von uns. Vergessen Sie dabei aber bitte nicht, daß das vorliegende Konzept ein Generalverkehrskonzept Steyr darstellt und oft einzelne Maßnahmen daher nicht isoliert betrachtet werden können.

Ich ersuche Sie daher, aufgrund der einstimmigen Empfehlung des gemeinderätlichen Verkehrsausschusses, folgendes zu beschließen:

19) VerkR-4056/89
Generalverkehrskonzept;
Beschlußvorlage an d. GR.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund der einstimmigen Empfehlung des gemeinderätl. Verkehrsausschusses wird beschlossen:

"DER GEMEINDERAT NIMMT DAS GENERALVERKEHRSKONZEPT '94 ZUR KENNTNIS UND ERKLÄRT, ES ALS ORIENTIERUNGSHILFE BEI SEINEN ENTSCHEIDUNGEN ÜBER DAS VERKEHRSSYSTEM HERANZUZIEHEN."

Hr. Bgm., ich ersuche Sie, die Diskussion über das Verkehrskonzept der Stadt Steyr zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTER
ERICH SABLİK:

Ich übergebe den Vorsitz wieder an Bgm. Leithenmayr.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Zunächst hat sich Koll. StR Dkfm. Zagler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im GR! Es ist natürl. so, - wenn der Verkehrsreferent sehr lange über Dinge spricht, die vielen von uns mehr als sattem bekannt sind, weil sich ja die Arbeit am Verkehrskonzept

immerhin schon 4 Jahre über die Schreibtische zieht - daß man als verkehrsinteressiertes Mitglied im GR klarerweise auch länger Stellung beziehen muß als es das Papier eigentlich im Grunde verdient.

Das, was die GR-Fraktion in ihrem Grundsatzbeschuß zum Stickler-Verkehrskonzept schon vor Vorliegen der Endfassung gemacht hat, ist an und für sich vollinhaltlich aufrecht zu erhalten. D. h., daß zwar die Zahlen bzw. die Erhebungen, die Stickler mit seinen Mitarbeitern seines Institutes in Steyr gemacht hat, eine gute Ist-Analyse gebracht haben und als Entscheidungs-Grundlage wertvoll und brauchbar sind - das wird nicht in Zweifel gezogen. Daß aber viele von Stickler abgeleitete Maßnahmen nicht unsere Zustimmung finden, - damit meine ich jetzt nicht die Zustimmung als Fraktion der SPÖ, sondern unsere Zustimmung als Steyrer - ist, glaube ich, auch unbestritten in diesem Kreis. Ich kann mich erinnern, daß bei einer Zwischen-Präsentation der Ergebnisse gleich der erste Punkt einer war, der zu brandheißen Diskussionen führte; es ging dabei um das Linksabbiege-Verbot

Blümelhuberberg/Posthofstraße. Wer einen solchen Vorschlag macht, ohne dabei die Folgen abzuschätzen, der hat in vielen anderen Fällen auch nicht immer ungeteilte Zustimmung.

Roman Eichhübl als StR für die Kommunalbetriebe wird - so nehme ich an - auch viel mit seinen Direktoren über das Verkehrskonzept im öffentl. Verkehr, über die Liniensituation, die Beförderungsbedürfnisse gesprochen haben und auch darauf gekommen sein, daß hier sehr viel im argen liegt.

Was wir daher gemacht haben, und zwar im GR und auch im Verkehrsausschuß mit zum Teil sehr breiter Zustimmung, war zunächst einmal ein Vorgriff auf das fertige Konzept; nicht nur ein Zuwarten bis endlich etwas auf dem Tisch liegt, das zu diesem Zeitpunkt, wo es in der Endfassung auf unsere Tische kommt, schon längst überholt war. Ein Schlagwort nur: die Marlen-Haushofer-Straße, die von Stickler als Maßnahme gefordert wurde, die wir Monate vor der Endfassung bereits eröffnen konnten. Die Grundeinlösen, die Bauarbeiten haben schon ein Jahr vorher begonnen, was auch die Qualität der Arbeiten seit der seinerzeitigen Erhebungen ein bißchen in Licht bringen soll.

Ich darf nur erinnern, was wir begonnen haben und im Begriff sind, zustande zu bringen: die Planung an der Bahnhofsüberbauung; ich habe mit Freude gehört, daß der Verkehrsreferent hinter diesem Bauwerk steht. Nicht in dieser Form, aber das kennen wir aus

anderer Sichtweise auch schon; Ihr seid für die Nordspange, aber bei jeder Verhinderungs-Aktion an der vordersten Front dabei! Ob das der Plenklberg ist oder der heutige Antrag, sozusagen das Stadtgut als Vorbehaltsflächen für ökol. Dinge zu benutzen. Ich hoffe, daß hier eine Gangweise eingeschaltet wird, die klarerweise nicht unser Stadtbild zerstören soll - das möchte ja keiner bei uns herinnen -, aber doch in akzeptabler und vor allem in absehbarer Zeit zu einer Lösung führt, die den innerstädt. Verkehrsring schließt, die die Anbindung in das Ennstal über dieses Parkdeck ermöglicht und die gleichzeitig - ich kann das gar nicht oft genug betonen - einen Rückbau der Eisenstraße zw. Märzenkeller und Parkhotel Styria finden soll.

Ich darf an die Nordspange erinnern, die eingeleitet wurde; an den Ausbau des Plenklberges, aber auch gleichzeitig an den Ausbau der Gußwerkstraße. Das war uns von Haus aus ein Anliegen, hier vor allem den Schwerverkehr über die Gußwerkstraße Richtung Nordspange zu leiten und zu lenken. Auch hier sind die Planungen vorhanden.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHEN-
RUF

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Da seid Ihr noch gar nicht im GR gewesen, Günter Fürweger, haben wir über diese Dinge schon diskutiert.

Wir haben Niederflurbusse angeschafft; die City-Busse sind Niederflurbusse. Wir haben den Fahrradverkehr - auch das hat Vbgm. Pfeil angedeutet - bereits in vielen Teilen erheblich erleichtert - aufgrund von Vorschlägen, die vom VCÖ gekommen sind, aber auch aufgrund von Ergänzungen, die aus unserer Fraktion gekommen sind. Wir haben im motorisierten Individualverkehr unsere Prioritäten festgelegt, die Nordspange ist die höchste Priorität, aber klarerweise wollen wir - sollte der Verkehr in dem Ausmaß zunehmen, wie es Koll. Pfeil gesagt hat und wie auch die Schätzungen ergehen - hier eine weitere Ausdehnung des Ost-West-Verkehrs oder West-Ost-Verkehrs haben. Möglicherweise wird das, was es schon vor etwa 50 Jahren gegeben hat, vielleicht in der Planung wieder aufgegriffen werden: eine Voralpenautobahn oder einen Voralpen-Autobahnast über Steyr, der ev. auch eine Trassierung findet, wo eine Eisenbahn als Entlastung zur Westbahn kommen wird. Wenn es dazu nicht kommt, ist zumindest die Verbesserung der Anbindung Steyr - Stadt Haag und Steyr - Sattledt in unserem Sinne. Und gerade auf dem Weg von Steyr Richtung Sattledt oder von Steyr

Richtung Ried i. Traunkreis sind Vorhaben vorhanden; erst diese Woche waren Pressemeldungen in der Zeitung, wo die Umfahrung Rohr für die nächste Zeit in Aussicht gestellt wird.

Wir haben beim innerstädt. Straßennetz Verwirklichungen gemacht, wie beispielsweise die bei einer Bürgerinitiative versprochene Verbindung zw. Ennser Straße und Resthofstr., die Haushoferstraße. Wir haben nun die Planungsbehörden im Land so weit - das hat auch Gott sei Dank eine Besprechung mit LR Pühringer gebracht -, daß der Kreisverkehr am Tabor wieder ein Thema für die Landesplanungsbehörden ist, die ja bis zu diesem Zeitpunkt noch am T-Knoten verharren sind. Ich bin also froh, daß es jetzt dort ist, aber auch hier ist unmißverständlich erklärt worden - ich bekenne mich persönl. zu dieser Reihenfolge -, daß zuerst die Nordspange verwirklicht werden muß, wenn man nicht das Geld hat, alles gleichzeitig zu machen. Das ist auch eine Sache: man kann natürl. einen Wunschkatalog zum Verkehrskonzept aufstellen und alles verwirklichen, aber irgendwo muß die Rechnung auch mit dem Wirt gemacht werden, und man kann nicht über Gelder verfügen, die man noch gar nicht hat.

Auch hier deckt sich unsere Meinung mit dem, was Vbgm. Pfeil gesagt hat, daß nämlich

klarerweise in den Wohngebieten, sprich in den Anliegerstraßen, kein Durchzugsverkehr, kein Schleichweg-Verkehr abgewickelt werden soll. Ich wundere mich nur, daß in der Zeitung OÖN (ich glaube Donnerstag voriger Woche) der "Pfeil-Kreisel" über Steyr angekündigt war, wo sehr wohl drinnen gestanden ist, daß Du sagst: "Da wird dann die Verkehrsbelastung in diese Gebiete abgeleitet werden." Wir bekennen uns auch dazu, daß Sammelstraßen, Verkehrs- und Hauptverkehrsstraßen nicht rückgebaut werden sollen, sondern hier der Verkehr entspr. gebündelt wird.

Zum ruhenden Verkehr in Steyr: Ich bin wirklich froh, daß sich der GR in seiner Mehrheit dazu bekannt hat, die Parkraumbew. ins Leben zu rufen und auch die Parkgaragen bzw. Parkstellflächen-Angebote zu reihen. Es ist, glaube ich, unbestritten, daß die erste Priorität die Bahnhofsüberbauung hat, die nächste Priorität - wie auch hier von Dir ausgeführt - der Ausbau der Forum-Garage mit einem Ausgang Richtung Pfarrgasse, mit einer Erweiterung Richtung Promenade. Was wir bislang leider nicht erreichen konnten, ist eine Parkgebühren-Staffelung, die teuren Parkraum teurer macht als billigen Parkraum. Wir haben es noch

nicht geschafft, private Stellflächen mittels Ablösebeträgen in die Parkraumbew. einzubeziehen. Das sind Forderungen, die wir zum ruhenden Verkehr haben. Wir haben auch noch keine Vorarbeiten Richtung dynamischer Parkraumbew. gemacht, was den Ennskai betrifft, sodaß wir hier über eine dynamisierte Bewirtschaftung und eine Zufahrt über die Zieglergasse den Zufahrtsverkehr über den Stadtplatz unterbinden können.

Zum öffentl. Personen-Nahverkehr: Es gab ja heute wieder einen "Vorstoß" von Dir Richtung Westbahn über Steyr. Auch wir haben das nicht zu den Akten gelegt, obwohl die ÖBB andere Meinungen vertritt. Was nicht angeführt wurde, von uns aber vehement gefordert wird - Du wirst ebenfalls dieser Meinung sein, nehme ich an -, ist (endlich) die Schaffung des Verkehrsverbundes Steyr-Umland und Steyr-Zentralraum; damit sowohl ein Fahrzeitenverbund als auch ein Fahrpreisverbund und damit auch ein Fahrkartenverbund stattfindet, um die Ressourcen der versch. Verkehrsträger im öffentl. Bereich besser aufeinander abzustimmen. Gerade zu Stoßzeiten fahren Bahn-, Post- und andere Busse - auch die Städt. Autobusse - zum Teil nicht voll ausgelastet

denselben Weg. Das wäre eine dringende Sache!

Was wir auch verwirklicht haben in der Zwischenzeit, und was eigentl. erwarteterweise nicht so angenommen wurde, sind die Park & Ride-Parkplätze Westen - in der Sierninger Straße - und Osten - beim Stadtbad. Was wir noch nicht schafften, aber vielleicht über eine Tarifregelung bei den Stadtwerken schaffen könnten, ist die Kombination von Parkgebühr und Busfahrkarte. Das wäre auf jeden Fall begrüßenswert! Wir verlangen Maßnahmen zur Komfort-Verbesserung;

Vorverkaufskarten im Bus wären im Tarifvorschlag der Stadtwerke enthalten gewesen. Wir haben es nicht! Neue Wartehäuschen - inzw. installiert. Niederflurbusse - bei Citybussen schon angeschafft; bei zukünftigen Investitionen: kommenden Samstag ist Ausschuß, wo der StS eingeladen ist, einen solchen Niederflerbus zu besichtigen.

Was wir noch nicht geschafft haben, ist die informative Fahrplangestaltung. Ich hoffe, daß auch hier, Roman, die Stadtwerke und Du zu einem Erfolg kommen, daß man das Angebot besser zur Bevölkerung bringt und div. andere Dinge, wie Ampelschaltung vom Bus aus u. a. Dinge mehr. In der Fahrkarten- und Preispolitik, die mit dem öffentl. Personen-Nahverkehr eng verbunden ist,

haben wir noch nicht, obwohl vorgesehen im Tarifvorschlag der Stadtwerke, die Tageskarte. Wir haben keine Jahreskarte und - so wie vorgeschlagen -, weil ja heute die Familie im Gespräch war, keine bes. Familien-Ermäßigung. Auch das wird im neuen Tarif enthalten sein.

Ein Prinzip darf meiner Meinung nach nicht angetastet werden: Einzelfahrt teuer und je mehr gefahren wird, umso billiger! D. h., die mehrfache, die häufige Benutzung gehört entspr. verbilligt.

Daß auch unser Thema, wenn Finanzierungs-Möglichkeiten vorhanden sind, das Anruf-Sammeltaxi ist, und daß auch unser Thema die Ab- oder Aufstiegshilfen bei den Geländekanten zum Tabor und zur Ennsleite sind, will ich gar nicht verschweigen; und daß wir interessiert sind, den Fuß- und Radwegeplan, den es ja in Steyr in der Planungsabteilung gibt, entspr. zu verbessern und dazu auch die hausinternen Ressourcen der Planungsabteilung nützen wollen, damit sinnvolle Planungen geschehen können, auch das gehört zu unseren Prinzipien.

Die urspröngl. Meinung des Verkehrsref. zum Stickler-Konzept, beschließen zu lassen, daß wir alle Maßnahmen, die Stickler vorschlägt, zunächst einmal bejahend zur Kenntnis nehmen, und nur dann, wenn sich eine Mehrheit im GR in

Einzelfällen bildet, davon Abstand zu nehmen, hat sich Gott sei Dank nach einer sehr langen Diskussion dahingehend abgeändert, daß wir das Stickler-Papier als Grundlage unserer weiteren Überlegungen nehmen, aber daß wir uns unsere Entscheidungsfreiheit, wie der Verkehr in unserer Stadt sinnvoll, bürgerfreundlich, stadtverträglich sein soll, nicht abnehmen lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Hr. Koll. Ing. Schloßgangl.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz und prinzipiell Stellung nehmen. Der Hr. Verkehrsref. hat uns ja eine Dreiviertelstunde das Stickler'sche Konzept vorgelesen, das alle bekommen und - wie ich annehme - auch gelesen haben. Grundsätzlich haben wir in einer GR-Sitzung unsere prinzipielle Zustimmung zum Konzept gegeben. Ich bin aber sehr froh, daß dieser Antrag im Verkehrsausschuß formuliert wurde, nämlich: Der GR nimmt das GVK 1994 zur Kenntnis und erklärt, es als Orientierungshilfe bei seinen Entscheidungen über das Verkehrssystem heranzuziehen.

Viele Punkte wurden herangezogen, auch pol. oder priv.

Meinungen des Referenten, die Sticklér nicht unbedingt geschrieben bzw. gesagt hat. Wir bekennen uns grundsätzlich zum Konzept. Ganz wesentl. erscheint uns der Bau einer citynahen Parkgarage vom Forum-Parkplatz zum Werndl-Denkmal. Auch das wurde hier schon angezogen. Hier ist es höchst an der Zeit, daß wir die Planung in Angriff nehmen. Es scheint uns ganz wesentl., daß in das StEK auch neben der Realisierung der Nordspange die sog. Northwest-Tangente in die Planung und in die Betrachtung miteinbezogen wird. Ganz wesentl. erscheint uns der Ausbau des Taborknotens zu einem abgesenkten KV, der ja aufgrund der letzten Besprechung mit LR Pühringer nun auch in die Planung einbezogen wird. Und schließlich die Nahverkehrsdrehscheibe beim Bahnhof Steyr. Darauf werde ich vielleicht bei einem anderen TOP noch näher eingehen.

Fußgänger- und Fahrradverkehr, Realisierung des Fuß- und Radwegekonzeptes bejahen wir genauso wie eine Verbindung bei der Neutorbrücke, die wir immer gefordert haben, und wo wir uns eigentl. immer gegen diesen Steg - direkt vom Abgang Bahnhof herüber zum Rathaus - stark gemacht haben.

Wir sind für die Errichtung eines Anruf-Sammeltaxis; hier wäre Koll. Eichhübl gefordert. Es hat ja Gespräche und Verhandlungen

gegeben. Ich gebe zu, daß es nicht sehr leicht ist, dieses in Steyr einzuführen, und außerdem ist es auch mit sehr, sehr hohen Kosten verbunden. Wir wissen das aus Linz.

Die Park & Ride-Anlagen gehören ausgebaut. Auch wir sind dafür, daß man speziell beim LKH eine entspr. Parkerweiterung, ein Parkhaus macht und plant, und daß diese Park & Ride-Parkplätze forciert werden. Das wird sich natürl. auch auswirken müssen auf den Preis und auf die Möglichkeit, mit öffentl. Verkehrsmitteln ins Zentrum zu fahren.

Ich möchte jetzt nicht näher auf das Konzept eingehen. Grundsätzlich sind wir mit diesem Vorschlag oder mit dieser Ausführung des getroffenen Antrages einverstanden. Wir werden dann bei gegebenem Anlaß und bei den aktuellen Problemen unsere Meinung gesondert sagen und unsere Zustimmungen entspr. verteilen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Koll. Fürweger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren des GR! In der Rede von Finanz-Stadtrat Zagler haben wir sehr oft das Wort "wir" gehört. Ich weiß jetzt

nicht, ob Du bei der Umsetzung die Fraktion meinst oder uns alle.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

In vielen Fällen habe ich Eure auch miteinbezogen!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Du warst ja früher auch Verkehrsreferent, soviel ich weiß. Wahrscheinlich hast Du Dich deswegen auch so angesprochen gefühlt.

Mir ist bekannt, daß der Beschluß, einen Mann nicht aus Steyr damit zu befassen, nicht in unsere Zeit gefallen ist. Daher verstehe ich die generelle Kritik gegen das Verkehrskonzept oder gegen Teile des Verkehrskonzeptes nicht ganz. Ich sehe das Verkehrskonzept als Konzept; es war vielleicht zu ausführlich, denn wir haben schon Sachen umgesetzt - Parkraumbew., Park & Ride. Und ich glaube, das ist die Aufgabe, daß uns ein Mann von außen, der nicht so befangen ist - in Steyr sind sehr viele Leute befangen - sagt, was es alles an Verkehrsmöglichkeiten gibt - in Österreich oder auch in Europa. Das hat er, glaube ich, gemacht. Dr. Pfeil hat ja z. B. diese versch. Benennungen von Straßen erklärt. Bis jetzt hat es geheißen, daß es eine Landesstraße gibt, eine Bezirksstraße und bitte ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die gibt es jetzt auch noch!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

... die Rollen dieser Straßen sind jetzt ganz andere. Bezirksstraßen sind jetzt schon Anliegerstraßen geworden. Ich glaube, das ist sehr sinnvoll, wenn uns jemand sagt, daß wir Straßen anders bezeichnen müssen, denn dann sind auch die Funktionen dieser Straßen anders.

Alle Leute verlieren sich schon wieder bei der Linksabbiegespur Posthofberg oder beim Verkehrsknoten Tabor. Hier steht drinnen, daß es eine Orientierungshilfe ist. Nehmen wir das zur Kenntnis, und setzen wir das um! Die Gremien dazu haben wir im Verkehrsausschuß, wir haben bitte auch Beamte dazu, die das dann umsetzen sollen. Verlieren wir uns jetzt nicht in Details von Hrn. Dr. Stickler. Ich glaube, er hat das gut gemeint. Daß er länger gebraucht hat, haben wir alle nicht gewollt. Das war auch nicht unsere Sache. Da wären ...

STADTRAT

KARL HOLUB:

Er hat auch gut verdient dabei! Schlecht sollte er es auch noch meinen?!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

... alle gefragt gewesen. Wir haben heute selbst gehört, wie

unzufrieden alle waren, daß es so lange gedauert hat. Aber jetzt auf die Zahlen zu verweisen, daß sie nicht mehr aktuell sind, ich weiß nicht. Ich glaube, es ist jedem von uns klar, daß die Frequenzen schon wieder anders geworden sind.

Zum Einbahn-System möchte ich sagen: Na gut, die schadhafte Brücke hat auch Dr. Stickler nicht gewußt; die sind erst in kürzerer Vergangenheit aufgetaucht. Hätte er das gewußt, dann hätte er sich auch über das Einbahn-System, glaube ich, Gedanken gemacht. Darüber müssen wir uns sicher noch Gedanken machen!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Über welche Position bitte?

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Über das Einbahn-System!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Ring?

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Ja, über den Einbahn-Ring.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Das hat er sehr wohl gewußt und nicht in Betracht gezogen! Das haben wir nämlich schon vor zwei Jahren ausführlich mit ihm diskutiert!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Uns war nicht bekannt, daß die Rederbrücke ...

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Das stimmt nicht, Hr. Bgm.! Ich habe Sie selbst informiert, wie das Land gesagt hat, daß die Ennstalbrücke total zu renovieren ist. Als ersten habe ich Sie darüber verständigt, das war vor ca. einem halben Jahr!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Das ist aber schon eine gute Aussicht, wenn Sie sagen, daß Sie es schon 2 Jahre wissen, und der Verkehrsref. weiß es ein halbes Jahr. Das ist eine gute Aussage!

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Es geht um den Einbahn-Ring!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wir reden vom Kreisverkehr am innerstädtischen Ring! Reden wir vom selben?

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:
Der wird jetzt umso wichtiger, weil wir die Brücken herrichten müssen!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Vor zwei Jahren haben wir das schon mit Hrn. Dr. Stickler diskutiert! Das ist nichts Neues. Natürl. ist es eine Notmaßnahme, u. U. eine denkbare. Vielleicht wird das wieder einmal virulent, aber Stickler hat diese Überlegung verworfen! So ist mir das bekannt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Mir ist davon nichts bekannt, wenn ich das anführen darf.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Da sehen Sie, daß wir einen ungleichen Informationsstand haben! Ich "tue" auch schon länger!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Stickler war ja "oft" in Steyr, irgendetwas mußte er ja tun!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nicht zu meiner Zeit! Ich habe ihn hier sehr bewußt eingesetzt.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Darf ich fortsetzen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber bitte. Das war nur ein kleiner "Zwischen-Spurt". Fahren Sie fort, Hr. Kollege!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich glaube, es hat sich in der letzten Zeit gezeigt, daß sich auch andere Leute für den Verkehr interessieren. Ich muß hier schon die Herren Gmachmair und Cermak schätzen, wenn Sie sich über den Verkehr Gedanken machen; und wenn sie vom Vermeiden des Verkehrs schreiben, vom Verlagern auf umweltverträgl. Verkehrsmittel, den verbleibenden Verkehr umweltschonend abwickeln. Ich gebe schon eines zu bedenken: Das ist die Jugend! Wir haben das heute von Ihnen schon gehört, wie ich die fehlende Planung in der Vergangenheit angeschnitten habe. Wahrscheinlich sind wir mit unseren Planungsvorstellungen und Umsetzungen schon wieder hinten, weil wir eben nicht so schnell sind! Aber in 20 oder 30 Jahren wird wahrscheinlich nicht mehr jeder mit diesen Sachen einverstanden sein, die wir jetzt machen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist absolut richtig!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Deshalb sollten wir uns auch die Überlegungen von jungen Leuten zu Gemüte führen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Vollkommen richtig! Es dauert nur 10 Jahre, bis man eine Umfahrung bekommt - das ist das Problem. Und in 10 Jahren haben wir eine Verkehrssteigerung von 25 bis 30 %, sagen die Experten. Was tun? Hinterher ist immer leichter reden, das ist die Schwierigkeit! Nun ist Koll. Vanek am Wort.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Auch wir waren froh, daß dieses Konzept endlich fertig geworden ist. Es hat - wie schon gesagt - einige Jahre gedauert, und nun liegt es vor uns!

Der GR hat im Mai 1991 einen verkehrspol. Grundsatzbeschluß gefällt. Koll. Pfeil hat das schon ausführlich dargestellt, worum es hier geht; es steht auch in der schon erwähnten Broschüre vom VCÖ drinnen - nur zur Erinnerung, ich weiß zwar jetzt die Seite nicht auswendig, aber jedenfalls steht der ganze Beschluß drinnen! Die Broschüre liegt vor Ihnen, und Sie können nachlesen. U. a. steht auch drinnen, daß die Verlagerung vom Verkehr auf das umweltverträgl. Verkehrsmittel ein Leitbild oder ein Leitziel ist, und daß die Abwicklung des noch verbleibenden Kfz-Verkehrs in möglichst umweltschonender Form geschehen sollte. Das ist natürl. einer der Punkte, auf den ich jetzt eingehen möchte. Denn es war ja auch irgendwie eine

Vorgabe, daß Hr. Stickler in seinem Verkehrskonzept sozusagen alles der Nordspange unterordnen mußte. Die Nordspange war sozusagen eine pol. Vorgabe der verantwortl. Stadtpolitiker. Ich finde es irgendwie schade, daß keine Alternativen zur Nordspange herausgearbeitet wurden.

Es ist ziemlich gut herausgearbeitet worden, welche Verlagerungspotentiale die Nordspange macht, aber es steht nicht drinnen, was passiert, wenn wir die Nordspange nicht bekommen. Es redet zwar jeder, daß es sicher ist, daß wir sie irgendwann einmal genehmigt bekommen, aber so unsicher die Zeiten sind, kann es ja leicht passieren, daß das Geld plötzlich in eine Umfahrungsstraße einer Mühlviertler Gemeinde fließt. Pühringer hat ja angedeutet, daß er gerne Mühlviertler Gemeinden sponsern würde, weil dort Parteifreunde sind, als daß er nach Steyr geht. Es ist schade, daß auf diesen Punkt nicht eingegangen wird. Das ist auch ein Kritikpunkt von uns!

Hr. Stickler hat in seiner Abschluß-Präsentation Anfang Jänner eine verdeckte Kritik an der Nordspange gemacht. Aber davon ist leider im Verkehrskonzept nichts zu lesen. Auf die massiven Kritikpunkte - meines Erachtens berechtigt - zur Nordspange steht Ausführliches in der Broschüre des VCÖ und in der heutigen

Steyrer Zeitung drinnen. Manche von Ihnen lesen sie gerade und können nachschauen; ich möchte jetzt nicht näher darauf eingehen.

Die Nordspange verlangt - wenn sie ausgelastet werden will - auch die Westspange. Die Westspange - Sie haben sie ja im Verkehrskonzept drinnen - würde die Verbindung Richtung Sierning bedeuten. Das geht durch ein rel. dicht verbautes Gebiet, und ich hoffe, daß es nicht so weit kommen wird, denn dann werden mehr Leute als beim letzten Mal hier in der Türe stehen und ihren Protest kundtun. Dies auch berechtigterweise!

Jetzt möchte ich noch einmal kurz auf den Punkt eingehen, den ich schon im letzten Kommunalausschuß und im letzten Verkehrsausschuß erwähnt habe. Es geht um das Problem "weniger Parkplätze im Zentrum". Jeder von uns weiß, daß der Stadtplatz und der Ennskai noch nicht autofrei sind. Sie werden es erst dann, wenn eine geeignete Parkgarage errichtet wird. Das ist das Problem: je mehr Parkplätze im Stadtzentrum zur Verfügung stehen, umso mehr Autofahrer und Autofahrerinnen kommen herein und verstopfen bzw. benützen die Straßen. Wenn es weniger Parkplätze gibt, steigt auch die Attraktivität der öffentl. Verkehrsmittel. D. h. wiederum, daß der Verlust weniger werden

würde, und die Staus würden abnehmen. Das möchte ich irgendwie betont haben, daß diese Logik endlich einmal akzeptiert wird. Weniger Parkplätze im Stadtzentrum bedeuten auch weniger Verkehr in der Innenstadt! Dies bedeutet wiederum eine Attraktivierung des öffentl. Verkehrs.

Jetzt noch kurz eine Kritik zur Vorgangsweise. Daß es zu lange gedauert hat, habe ich schon gesagt. Es hat fast keine Bürgerbeteiligung gegeben. Es hat zwar einmal eine Präsentation im Stadtsaal gegeben, aber das war meines Erachtens auch schon alles. Es gab zwar die Möglichkeit, im Fragebogen - der Anfang 1990, glaube ich, ausgeschickt wurde - eigene Anmerkungen einzufügen. Aber viel mehr Beteiligung ist mir nicht in Erinnerung.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

4 Bände! Das gibt es, glaube ich, in keiner Stadt! Das ist wirklich eine Stärke von Stickler gewesen, diese Bürgerbeteiligung beim Ist-Zustand, und was sie wollen. Das ist eine extreme Stärke von diesem Konzept!

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Das bewerten Sie so!

Daß es keine Alternativen zur Nordspange gibt, habe ich auch schon erwähnt.

Zum Verkehrsverbund. Es wurde kurz erwähnt, daß der Verkehrsverbund auf Steyr und Umgebung eingerichtet werden soll. Meiner Meinung nach ist es sinnvoller, wenn der Verkehrsverbund für gesamt OÖ. eingeführt wird. Wann kommt er? Wir wissen alle, daß es dauernde Verzögerungen gibt. Ich hoffe, daß er dann irgendwann einmal im Feber kommen wird. Zum Bahnhofs-Parkdeck: dem stehen wir pos. gegenüber.

Zum Marketing-Konzept im öffentl. Verkehr wollte ich noch etwas sagen. Das haben wir schon des öfteren diskutiert. Es ist, glaube ich, notwendig, daß man irgendwie im Öffentlichkeits-Arbeitsbereich der Städt. Buslinien tätig wird, daß die Fahrpläne lesbar gemacht werden usw. Das wurde schon alles gesagt, und ich hoffe, daß es in nächster Zeit in Angriff genommen wird.

Zu guter Letzt: wir werden diesem Antrag zustimmen. D. h. aber nicht, daß wir die Nordspange unbedingt in ihrer derzeitigen Dimension auch befürworten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Koll. Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Es wurde ja bereits sehr viel über das vorliegende Verkehrskonzept gesprochen. Nachdem aber von allen Debattenrednern auch der öffentl. Verkehr in besonderem Maße erwähnt wurde, möchte ich aus der Sicht des zuständigen Referenten einige Anmerkungen machen. Meine Damen und Herren des GR! Ein Kind, das sehr viele schon sehr lange erwartet haben, genannt das "Stickler-Verkehrskonzept" hat sozusagen das Licht der Welt erblickt. Es liegt nun an uns, dieses Kind aufzuziehen und vor allen Dingen am Leben zu erhalten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Im Familienausschuß!

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es mir im speziellen bei meiner Wortmeldung nicht um den Familienausschuß geht, sondern um den öffentl. Verkehr. Ich darf in diesem Zusammenhang den Grundsatzbeschluß des GR, der vor einigen Jahren bei der Erstellung des Stickler-Verkehrskonzeptes gefaßt wurde, in Erinnerung rufen. Denn in diesem Grundsatzbeschluß ist sehr deutlich das Bekenntnis

zum öffentl. Verkehr festgeschrieben.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, werde ich heute diesem vorliegenden Antrag die Zustimmung geben, in dem es heißt, daß das Stickler-Verkehrskonzept zur Umsetzung als Orientierungshilfe dienen soll. Ich darf Sie aber schon bitten, keine "Kindesweglegung" zu betreiben, sondern sich an diesen Grundsatzbeschluß zu erinnern, der die Forcierung des öffentl. Verkehrs bis zu einem gew. Maße - natürl. muß ein Zusammenhang bestehen und ein Zusammenleben zw. dem öffentl. und dem Individualverkehr möglich sein - mit sich bringt. Ich bitte Sie, das so zu sehen wie es im Grundsatzbeschluß drinnen ist und auch danach zu handeln!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Der späten Stunde gehorchend, werde ich jetzt keine historischen Abrisse über den Werdegang des ganzen Konzeptes machen oder vielleicht gar den ganzen Inhalt besprechen. Worum es bei dieser Entscheidung geht, möchte ich nur in wenigen Sätzen zusammenfassen; und auch

warum wir diese Formulierung im Verkehrsausschuß nach einigem Kopfschütteln und "Hirnzusammenrinnenlassen" doch endlich gefunden haben.

Zur Diskussion stand, ob man das Verkehrskonzept als solches als einen GR-Beschluß fassen könnte. Da haben wir befunden, daß es nicht geht. Es gibt über die Inhalte dieses

Verkehrskonzeptes natürl. Diskussionen, es gibt verschiedenste Auffassungen über die Prioritäten - Sie kennen meine aus versch. Veröffentlichungen. Daß ich eben sage, Citygarage, Krankenhaus-Garage, und dann eben die Entlastung der Stadt dadurch zustande bringe, daß ich zuerst die citynahe Garage habe.

Das Konzept als solches kann also kein Beschluß-Inhalt werden. Eine Alternative zur Nordspange - haben wir zuerst gehört - gibt es nicht, das ist wahr. Denn kein Mensch wird glauben, daß man zum "Bierhäusl" einen Tunnel bauen kann. Es gibt auch eine verdeckte Kritik an der Nord-West-Spange, das stimmt! Prof. Stickler hat bei seiner letzten Präsentation gesagt, daß sie erst in Ergänzung mit der Westspange sinnvoll ist. Da hat er absolut recht, denn damit wird der Verkehr vom Steyrer Zentrum möglichst abgeleitet.

Der Wert des Gutachtens - jetzt habe ich schon das gesagt, was ich meine -, der Wert des ganzen Konzeptes ist nicht ein

Entscheidungsinhalt, sondern der eines Sachverständigen-Gutachtens. Ein Sachverständigen-Gutachten ist eine Entscheidungshilfe; und die soll es uns auch sein!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Kein Schlußwort!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Also noch eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich stehe nur auf. Das ist ein so wichtiger Beschluß, da stehe ich auf!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort? Tolle Leistung. Ich gratuliere! Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen!

Ich danke Hrn. Dr. Pfeil für seine Anträge. Nächste Berichterstatterin ist Fr. Koll. Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTERIN STR.

INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren! Mit GR-Beschluß vom August 1991 wurde die Einführung des Behindertenfahrdienstes beschlossen und das Rote Kreuz mit der Durchführung beauftragt. Um den Behindertenfahrdienst auch 1994 durchführen zu können, ersuche ich Sie, folgendem Antrag Ihre Zustimmung zu geben:

20) SH-4436/91

Behindertenfahrdienst '94.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales vom 3. 2. 1994 wird zur Abgeltung der Transport- bzw. Personalkosten im Zusammenhang mit der Durchführung des Behindertenfahrdienstes im Jahr 1994, entspr. der vom GR am 23. 1. 1992 genehmigten Vereinbarung mit dem Roten Kreuz, ein Betrag von insgesamt

S 861.000,--

genehmigt. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 50.000,--

bei der VAST. 1/4130/757000.4 freigegeben und eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 811.000,--

von der VAST. 1/5300/757000.2 auf die VAST. 1/4130/757000.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VASSt. 1/5200/757000.2 zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, daher ist der Antrag einstimmig angenommen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Mit Beschluß des GR im Jahre 1991 wurde im Bereich der Stadt Steyr im Rahmen der sozialen Dienste die mobile Altenhilfe u. soziale Betreuungsdienste gem. den Richtlinien des Landes OÖ. eingerichtet und die Vereine Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege und der Verein "Miteinander - MOHI" mit der Durchführung betraut.

Gem. dieser Vereinbarung ersuche ich Sie, nachfolgendem Antrag zuzustimmen und die Mittel für das erste Halbjahr '94 freizugeben.

21) SH-2200/90

Erlaß

Mobile Altenhilfe u. soziale Betreuungsdienste;

Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales v. 25. 2. 1994 werden die erforderlichen Mittel zur Deckung des Abganges der Vereine für das 1. Halbjahr 1994 im Ausmaß v. ca. S 1,861.500,-- für den Verein "Steyrer Heimhilfe u. Hauskrankenpflege" u. v. ca. S 371.000,-- für den "Verein Miteinander - Mobiler Hilfsdienst" (gesamt: S 2,232.500,--) bewilligt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2,232.500,--

bei der VASSt. 1/4240/757100.9 freigegeben.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Hr. Koll. Holub gemeldet. Bitte sehr!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Dem vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren, habe ich im StS die Zustimmung gegeben - hier kann ich es nicht tun. Aber ich möchte dieselbe Anmerkung wie im StS machen und auch den weiteren Verbleib dieser "Sache" schildern.

Ich habe von einer "kranken Person" erfahren - nennen wir es so, damit die Daten vorläufig noch nicht in die Öffentlichkeit kommen -, die eine sehr

bescheidene Pension hat, etwa 7.000 S, und dazu ein Pflegegeld bezieht mit etwa 11.000 S. Diese kranke Person bekommt eine Vorschreibung von einem der beiden Vereine - es ist der größere. Zu ihrer Überraschung bekommt die Person für einen Monat Betreuung eine Rechnung von 25.000 S vorgeschrieben.

Die bange Frage der kranken Person und der Angehörigen, die auch nicht sehr vermögend sind: "Woher sollen wir das leisten?" Die "Sachen" sind andiskutiert worden, es hat zu einer Überprüfung geführt, und jetzt kommt das Wunderbare: zwar wird diese kranke Person in Zukunft weniger bezahlen müssen, aber von der Forderung auf 25.000 S wird nicht Abstand genommen.

Das ist mir völlig unglaublich! So kann es doch wirklich nicht gehen. Diese 5 Mill. S, die jetzt so locker über den Tisch des Hauses gehen, sind zum größten Teil auch dafür gewährt, daß sozial Bedürftige - die sich die Hilfe nicht leisten können, der sie bedürfen - diese Leistung in Anspruch nehmen können. Und das Pflegegeld ist dafür eingeführt worden, damit die Leute einen ansprechbaren Beitrag leisten können, ohne daß sie selbst an den Rand oder über das Existenzminimum hinauskommen. So kann es wirklich nicht gehen. Und in einem Verein, der im Büro eine ganze Menge Leute sitzen hat, dürften

auch solche Vorgänge nicht passieren können. Ich bitte Dich, Fr. Stadträtin, als Referentin auf den Verein wirklich Einfluß zu nehmen, daß dies nicht mehr passiert. Vielleicht kann man auch die Härte, um die es fraglos geht, doch noch einmal von den Leuten abfedern, die nämlich die Welt wirklich nicht verstehen!

An sich grundsätzlich ein "Ja" zu den Heimhilfe und Hauskrankenpflege-Organisationen, ein deutliches "WEHRET DEN ANFÄNGEN" - es ist schon schlimm, wenn eine Putzfrau über einen Heimhilfe-Verein 150 S/Stunde kostet - das ist nicht dieser Fall, das ist ein anderer - und der offene Markt für die dargebotene Dienstleistung wesentl. geringer ist. Das ist schon schlimm, und so war es auch nicht gemeint! Wenn wir dann noch vor Augen halten, daß die öffentl. Hand von sich aus automatisch den budgetierten Abgang der Vereinigung zu zahlen bereit ist, dann muß man sich auch gefallen lassen, daß die öffentl. Hand ein wenig Interesse hat, wieviel denn in diesem Abgang vergeblicher Aufwand drinnen ist - vergeblich nenne ich all jenen Aufwand, der primär und sekundär nichts zur Pflege der Betroffenen beiträgt; das ist also ein übermäßiger Büroaufwand oder interner Verwaltungsaufwand, der offensichtlich - wie man an dem Bsp. sieht - nicht optimal

eingesetzt wird. Hier gibt es - glaube ich - noch viel zu tun!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht mehr der Fall. Ich glaube, da gibt es Verrechnungs-Schwierigkeiten in letzter Zeit. Bei mir waren am Sprechtag auch ein paar derartige Fälle, offenbar hängt das mit dem Pflegegeld u. a. m. zusammen, daß es nicht ganz koordiniert verläuft. Jedenfalls sollte es ja eigentl. jetzt weniger Schwierigkeiten geben, wenn diese Möglichkeiten gegeben sind. Fr. Koll. Ehrenhuber, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Ich darf Ihnen dazu nun folgende Aufklärung geben. Aufgrund Deiner Anfrage im StS habe ich mich diesbezüglich erkundigt. Der Verein muß sich an die derzeit geltenden Bestimmungen halten, auch wir als Stadt müssen uns an die derzeit geltenden Bestimmungen halten - seitens des Landes sind neue Richtlinien in Ausarbeitung, die allerdings noch nicht herausgekommen sind. Da wird so verrechnet, daß das gesamte Einkommen hergenommen wird. Dieser Herr oder diese Dame hat etwa 7.000 S Pension und 11.000 S Pflegegeld - das sind insgesamt 18.000 S. Von diesem Gesamteinkommen können

Strom, Miete und Heizung in Abzug gebracht werden. Dann entscheidet der Nettobetrag (derzeit!) für das zu leistende Stundenhonorar. Aufgrund der derzeitigen Richtlinien! In den Richtlinien, die seitens des Landes bestehen, heißt es: Bei einem monatl. Netto-Einkommen - z. B. unter 6.500 S - sind 10 S/Stunde einzuheben. Bei einem monatl. Netto-Einkommen von 15.500 S ist der Betrag 150 S. Das sind die derzeitigen Bestimmungen!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Die kenne ich! Nur ist niemals die Rede davon, daß das Pflegegeld Einkommen im Sinn dieser Bestimmungen ist - wird es auch nicht sein! Das war der Hilflosenzuschuß!

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT

KARL HOLUB:

Aber nicht als Einkommen!

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Aber das ist die derzeitige Regelung! Ich habe mich extra erkundigt. Derzeit wird das Pflegegeld und die Pension zusammengerechnet - das ist das Einkommen. Aufgrund dieses Einkommens muß der Stundensatz verrechnet werden. Ich weiß, daß eine neue Richtlinie in Aus-

arbeitung ist, die allerdings noch nicht herausgekommen ist. Dort ist dann vorgesehen, daß als Fixbetrag für alle, die Pflegegeld beziehen, pro Stunde 50 S verrechnet werden. Dann kommt - entspr. dem Einkommen - noch etwas dazu! Derzeit werden jedoch diese Beträge zusammengerechnet!

Wenn jetzt jemand - wie es in diesem Fall war - sehr viele Stunden in Anspruch nimmt, dann ergibt sich leider diese hohe Summe. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Das sind die derzeit geltenden Bestimmungen, an die sich der Verein halten muß - und auch wir!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt haben wir die Pflegegeld-Versicherung, und die Leute bekommen plötzlich eine Rechnung, die das Pflegegeld und die Pension zusammen wesentl. überschreitet. Das kann nicht im Sinne der Erfinder sein! Es war vorher nicht so, daher haben wir Korrekturbedarf. Ich habe jetzt einen Anlaßfall unserem Sozialamt zur Überprüfung gegeben, und wir werden uns damit direkt auseinandersetzen müssen. Ansonsten bekommen wir mehrere solche Fälle, da gibt es dann eine Explosion. Das wollen wir nicht!

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Wir hoffen, daß im April die Richtlinien des Landes kommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir wollen diese wichtigen Vereine unterstützen, weil sie ja bedeutsame Arbeit für unsere älteren und kranken Mitbürger leisten. Zur Abstimmung: Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem dritten und letzten Antrag darf ich Sie ersuchen, für den Verein "Aktion Tagesmütter OÖ." für 1994 folgende Subvention zu genehmigen:

22) JW-24/93

Verein "Aktion Tagesmütter"; Subvention 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB V v. 14. 2. 1994 wird dem Verein "Aktion Tagesmütter OÖ." für das Jahr 1994 eine Subvention im Ausmaß von S 1.700,- pro betreutem Kind und Monat gewährt. Die monatliche Auszahlung richtet sich nach der Betreuungsdauer und Anzahl der Kinder.

Zu diesem Zweck wird für die Gesamtkosten bei der VAST. 1/4390/757000.4 ein Betrag von S 400.000,-

freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Keine Gegenstimmen. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Fr. Kollegin Ehrenhuber für ihre Anträge. Nächster Berichterstatter ist StR Eichhübl.

BERICHTERSTATTER STR.

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Die Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasser-Versorgung - im Zusammenhang mit der Grundwasser-Verunreinigung durch Perchloräthylen - müssen bedauerlicherweise weiter durchgeführt werden und haben bisher mehr als 9 Mill. S ausgemacht. Dies bedeutet, daß die Stadtwerke Steyr mehr als 2 Mill. S über die bisher gewährte Kapitalzuführung vorstrecken mußten. In Zusammenhang mit der angespannten Liquiditätslage in diesem Bereich ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

23) Wa-43/93

Brunnenfeld Dietach -
Grundwasserverunreinigung; Maßnahme z.

Sicherung der Trink-
wasserversorgung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 14. 2. 1994 und des noch ausständigen Kostenersatzes der bisher angelaufenen Kosten von insgesamt S 9,179.118,86 durch den Bund als Kostenersatzpflichtigen wird den Stadtwerken Steyr im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung im Brunnenfeld Dietach, hervorgerufen durch eine Grundwasser-Verunreinigung, eine zusätzl. Kapitalzufuhr in Höhe von

S 3,000.000,--

bewilligt.

Zu diesem Zweck wird bei der VA-Stelle 5/8790/779000 eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2,000.000,-- und bei der VA-Stelle 5/8790/779100 eine Kreditübertragung in Höhe v. S 1,000.000,-- bewilligt.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Bitte wird entsprochen. Wünscht jemand das Wort? Hr. Koll. Vanek bitte.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Hr. Eichhübl, mich würde jetzt nur interessieren, wie es mit den - unabhängig von der Perchloräthylen-Verseuchung - Nitrat-Meßwerten im Wasser aussieht in Steyr? Ist das jetzt steigend, fallend oder gleichbleibend?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte nur eine kurze Vorbemerkung machen, Hr. Bgm., bevor ich Sie bitte, Hrn. Dir. Riedler das Wort zu erteilen. Es ist so - das habe ich im GR mehrmals berichtet -, daß nach dem Lebensmittelkodex ständige Untersuchungen unseres Trinkwassers durchgeführt werden müssen und auch tatsächlich durchgeführt werden. Im Zusammenhang mit der Perchloräthylen-Verunreinigung und im Zusammenhang mit der Berichterstattung in den Zeitungen - weil es ein Problem bei Aquarianern gegeben hat, wo wertvolle Fische eingegangen sind - hat der Perchloräthylen-Anteil bei der am Tag zuvor durchgeführten Messung 4,8 mg/l Wasser betragen. Das sind 4,8/1000 Gramm pro Liter Wasser. Bei der unmittelbar nach diesem Vorfall durchgeführten Messung hat der Perchloräthylen-Anteil 4 mg - also fallend! - betragen. Alle übrigen Werte, was Nitrate und sonstigen Stoffe betrifft, waren unter den vom

Lebensmittelkodex ausgehenden Werten. Aber Hr. Dir. Riedler ist sicherlich in der Lage, noch genauere Werte - Ihnen, Hr. Vanek, und dem ges. GR - zu nennen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Vielleicht eine kurze Auskunft über den aktuellen Verunreinigungsgrad.

KFM. DIR. OAR

HELMUT RIEDLER:

Meine Damen und Herren! An und für sich ist die Antwort hier leicht gegeben. Die durchschnittl. Nitrat-Belastung ist unter 25 mg - gleichbleibend. Das ist an und für sich ein guter Wert, allerdings unter der Annahme, daß im März, im Frühjahr u. U. die Nitratbelastung leicht ansteigend ist. Momentan gibt es aber sicherlich, das Nitrat betreffend, überhaupt keine Bedenken.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ausreichend beantwortet?

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Eine kleine Zusatzfrage. Das heißt jetzt, daß es langfristig auch bei diesem Wert bleiben wird?

KFM. DIR. OAR

HELMUT RIEDLER:

Das meine ich, ja!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weiteren Wortmeldungen. Wird noch ein Schlußwort gewünscht? Nicht mehr der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 23) ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, betrifft den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke. Bekanntlich sucht die Stadt Steyr jährlich um Gewährung eines Zweckzuschusses zur Förderung von öffentl. Personennahverkehrs-Unternehmen beim BM f. Finanzen an. Die Gewährung eines derartigen Zweckzuschusses wird vom BM f. Finanzen davon abhängig gemacht, daß zumind. in derselben Höhe die Stadt Steyr an die Stadtwerke diesen Betrag zur Auszahlung bringt. Daher lautet der Antrag des StS an den GR:

24) ÖAG-4002/86

Stadtwerke

Präs-31/83

Verkehrsbetrieb d. Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB f. präsidiale und öffentl.-rechtl. Angelegenheiten vom 19. Jänner 1994 wird als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke für das laufende Rechnungsjahr 1994 ein Betrag von S 1.200.000,-- bewilligt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.200.000,--

werden bei der VAST. 1/8790/759200.5 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR! Auf Anregung des Koll. Glanzer hat sich der komm. Betriebsausschuß mit der Thematik "Gleichstellung von Schülern und Lehrlingen bei Eintritt in Bereiche Hallenbad, Freibad und Kunsteisbahn" beschäftigt. Es war nach Überprüfung notwendig, daß ein derartiges Begehren vom GR zu beschließen ist. Daher lautet der

Antrag des StS an den GR - ich darf gleich vorweg sagen, daß es ein Mißverständnis gegeben hat. Sie haben inzw. den geänderten Amtsbericht vor sich liegen, er wurde heute ausgeteilt. Der Zusatz lautet nämlich nicht, daß es sich um einen freien Eintritt handeln kann - das wäre ja dann eine Nichtgleichstellung gegenüber den Lehrlingen bzw. den Schülern, weil im vorhergehenden Amtsbericht sehr deutlich auf die Tarifpositionen hingewiesen wird. Daher kann es sich nur um eine Tarif-Ermäßigung handeln. Ich darf Ihnen aber den gesamten Antrag zur Kenntnisnahme vortragen:

25) ÖAG-1172/86

ÖAG-135/93

Stadtwerke

Tarife städt. Hallenbad u. Freibad, städt. Kunsteisbahn - Ergänzung durch Einführg. einer Lehrlings-entgeltregelung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 15. 2. 1994 werden die Tarife für die städt. Bäder sowie für die Kunsteisbahn durch Hinzufügen einer Tarifpost für Lehrlinge ergänzt.

Der Zusatz lautet: Lehrlinge werden gegen Vorweis des gültigen Lehrlingspasses hinsichtlich der Entrichtung des

Entgeltes den Schülern gleichgesetzt.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgebrachten Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Hr. Koll. Glanzer bitte.

GEMEINDERAT

JOHANN GLANZER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., werte Damen und Herren des GR! Dieser Antrag ist eigentl. nur deswegen von mir gekommen, weil mir aufgefallen ist, daß im Raum Steyr - wo es ja die pos. Einrichtungen gibt - die Schüler unsere Hallenbäder und unsere öffentl. Anlagen ermäßigt benutzen können. Mir ist auch aufgefallen, daß es Lehrlinge gibt, die es nicht benutzen können. Ich glaube, hier ist eigentl. jeder "darüber gestolpert". Die Lehrlinge in Steyr, die auch die Berufsschule in Steyr besuchen, haben einen Schülerausweis. Damit gelten sie als Schüler. Die Lehrlinge, die außerhalb von Steyr in den Schulen sind, haben keinen Schülerausweis und gelten auch nicht als Schüler. Sie müssen für unsere Anlagen den vollen Eintritt bezahlen.

Da es nicht sehr viele sind, habe ich diesen Antrag gestellt. Ich freue mich, daß er behandelt und

pos. aufgenommen wurde. Es geht ja um keine große Summe! Obwohl gesagt wurde, daß ein Lehrling verdient; aber wie will man das eine regeln, wenn man das andere nicht regeln kann. In Steyr ist ein Lehrling ein Schüler, und ein auswärtiger Lehrling ist kein Schüler.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Auch nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm.! Der letzte Antrag betrifft die Vorlage der Bilanzen für die Stadtwerke 1992. Ich möchte vorweg darauf hinweisen, daß erstmals nach dem neuen Rechnungslegungs-Gesetz diese Bilanzen erstellt wurden.

Die Stadt Steyr hat dann auch im Zusammenhang dieser Erstellung der Jahresbilanzen einen Wirtschaftsprüfer ersucht, diese Vorlage zu überprüfen. Das Ergebnis war, daß grundsätzlich

diese Vorlage und die Darstellung der Bilanzen pos. beurteilt wurden. Es hat einige Anmerkungen gegeben, die aber dann nach Rücksprache mit dem Wirtschaftsprüfer erst für das Jahr 1993 in Frage kommen, weil sie keine steuerrechtl. Auswirkungen haben.

Ich darf ganz kurz auf das Ergebnis der Darstellung eingehen und komme zu den Stadtwerke-Teilbereichen und anschl. zum Steyrer Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr. Bei der Bestattung war ein Verlust von S 156.946,56 zu vermerken; Krematorium und Leichenhalle ein Verlust von S 86.205,43; bei der Kunsteisbahn ein Verlust von S 1.705.044,64; beim Stadtbad ein Verlust von S 6.109.929,91; beim Wasserwerk war es möglich, eine Rücklage von S 2.900.000,-- zu machen und zusätzl. ist auch - wie Sie sicherlich alle wissen - ein Gewinn von S 98.518,93 ausgewiesen.

Das - wie gesagt - war ein kurzer Überblick. Es gibt dann die zweite Vorlage einer Bilanz - nämlich vom Steyrer Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr. Hier hat es so ausgesehen, daß der Verkehrsbetrieb einen Verlust von S 22.785.807,21 erwirtschaftet hat; das Gaswerk einen Gewinn von S 23.102.567,57. Jetzt darf ich noch kurz einen Hinweis auf den

Ihnen ja bekannten Geschäftsbericht machen und auszugsweise daraus zitieren. Ich möchte darauf hinweisen, daß es im Jahr 1992 noch möglich war, trotz dieses Verlustes im Verkehrsbetrieb, den ich vorher genannt habe, aufgrund der Gegenüberstellung des Gewinnes beim Erdgas-Verkauf einen Gewinn von S 317.000 zu vermerken. Daher ist schon deutlich erkennbar, daß die Bestrebungen des Erdgas-Ausbau es der Versorgungsleitungen richtig waren, und ich jetzt im Jahre 1994 auch bei dieser Gelegenheit wiederum auf diesen notwendigen Ausbau der Erdgas-Versorgungsleitungen hinweisen möchte.

Der Gesamtverlust - ich mache jetzt einen kleinen Sprung weiter - ist ja bekanntlich im Jahre 1994 bei etwa 31 Mill. S angelangt. Vorhin, bei einem anderen TOP wurde ja diese Situation vom Koll. Zagler auch kurz gestreift. Ich kann nur davon ausgehen, daß ich zumind. als Ref. - ich hoffe, auch mit der Unterstützung der Mitglieder des Ausschusses f. komm. Betriebe u. Freizeiteinrichtungen - alles daran setzen werde, um doch einen weiteren Ausbau von Erdgas-Versorgungsleitungen u. -einrichtungen in diesem Jahr zu erwirken. Natürl. werden wir im Gegensatz dazu auch die Situation des Verkehrsbetriebes sehr klar und deutlich

durchleuchten und daraus die notwendigen Schlüsse ableiten müssen.

Ich habe ja bereits - nachdem ich gefragt wurde, wie ich zu den Linienführungen stehe - sehr deutl. darauf hingewiesen, daß es aufgrund von Frequenz-Zählungen notwendig sein wird, dort und da Abstriche zu machen. Ich möchte das gar nicht "Einschränkungen" nennen, sondern Regulierungen. Denn ich glaube, daß man durchaus davon ausgehen kann, daß eine eingeführte Verkehrslinie und vor allen Dingen der Takt, der anfänglich eingeführt wurde, nicht festgeschrieben ist, sondern sich nach den Gegebenheiten zu orientieren hat. Daher wird es notwendig sein, im Bereiche von einzelnen Linien - vor allem geht es dabei um Citybus-Linien - den Viertelstundentakt auf einen Halbstundentakt zu verlängern. Noch dazu unter der Voraussetzung, daß wir in diesem Bereich bes. personelle Probleme haben. Es geht nämlich wirklich nicht an, daß - so ist die Situation derzeit - die Autobus-Chauffeure tausende Überstunden machen und auf der anderen Seite teilw. mit einem leeren Bus durch die Gegend fahren. Es ist notwendig, in Richtung Takt etwas zu unternehmen, um Einsparungen zu erzielen; und vor allen Dingen zu verhindern, daß wir den Personalstand ausdehnen müssen und die Situation so

abklären, daß wir mit dem bestehenden Personal auskommen!

Das war ein kurzer Ausflug in die jetzige Zeit, wie sich die Situation im Verkehrsbetrieb darstellt. Aber ich darf zurückkommen zum vorgelegten Antrag, nämlich die Darstellung der Jahresbilanzen 1992. Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung darüber durchzuführen.

26) ÖAG-170/93

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr u. Steyrer Versorgungsbetriebeverbund Gas u. Verkehr;
Vorlage der Jahresbilanzen 1992.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke Steyr v. 23. 11. 1993 werden nach Kenntnisnahme des vom beeideten Wirtschaftsprüfer Mag. Dr. Reinhard Schwarz erstellten Beratungsberichtes die Jahresbilanzen 1992 der Stadtwerke Steyr sowie des Steyrer

Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr genehmigt.

Gleichzeitig wird gem. § 61, Abs. 4 bzw. § 62, Abs. 2, Z1 lit. b und c StS 1992 der Dotation einer Rücklage (freien Rücklage) beim Teilbetrieb Wasserwerk in der Höhe von 2,9 Mill. S zugestimmt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. StR Zagler hat sich als erster zu Wort gemeldet.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren! Roman, Du hast schon erwähnt, daß ich dieses Thema heute schon einmal gestreift habe. Ich werde noch öfter auf die finanzielle Problematik der Stadt zu sprechen kommen. Was natürlich bedrückend ist, ist die Entwicklung der Verlustabdeckungen oder der Verluste gerade aus dem städt. Verkehrsbetrieb, der 1992 noch mit 23 Mill. berechnet war und hier im Abschluß vorliegt. Für 1993 ist er schon auf über 30 Mill. geschätzt, und 1994 wird er ca. 35 Mill. S betragen.

Ich teile auch Deine Sorge, daß dann - wenn man in so einem Verkehrsbetriebeverbund dermaßen rote Zahlen, Verluste schreibt - die Gefahr vorhanden ist, daß Investitionen, die durchaus notwendig sind, nicht durchgeführt werden können. Die Problematik ist hier wieder die Rang- und Reihenfolge; die Problematik liegt vor allem auch dort, daß sich die Investitionen in ein Gas, die wir heute tätigen, erst nach Jahren rechnen. Die Problematik dabei ist wieder: wenn wir von dieser Rechnung ausgehen, müßte man eine Finanzierungsart finden, die das auf die längere Frist auch tut, und damit aus den Erlösen auch

eine Bedienung der Darlehen stattfindet. So ähnlich, wie wir das auch in Garsten gemacht haben.

Klarerweise ist es auch wieder ein Vorgang, der im Budget keinen Niederschlag gefunden hat, der uns zu speziellen Maßnahmen treibt. Eine Maßnahme, die wir hier auf jeden Fall setzen können und auch setzen sollen und die im Kommunalausschuß schon seit vielen Monaten heftig diskutiert wird, ist nicht nur eine - wie Du gesagt hast - Regulierung oder Anpassung der Linienbedienung, der Taktfrequenzen, genauso gut sind organisat. Maßnahmen zur Verbesserung der Kostenstruktur durchaus möglich. Ich denke, auch die Übersiedlung in das Kommunalzentrum wird die Leerfahrten Richtung Münichholz entspr. einschränken. Und letztlich auch - ich muß das sagen, jeder wartet darauf - der Tarif. Wir werden es uns auf Dauer nicht leisten können - vor allem auch in der EU nicht, weil hier das Bestellverfahren bei den öffentl. Verkehrsbetrieben eingeführt werden wird. Erst in dieser Woche ist ein Zeitungsartikel von den Salzburger Stadtwerken drinnen gewesen. D. h., daß der GR bei jeder Linie, bei jeder Leistung, die man dem Verkehrsbetrieb sozusagen anbindet, auch entspr. Zahlungen zu leisten hat.

Eines wird dem GR dann nicht passieren: nämlich beispielsweise

für den Fahrgast, der auf der Linie Kegelpriel im Augenblick fährt; die Zahlen sind hier vorhanden, daß wir 100 S. an Pro-Kopf-Kosten für die Fahrt haben. Das würde - wir haben das im Kommunalausschuß diskutiert - die Vermutung aufkommen lassen, die Koll. Vanek gestellt hat, daß das Taxifahren billiger kommen würde. Ich nehme natürl. an, daß hier dann mehr Leute auf diesen Beförderungsträger umsteigen würden. Aber es ist schon ein Denkanstoß an die Akzeptanz der Linien, und ich bin auch der Meinung, daß man hier die eine oder andere Anpassung machen soll.

Die Zahlen beim Eislaufplatz - der Verlust von etwas über 1 Mill. S. In mir ist die Hoffnung geweckt durch die Zunahme der Erlöse, durch das Ausweiten der Schleiftage, und daß vor allem durch die Zunahme des Eislauf-Publikums hier eine Kostenreduktion bzw. eine Ertragsverbesserung stattfindet, sodaß diese Verlustabdeckung unter die Millionengrenze sinken wird können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Hr. StR Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Reizvoll und lustig wäre es, wenn es nicht so spät wäre, die Bilanz

noch einmal genauer durchzuackern. In den letzten Jahren ist dies schon öfters von mir aus geschehen. Ich tue Ihnen das jetzt nicht mehr an - nicht etwa deshalb, weil ein Beschwichtigungsbericht einer Steuerberatungs-Kanzlei vorliegt, sondern weil ich es schlicht und einfach satt habe. Schlicht und einfach SATT!

Es wird zwar ein Beratungsbericht vorgelegt, der dann so interpretiert wird, als wäre er ein Überprüfungsbericht. Im Bericht selbst steht drinnen, daß er ein Beratungsbericht ohne Bezugnahme als Überprüfungsbericht im Sinne des Handelsrechtes ist. Aber ich glaube, wir müssen ans "Eingemachte" gehen. Das "Eingemachte" sind die Abgänge beim Verkehrsbetrieb - ich komme nur nicht zu den Folgerungen, die Koll. Zagler gemacht hat. Ich komme zu der Folgerung, wenn diese 100 S pro Kopf tatsächlich richtig sind - es spricht eigentl. nichts dagegen bei der schlechten Frequenz auf vielen Linien -, so ist es mir völlig unverständlich, daß man hier Linien eingerichtet hat, obwohl man gewußt hat, daß dort zuwenig Menschen wohnen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Stickler hat das ...

STADTRAT

KARL HOLUB:

Es ist mir unverständlich, daß man dies kritiklos übernommen hat.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Und wer hat die Busse angekauft?

STADTRAT

KARL HOLUB:

Es ist für mich auch nicht ganz logisch, warum man diese Linien eingerichtet hat. Ich nehme an, daß Hr. Stickler deshalb so oft nach Steyr fahren mußte, um uns die unsinnigen Linien einzureden und uns dabei von der richtigen Alternative abbringt - nämlich, die alternativen Verkehrssysteme zu fördern. Damit meine ich jetzt nicht nur im Sinne von Hrn. Gmachmair das Fahrradfahren, weil das ja - wie wir alle wissen - nicht jedem zumutbar ist, sondern auch und gerade vor allem auch die alternativen Sammeltaxis oder Anruf-Taxi-Systeme. Um 100 S den Fahrgast von A nach B zu führen (bei den kurzen Entfernungen in Steyr), macht wirklich jeder Taxler mit Handkuß. Wenn man hier nicht so säumig gewesen wäre in der Vergangenheit, und wenn man hier nicht so fahrlässig mit den Taxi-Unternehmern verhandelt hätte - das betrifft wirklich die Leitung der Stadtwerke - und nur auf ein Pferd gesetzt hätte und mit allen zu einer Vereinbarung gekommen wäre,

dann hätte man diese Misere der Verkehrstarife heute nicht! Man müßte meiner Bitte nicht Folge leisten, daß sich ein Unterausschuß des GR mit den Tarifen auseinandersetzen muß, was ja fraglos zu Verteuerungen führen wird, wenn nicht die Betriebsleitung der Stadtwerke hier echt nachlässig gewesen wäre.

Das Gespräch ist kein Spaziergang, das ist schon klar, wenn man mehrere Interessen vereinen muß. Aber tun müßte man es einmal - und nicht sagen, das war alles so schwierig, und die eine Firma, die in Frage kommt, hat die EDV nicht! Wenn ich mir vorstelle, wir fahren auf mehr als 10 Linien Defizit ein und scheuen uns davor, das EDV-Equipment aufzubringen, das die Taxifahrer benötigen, damit man eine geordnete Abwicklung hat, baut aber in die Linienbusse ein EDV-gestütztes Fahrgast-Erhebungssystem ein, ohne es auszuwerten, dann frage ich nach der Sinnhaftigkeit!

Man wird also nicht nur bei den Einnahmen über die Tarife ansetzen müssen, sondern sehr wohl und vor allem über die internen Abläufe in den Stadtwerken - hier ist allmählich auch bei Roman Eichhübl Handlungsbedarf zu sehen; 3 Jahre sind genug, ich glaube, Roman, jetzt mußt Du wirklich einmal die Ärmel hochkrempeln und hier nach dem Besseren sehen. Auf eines kannst Du Dich

nicht verlassen: von der Direktion der Stadtwerke wird autonom die Verbesserung nicht kommen! Diese Erfahrung haben wir jetzt seit vielen Jahren.

Koll. Zagler hat, glaube ich, schon auch die Überzeugung, daß die Investitionen ins Gaswerk sinnvoll sind. Er hat das nicht ganz so präzise gesagt, aber ich würde wirklich sehr empfehlen, genau beim Gaswerk hier nicht den Hebel anzusetzen - sozusagen: Willst Du mir die Verkehrstarife nicht regulieren, dann darfst Du auch kein Gas mehr verkaufen. Es ist echt kontraproduktiv, eine Investition, die sich in absehbarer Zeit kurz rechnet, deshalb nicht zu machen, weil man einen Verlustträger durch mehr Einnahmen sanieren will. Das ist unlogisch. Ich bitte schon sehr, diese Unlogik nicht weiter fortzuführen. Investieren wir doch in die umweltfreundliche Gasversorgung - nicht nur wegen der Umweltfreundlichkeit, sondern auch, damit wir vermeiden können, daß die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sinnlos in fossile Energien, also erdölgeträgerte Energien und Heizungen, die das verwenden, investieren müssen, weil die Nachinvestition für die Heizungen, die vor 20 oder 25 Jahren einmal gebaut wurden, jetzt fällig sind. Es interessiert den Bürger der Stadt überhaupt nicht, ob die Verkehrsbetriebe ein Defizit einbringen oder nicht;

es interessiert ihn, ob er seine Heizung mit dem umweltfreundlichen und lagergünstigen Erdgas betreiben kann.

Hier müssen wir doch einen gemeinsamen Willen herbeiführen, und da unterstütze ich den Ref. der Stadtwerke voll, weil ich glaube, ihn hier zu kujonieren, ist wirklich eine Dummheit an der Allgemeinheit!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT WALTER STROBL
TRIFFT UM 20.26 UHR EIN.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Im Gegensatz zur Schlagzeile vom Jahre 1992, wo in der Steyrer Zeitung gestanden ist: "Zur Stadtwerkebilanz fiel Gemeinderäten nichts ein!" Ich möchte es nicht so weit kommen lassen und mich heute bei diesem Thema zu Wort melden. Ich glaube, wir haben uns auch damals schon etwas gedacht dabei, aber wir haben den Herren ein wenig Zeit gegeben. Nun sind 2 Jahre vergangen!

Ich möchte auf das Jahr 1992 zurückkommen: "Trotz Hitzewelle wenig Gäste - das Stadtbad ist nicht attraktiv". Man hat vor 2 Jahren schon gewußt, daß die Kästchen und die Kabinen nicht ausgenutzt werden. Man hat von

seiten der Direktion schon verwiesen, daß die Leute sehr viele öffentl. Badeplätze benützen und es an der Zeit wäre, Überlegungen anzustellen. Brauchen wir alle Gebäude für Kästchen, brauchen wir alle Gebäude für Kabinen? Andere Bäder sind attraktiver, weil sie Freiflächen haben, wo die Leute Ballspiele machen können.

Jetzt, glaube ich, ist es wirklich an der Zeit, daß wir uns überlegen, ob wir aus dem Stadtbad ein Museum machen wollen - ein Stadtbad der 50er Jahre, damals das modernste; wollen wir es so beibehalten, dann haben wir eben weniger Gäste und wahrscheinlich noch mehr Defizit; oder wollen wir im Angebot

von Umkleidemöglichkeiten etwas einschränken - die Leute nehmen das heute nicht mehr so an!

Vom Stadtbad möchte ich auf das Hallenbad überleiten. Wir haben am 19. Dez. 1991 in der Zeitung gelesen: "Jetzt sind sich alle einig, Steyr braucht ein neues Hallenbad. Jetzt sind sich alle 4 Parteien einig, die Stadt braucht eines! Der GR faßte einen Grundsatzbeschluß, einen Neubau ins Auge zu fassen." Ich wiederhole - Dez. 1991!

Wir haben im August 1992 in der Kronen Zeitung einen Bericht von Finanz-Stadtrat Zagler gehabt - gemeinsam abgebildet noch mit dem damaligen, mittlerweile in Pension

gegangenen oder in Ruhestand versetzten Betriebsleiter Werner Polesnig. Er hat 120 Mill. S für das Hallenbad gefordert. 6. August 1992!

Jetzt möchte ich auf die Vorwürfe, die an unsere Partei gerichtet sind, antworten. Unser StR Roman Eichhübl hat im Nov. 1992 darauf hingewiesen, daß das Becken im Hallenbad das Wasser nicht halten kann; er hat dies sehr eindrucksvoll zur Schau gestellt. Und er hat auch erklärt, daß irrsinnig viel Wasser entweicht. An die 10 m³ Flüssigkeit sickern tägl. durch die Wände des Beckens. Und was hat er dann kurze Zeit später - am 10. Dez. 1992 - zu lesen bekommen? Hallenbad - Leithenmayr aktiv! Ein Leserbrief vom damaligen Sportref., Hrn. Anton Obrist, jetziger Bgm.-Sekretär.

Hier ist es um die Prioritätenreihung der "Liebkinder" unseres Bürgermeisters gegangen. Er hat ja erklärt, daß es ihm in erster Linie um die Sanierung und den Ausbau des Hallenbades geht; zweitens um die Überdachung der Kunsteisbahn; drittens um die Errichtung einer Bezirkssporthalle. In diesem Leserbrief wird dann darauf hingewiesen, daß es wichtiger gewesen ist, zuerst das Dach zu machen und daß sie es umgedreht haben. Wir haben also eine neue Prioritätenliste: 1) Überdachung der Kunsteisbahn -

das ist, glaube ich, jetzt erledigt. Aber, Hr. Bgm., was ist mit dem 2. Punkt - Sanierung und Ausbau des Hallenbades? Das sind Sie uns schuldig geblieben! Im Dez. 1992 - Ihr Leserbrief!

Es gibt auch Berichte, daß der Bademeister im Hallenbad einen Kescher braucht, um Haarbüschel herauszuholen. Es ist ein techn. Standard dort vorhanden, der zwar nicht "gesundgefährlich" ist, aber - ich glaube - auch nicht gerade anregend für die Badegäste.

Jetzt möchte ich noch einmal auf das Freibad zurückkommen. Voriges Jahr hatten wir schönes Wetter, das Bad in Sierning war geöffnet, die Schanigärten waren alle offen - und das Stadtbad war zu! Ich wünsche mir für heuer - jetzt werden sich alle denken, hoffentlich regnet es, dann hat der Fürweger nicht recht gehabt -, aber ich wünsche mir, daß wir heuer wirklich schauen, wie das Wetter ist und aufsperrn, wenn die ersten Sonnenstrahlen kommen, denn da kommen auch die ersten Schillinge! Es geht ja hier im Grunde um die Finanz.

Im Mai/Juni vorigen Jahres gab es einen Bericht in der Gewerkschafts-Zeitung der Magistrats-Bediensteten, wo sie auf Reinigungsmaschinen hinweisen, die scheinbar aus dem 19. Jahrhundert stammen, und sie fordern **a l l e** verantwortlichen Politiker auf, rasch dafür zu sorgen, daß auch das Stadtbad Steyr vom

baulichen und maschinellen Stand wieder zum Stolz der Stadt Steyr wird. Jetzt sind wir schon soweit, daß es nicht mehr nur die Gäste sind, die unzufrieden sind, nicht mehr nur die Referenten, nicht mehr nur die Besucher, sondern jetzt sind es auch schon die Bediensteten! Ich glaube, das soll uns schon etwas bewußt werden. Jetzt ist wirklich Handlungsbedarf, Hr. Bgm.! Ich verweise auf Innsbruck. Die Stadt Innsbruck ist jetzt fast bankrott, und der Rechnungshof hat sich einmal die Situation der Stadtwerke dort angesehen und schreibt: Den schon vor vielen Jahren ausgesprochenen Empfehlungen des Rechnungshofes, Schwimmbäder und Sauna-Anlagen zu privatisieren, kam die Stadt Innsbruck nicht nach - das war ein Bericht über die Stadtwerke Innsbruck im PROFIL 1993. Ich glaube, wir sollten nicht so lange warten, bis sich der Rechnungshof einmal Steyr ansieht und dann auch uns vorschlägt, Schwimmbäder und Sauna-Anlagen zu privatisieren. Soweit sollten wir es nicht kommen lassen!

Noch kurz zur Sauna. Im Geschäftsbericht ist eine kurze "Episode" darüber: Der Saunabereich hat einen Rückgang von rd. 1.800 Besuchern zu verzeichnen, der damit begründet wird, daß die städt. Sauna gegenüber den Saunen in Privatbetrieben an Attraktivität

eingebüßt hat. Warum hat sie an Attraktivität eingebüßt? Weil sie nicht mehr auf dem letzten Stand ist. Aber es gibt auch Kleinigkeiten. Ich kenne keine Sauna mit einem Ruheraum, wo ein Solarium drinnen ist; wo dann die Leute geschreckt werden durch das Einschmeißen von Münzen und durch das Aufblitzen dieses Lichtes. Man muß schauen, daß es attraktiv wird. Ich glaube, das ist einmal das Wichtigste.

Zur Bestattung. Das Minus bei der Bestattung von S 156.000 ist mir nicht ganz klar. Wir haben einen zweiten Betrieb, einen privaten Betrieb in der Stadt Steyr, der - glaube ich - nicht im Minus ist. Es wäre auch hier zu überlegen, ob man ihn nicht privatisieren kann. Da gibt es Leute, die jetzt schon dort beschäftigt sind. Vielleicht hätten die sogar selbst das Bestreben, diesen Betrieb zu übernehmen. Dann wären wir nicht mehr so belastet damit.

Zu den Verkehrsbetrieben. Hier muß man schon dazu sagen, Hr. Bgm., Sie haben uns im vorigen Jahr 5 Busse gekauft. Dies hat bedeutet, daß wir 7 Busfahrer einstellen mußten. Im Geschäftsbericht ist zu lesen, daß der Personalaufwand des Verkehrsbetriebes im Jahr 1992 gegenüber dem Vorjahr um 6 Mill. S gestiegen ist. Und weil hier von Linien gesprochen wurde, die nicht tragbar sind. Warum haben wir diese Linien eingeführt? Wir haben das nicht

gemacht, es hat Unterschriften-Listen gegeben. Wenn alle Leute, die damals unterschrieben haben, mit dem Bus fahren würden, dann würden auch die Leute drinnen sitzen im Bus! Aber es fährt kein Tennisspieler mit dem Citybus zur Tennisanlage Rottenbrunner.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wenn einer einsteigen will, fährt ihm der Bus vor der Nase weg!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dann müssen wir vielleicht die Linie ändern!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Es ist auch auf das fehlende Marketing-Konzept zu verweisen. Das ist uns ein ganz bes. Anliegen. 3 Jahre lang haben wir das jetzt schon verfolgt, und es ist x-mal zur Sprache gekommen. Ich glaube, der Wille wäre vorhanden, aber das Potential fehlt. Es ist gemein, das jetzt den Direktoren vorzuwerfen. Wir wissen, daß der Personalstand angestiegen ist - wir haben jetzt 60 Busfahrer - aber bei gleichbleibendem Personal in der Verwaltung in der Färbergasse. Ich glaube, dort ist kein Potential. Die Leute schauen schon, daß sie über die Runden kommen. Sie können sich nicht auch noch Gedanken machen, wie sie ein besseres Marketing

machen. Deshalb ist es mir ein Anliegen - es sollte auch unseres sein -, daß es **baldigst** zu einem Marketing- oder Werbekonzept kommt, daß wir ein einheitl. Erscheinungsbild der Verkehrsbetriebe bekommen, wobei ich sagen muß, daß dies nicht nur in den Stadtwerken notwendig ist, sondern im ganzen Magistrat! Wenn ich mir die Schriftstücke ansehe - jedes sieht anders aus. Wir haben uns sogar letztes Mal im Umweltausschuß über ein neues Logo Gedanken gemacht. Wir haben ein Logo für die Stadt - das ist der Steyrer Panther, das Wappen der Stadt. Das soll man sehen - auf den Uniformen der Busfahrer, auf den Autobussen etc.

Und wenn man diesen Fahrern Uniformen zur Verfügung stellt, dann soll man auch schauen, daß sie diese tragen. Dazu haben sie sie bekommen! Ich freue mich jetzt schon, weil ich weiß, daß es im Herbst zu einer Schulung der Busfahrer kommt. Endlich zeigt man auch hier Aktivitäten! Gerade die stehen an vorderster Front, und zwar beim Bürger. Hier ist es ganz wichtig, daß sie sich richtig verhalten und den Betrieb gut verkaufen.

Zur Übersiedlung in die Repa, auch das haben wir heute schon gehört. Das ist ganz dringend notwendig - wir werden bei einem späteren Punkt noch näher darauf eingehen müssen. Die Arbeits-Situation in der Busgarage ist sicher nicht die

beste für das Personal. Und ich wünsche mir auch jetzt schon mehr Information über die Projektierung des komm. Zentrums und mehr Einbeziehung der Bediensteten bei der Planung. Es ist jetzt ganz wichtig, hier bis in die Basis zu gehen und alle Leute zu befragen, was sie sich an ihrem neuen Dienst- und Arbeitsplatz wünschen! Wenn das nur von den oberen Beamten gemacht wird, dann kann ich mir jetzt schon vorstellen, was herauskommt. Man muß auf die Wünsche dieser Leute eingehen! Zusammenfassend ist ganz wichtig in der Zukunft: ein Marketing-Konzept und rascheste Übersiedlung in das kommunale Zentrum. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Hr. Koll. Vanek.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER TRIFFT UM 20.36 UHR EIN.

GEMEINDERAT

MARCO VANEK:

Ich werde es kürzer machen!
Zum Koll. Eichhübl: Ich hoffe, daß wir in einer der nächsten Kommunalausschuß-Sitzungen noch einmal über das Problem "Anruf-Sammel-Taxi" sprechen; weil wir ja gesehen haben, daß es aufgrund der geringen

Auslastungszahlen einmal sinnvoll wäre, auch über alternative Verkehrsmittel zu reden, die jene Regionen anfahren, wo ein Bus sinnlos ist, weil die Anzahl der Bewohner zu niedrig ist.

Noch einmal zu den Fahrgastzahlen: Wir sehen schön langsam den Schlamassel, in dem wir stecken. Es gibt einerseits Investitionen im Bereich des Individualverkehrs, sprich Straßenbau, und andererseits glücklicherweise auch Investitionen im öffentl. Bereich. Je attraktiver der PKW-Verkehr wird, umso weniger attraktiv wird der öffentl. Verkehr - auch wenn er gefördert wird. Deshalb bin ich für Maßnahmen im Stadtzentrum. D. h. einerseits - das habe ich heute schon einmal gesagt - Reduzierung der Parkflächen, weil es dann irgendwie schwieriger wird, Parkplätze zu finden, und man dann viel leichter in den öffentl. Bus umsteigt.

Zum Gas. Ich bin auch dafür, daß die Investitionen ins Gasnetz gemacht werden sollen. Einerseits ist es eine sinnvolle Investition und andererseits denke ich mir, daß genügend Geld hereinkommt, das dann auch für die Abdeckung des öffentl. Verkehrs verwendet werden kann. Ich weiß, daß man Gas sofort verwendet - darum bin ich dafür - und vielleicht erst nach einem Jahr bezahlt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Koll. Bremm.

GEMEINDERAT

GERHARD BREMM:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist schon eigenartig hier herinnen. Ich würde vielleicht in Richtung FPÖ empfehlen, nicht getrennte Fraktions-Sitzungen zu machen, sondern gemeinsame. Dem GR wäre schon gedient damit; denn das, was Koll. Fürweger angeführt hat, geht nicht an die Adresse anderer - Roman, Du bist schon der Referent! Du kannst Dich nicht auf dieses "Sessler" sitzen und tun, daß Du der Stadtrat bist, aber keine pol. Verantwortung trägst.

Wenn ich mich richtig erinnere - dem kannst Du Dich nicht entziehen, lieber Roman -, warst Du derjenige, der gesagt hat "Hallenbad nicht" - das wird immer wieder aufgewärmt, darum betone ich es. Das sollte nicht immer umgedreht werden. Ich glaube, das sollten wir jetzt einmal vergessen und abschließen.

Nun noch zu einem Punkt, der ebenfalls angeschnitten wurde: zur Situation "Stadtbad". Wir haben dieses Thema auch schon im Ausschuß f. komm. Betriebe behandelt. Ich habe dort angeregt, eine Analyse des derzeitigen Zustandes vorzunehmen und zu versuchen, Verbesserungen zu machen. Du

bist der pol. Referent, und es ist nicht verboten, daß der zuständige pol Ref. hier einmal den Auftrag an die Beamten gibt, zu erarbeiten, was man tun kann und was man nicht tun kann! Immer nur an andere abschieben und alles müßte jemand anderer machen - lieber Roman, ich glaube, jetzt nach drei Jahren ist es an der Zeit, daß Du auch einmal etwas sagst. Was hast Du getan? Die Zeitungsausschnitte über das Geld für das Hallenbad? Es ist auch der FPÖ nicht verboten, Mittel für die Sanierung des Hallenbades aufzutreiben, um hier etwas zustande zu bringen! Du bist schon der zuständige Referent!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übergebe den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik, um mich selbst an der Diskussion beteiligen zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Eigentlich wollte ich mich bei diesem Thema nicht zu Wort melden. Aber es wird ja immer wieder provoziert - Koll. Bremm hat das schon angeführt. Hr. Koll. Fürweger, es ist natürl. richtig.

Sie zitieren Eichhübl richtig im Dez. 1991. Alle sind für das Hallenbad. Dort fängt jedoch diese "Story" nicht an, diese unendliche Geschichte! Sie müßten auch vom Sommer 1991 zitieren - "Hallenbad: 1.200 Unterschriften dagegen!" Eingesammelt vom Koll. Eichhübl! Er muß sich das schon überlegen: Einmal hat er alle Hände voll zu tun, um den Eimer zu halten, weil das Wasser unten durchrinnt; und einmal hat er alle Hände voll zu tun, um Unterschriften gegen dieses Hallenbad zu sammeln - und das innerhalb von einem halben Jahr! Ich muß schon sagen, daß man Glaubwürdigkeit damit nicht erwerben kann. Ich möchte jedenfalls für mich als Sportref. in Anspruch nehmen, daß ich versucht habe, eine Reihung vorzunehmen. Erstes Projekt, Priorität I: Bad-Sanierung - das habe ich im Frühling 1991 hier vorgeschlagen, an diesem Pult! Zweites Projekt: Dach über die Kunsteisbahn. Drittes Projekt: Mehrzweckhalle.

Der große Schrei des Koll. Eichhübl war: "Die Bad-Sanierung ist ein Prestige-Projekt Leithenmayrs"! Damals war man dagegen, jetzt ist man dafür. Da hat man schon verzögert. Das muß ich sagen, denn das Projekt ist damals schon vorgelegen.

Ich habe mich dann gefreut, als wir uns geeinigt haben - im Dez. 1991; es hat mich ja gewundert, daß das so schnell gegangen ist.

Das spricht für den Koll. Eichhübl; er ist unten durchgegangen. Ich habe damals zu ihm gesagt: "Schau Dir das einmal an, dann werden wir sehen, ob Du in der Periode, wo Du zuständig bist, das Bad zusperren möchtest!" Du hast erkannt, daß das Bad saniert werden muß - dann waren wir uns einig! Ich habe mich gefreut und mich bemüht, unser Hallenbad in das Bäder-Sanierungsprojekt des Landes einzubringen. Wir sind am 8. Platz gelandet, obwohl es damals schon an die 60 Vormerkungen für die Bädersonierung gegeben hat. Das habe ich zumind. getan. Ich habe mich auch bemüht - als die Kosten zu hoch waren und die Landesregierung signalisiert hat, das nicht zu finanzieren -, daß man einen neuen Ansatz findet. Ich habe vereinbart, daß wir uns Spittal/Pyhrn ansehen. Da warst Du ebenfalls drinnen, lieber Roman, und auch die Stadtwerke-Direktoren. Wir haben uns das angesehen und eine Planung machen lassen. Diese war wieder nicht billiger, sie war teurer! Dann haben wir die Planung billiger gemacht und mit unseren guten Beziehungen deponiert, um sie beim Landessportdir. in die Budget-Verhandlungen für das heurige Jahr hineinzubringen - das ist auch noch gelungen.

Jetzt - im Dez. - haben sie (Hr. LH-Stv. Hochmair u. der Hr. Landessportdir.) uns geschrieben, daß wir noch

Unterlagen beibringen müssen. Daraufhin haben wir wieder unsere Bauabteilung aufgefordert, diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

In diesem ganzen "Spielchen" hast Du eher keine sehr große Rolle gespielt! Ich habe mich sehr bemüht, und wir bemühen uns weiter! Heute habe ich z. B. mit Hrn. Ministerialrat Hinum - das ist ein Mensch, der Dir wahrscheinlich nicht bekannt sein wird - versucht, für das Bad Finanzierungsanteile und Förderungen zu bekommen. So sieht das aus, lieber Roman! Du kannst gerne auch aktiv werden. Ich würde mich sehr freuen, wenn Du dafür Geld herbringst. Ich habe auch keine Busse gekauft, Hr. Koll. Fürweger! Der GR hat beschlossen - über Empfehlung, solche Linien einzuführen, wie es der Verkehrsexperte ...

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bgm., die waren schon gekauft!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Bürgermeister kann 10.000 Schilling ausgeben! Der GR hat das beschlossen. Du kannst Dich nicht - vor zwei Stunden - hier herstellen und laut davon reden, daß der öffentl. Verkehr Priorität haben soll und daß die lieben Kollegen des GR das nicht vergessen sollen! Wenn wir diese

Priorität umsetzen, indem wir Linien, dem Verkehrsplaner entsprechend, ausbauen (jede Linie abgesegnet von ihm!), dann kannst Du das nicht so hin- und herdrehen und dann ist es unfair, das so zu diskutieren.

Noch etwas - das Marketingkonzept. Am 13. März d. Jahres 1993 habe ich nach Rücksprache mit allen Fraktionsvorsitzenden schriftlich angewiesen, daß man so ein Marketingkonzept besorgt. Ich habe Dich schon dreimal angemahnt - auch hier im GR! Was ist denn damit? Beschäftige Dich damit, lieber Freund! Ich weiß, daß man es nicht selber machen kann; es soll beauftragt werden. Das war die Meinung der Fraktionsvorsitzenden - einhelliger Beschluß! Weißt Du, wo dieses Konzept ist? Wurde es wo in Auftrag gegeben? Wie sieht es aus? Wann bekommen wir es als Bericht? So sehen die Dinge aus und damit sollten wir uns beschäftigen!

Schulung der Fahrer - darüber freut man sich! Natürl. ist das gut, aber wie schwierig es war, einen Experten für die Mitarbeiter-Fortbildung aufzunehmen, und wer dagegen war - da muß man nicht lange zurückdenken!

Planung Kommunalzentrum - diese haben wir in einer Art und Weise vorgenommen, wie es bisher noch nicht war. Wir haben eine Projektgruppe eingesetzt. Alle Abteilungen wirken mit, und wir werden uns sehr

bemühen, daß es über die Bühne geht. Hier ist nicht der Magistrat schuld; in diesem Fall sind die Steyr-Werke schuld, die nicht in der Lage waren und sind, die Verträge einzuhalten. Damit werden wir uns leider noch zu beschäftigen haben.

Beim Gasnetz-Ausbau bin ich auch der Meinung, daß es geschehen soll. Wir waren nur der Meinung, daß wir uns auch selbst Finanzierungsmittel besorgen sollten. Die Vorschläge sind nicht neu, sie wurden x-mal im Ausschuß gebracht und an Dich herangetragen. Wir sollten uns im Zuge einer Aktion bemühen, nachzurüsten und dort, wo wir mit dem Gas schon sind, Einnahmen zu erzielen. Mit diesen Einnahmen sollten wir den weiteren Ausbau des Gasnetzes betreiben. Wir haben ja immerhin zugesagt und versprochen, daß wir es in der Waldrandsiedlung realisieren. Ich bin auch der Meinung, daß es in den Gemeinden, wie in Garsten, geschehen kann; allerdings nur, wenn diese Finanzierungskosten übernommen werden. Aber wir haben ja Modell-Beispiele. Ich möchte schon bitten, auch das einmal zu beherzigen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Zu Hrn. GR Bremm und zu Hrn. Bgm.! Wenn Hr. StR Eichhübl im Sommer 1991 etwas macht, und die Wahlen sind im Herbst 1991, dann sagt das schon alles. Wenn wir nach den Wahlen alle - lt. Zeitungsberichten und lt. Protokoll - für das Hallenbad sind, dann möchte ich einmal, daß man von dem aufhört, was im Sommer 1991 war.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich verstehe das nicht!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Zu Ihren Citybussen, Hr. Bgm. Es stimmt nicht! Am Di., den 2. Februar 1993, stand es in den Oö. Nachrichten: "Die Investitionen sind nicht gering. Wir brauchen zusätzl. 5 Citybusse um 6,5 Mill. S und 7 Lenker", erklärte gestern Bgm. Hermann Leithenmayr. "Überlegt wird auch eine Citybus-Linie durch die Neuschönau. Finanziert sollen die Aufwendungen für den öffentl. Verkehr vorwiegend aus den Parkgebühren werden, die im Sommer, spätestens mit 1. 9. eingeführt werden. Schätzungsweise sollen in den Automaten jährl. 6 Mill. landen. Die Stadt nimmt eine neg. Einnahmen-Entwicklung bei den Verkehrsbetrieben in Kauf, um die Bevölkerung zum Umsteigen in die Busse zu bewegen. Heuer (das ist datiert 1993) werden

nur noch 48 % Deckungsgrad erwartet."

Bitte, das sind Ihre Aussagen, Hr. Bgm.! Ich verstehe nicht, daß Sie sagen, wir hätten das gemacht. Sie haben die Gremien nicht beschäftigt. Im Verkehrsausschuß und im Kommunalausschuß ist über die Einführung Ihrer Verkehrslinien nicht diskutiert worden. Wir haben uns vor den Wahlen sehr eingesetzt für die Beschaffung von Citybussen. Das hat aber nichts mit neuen Linien zu tun. Wir haben uns gedacht, Citybusse brauchen wir deswegen, um die großen Autobusse vom Stadtplatz wegzubekommen. Es ist nämlich so, daß jetzt noch immer vor einem der ältesten Bauwerke unserer Stadt, dem Bummerlhaus, die großen Busse stehen. Das wollten wir nicht!

Auch zu den großen Bussen ist etwas zu sagen. Wir haben jetzt einen Kilometerpreis von 38 S, obwohl die kleinen Busse lt. Geschäftsbericht abends schon eingesetzt werden, um die großen zu ersetzen. Aber es ist eben so, daß die großen Busse jetzt schon 700.000 km oben haben, und somit ein hoher Treibstoff-Verbrauch gegeben ist. Wir sind schon 3 Jahre hinten mit der Nachbeschaffung von neuen großen Bussen. Vor zwei Jahren hätten wir drei Busse kaufen müssen, voriges Jahr drei Busse und jetzt wieder. Wir haben aber keinen angekauft. In

der Zukunft werden wir einen großen Brocken brauchen für die Nachbeschaffung der großen Busse. Das ist die Realität, Hr. Bgm.!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bgm. zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile nun Hrn. StR Zagler das Wort.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ganz kurz, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor die Diskussion wirklich ins sportlich total Wertlose abgeleitet. Lieber Günter Fürweger, Du wirst die Haltung von Roman Eichhübl vor und nach der Wahl nicht wegdiskutieren können; und Du wirst es nicht wegdiskutieren können, daß klarerweise die Vorschläge für den Citybus-Ankauf und für die Linien, die zu schaffen waren, von Bgm. Leithenmayr gekommen sind, daß aber jede Anschaffung - klarerweise - über dieses Gremium gelaufen ist. Das ist damals mit Begeisterung von allen angenommen worden. Und es ist auch nicht wegzudiskutieren, daß wir uns dazu bekennen, daß dadurch mehr Defizit in den Verkehrsbetrieben vorhanden

ist. Ich habe das heute schon mehrfach erwähnt - 23 Mill., 31 Mill., 35 Mill. S. D. h. aber nicht, daß die ursprüngl. unter 21 Mill. S von uns nicht mehr zu finanzieren sind. Die Mehrkosten und die Basiskosten muß man hier auseinander halten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten. Sachlich, Roman, sachlich!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bin ich immer!

Meine Damen und Herren des GR, es wäre jetzt sehr verlockend, ein langes Schlußwort zu absolvieren, aber ich werde mich kurz halten. Sie haben sicherlich Verständnis dafür, daß ich auf ein paar Punkte eingehe.

Ich muß damit beginnen, daß es mich eigentl. ehrt, daß ich es damals als einzelner Gemeinde-Mandatar in der Hand gehabt habe, ob das Hallenbad saniert wird oder nicht! Nachträglich betrachtet freue ich mich darüber, Hr. Bgm., obwohl es ein alter "Käse" ist, von dem Ihr immer wieder redet. Koll. Bremm fängt auch damit an; klarerweise fällt ihm nichts anderes ein, denn jetzt hat er ja andere Sorgen mit der Betriebsratswahl. Er spricht gleich von einem Spendenaufruf. Ich weiß nicht, habe ich ihn

richtig verstanden - jetzt ist er so vertieft, daß er mir gar nicht zuhört. Ich kann schon verstehen, daß er heute bei seiner Wortmeldung nicht bes. stark auftreten konnte, weil er natürl. ...

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

...weil er natürl. Probleme hat im Zusammenhang seiner Betriebsratswahl - Gerhard, hör Dir nachher das Tonband an, dann weißt Du, was ich gesagt habe. Ich kann das verstehen, daß Du heute eine Wortmeldung abgegeben hast, die kaum verständlich war. Aber als ich so in die Runde geschaut habe, ist es nicht nur mir so gegangen, sondern auch den anderen Kollegen im GR! Aber ich komme gerne dem Spendenaufruf nach. Ihr habt ja ziemlich viel Geld in der Kassa, habe ich gehört. Könntest Du nicht ein paar Millionen locker machen, um einen Beitrag zu leisten und nicht nur sehr groß zu reden hier draußen. Aber wir werden ja noch sehen, was tatsächlich herauskommt, und ob das einmal vergleichbar ist, was ich ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Sache, bitte! Zur Sache, Hr. Kollege! Betriebsratswahlen spielen sich woanders ab!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

... geleistet habe und was Du bisher in Deiner Tätigkeit als GR geleistet hast!

Hr. Bgm., was die Hallenbad-Sanierung betrifft, hast Du vorher von Glaubwürdigkeit gesprochen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das ist richtig!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf Dir wirklich sehr deutlich sagen, daß es damals bei dieser Unterschriften-Aktion darum gegangen ist, ob das Hallenbad saniert oder neu gebaut wird. Aber - wie gesagt - ich verstehe schon, daß man sich hier in irgendeiner Form hinausreden möchte.

Aber die Einreichung des Projektes war ja auch sehr interessant! Das war sehr interessant! Wie ist denn die Einreichung dieses Projektes vor sich gegangen? Ich kann mich nicht erinnern, daß sich jemals auch nur ein Gremium in einigen Sätzen damit befaßt hat, welches Projekt - nämlich das von Berndorf-Bäderbau oder das vom Team M - eingereicht wird. Wenn Du davon redest, daß ich in dieser Angelegenheit unglaublich bin, so bin ich jederzeit gerne in der Lage, den gesamten Schriftverkehr dem GR heute hier vorzutragen, den ich

im Zusammenhang dieser Sanierung des Hallenbades bereits gemacht habe; auch Besuche und Gespräche kann ich jederzeit nachweisen, die ich in diesem Zusammenhang absolviert und geführt habe.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ergebnisse bitte! Ergebnisse würden mich interessieren!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe ja vorhin bei einer anderen Gelegenheit sehr deutl. darauf hingewiesen, daß es mich schon sehr verwundert, wenn Hr. Landesrat Fritz Hochmair schreibt, daß ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Landeshauptmann-Stellvertreter!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

... daß bereits sein Vorgänger vor geraumer Zeit darauf hingewiesen hat, daß Unterlagen fehlen, um zu beurteilen, ob tatsächlich dieses Projekt "Bädersanierung" für die Stadt Steyr förderungswürdig ist oder nicht! Ich glaube, das stärkt auch nicht Deine Glaubwürdigkeit. Das muß ich ganz deutlich sagen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Muß ich sie bringen oder bist Du Referent?

Ich mache ihm seine Arbeit, und er wirft mir vor, daß ich keine Unterlagen zur Verfügung stelle! Du bist wirklich der Beste!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe nicht vor, den GR bes. lange aufzuhalten - aufgrund der fortgeschrittenen Stunde. Es wird ja noch Gelegenheit geben, darüber zu diskutieren.

Ich darf aber noch auf eines zurückkommen und darauf hinweisen, daß im Bereiche der Erdgas-Versorgung ein weiterer Vorstoß im komm. Betriebsausschuß vereinbart wurde - nämlich ein Investitions-Vorhaben von insges. 11 Mill. S, also ein verkürztes Vorhaben, ursprüngl. waren es ja 15,4 Millionen, an das Budget des Sparkassen-Verkaufes und an das Vergabegremium heranzutragen. Koll. Vanek hat heute hier - zwar etwas verspätet - bekundet, daß er sehr wohl für den weiteren Erdgas-Ausbau und für weitere Erdgas-Anschlüsse eintritt. Nur ist es leider um ein paar Monate zu spät. Bei der Budget-Sitzung hat er nämlich dagegen gestimmt. Auch alle anderen Mandatäre, die heute hier erklärt haben, daß sie sehr wohl für den Ausbau des Erdgases - aus Umweltgründen oder aus welchen Gründen auch immer -

sind. Damals haben sie in diesem Raum das Vorhaben abgelehnt!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Dein Betrieb muß etwas leisten! Nicht immer nur nehmen - Nehmen ist leichter als Geben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Cash-Flow!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Koll. Holub hat, glaube ich, ...

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich möchte dazu sagen, daß es immer so war. Das sind ja nicht die Sünden von heute, die wir bezahlen!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ja genau der "Trick 17"! Wir sind ja unter ... uns Frauen - hätte ich schon beinahe gesagt, lieber Koll. Zagler!

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist nämlich wirklich eine "Waschweiber-Mentalität", wenn man hier so eine billige Argumentation vorbringt. Das ist doch eine Situation, die nicht von heute auf morgen entstanden ist und nicht unter Zeiten des Ref. Eichhübl, sondern bereits - wie

Koll. Holub richtigerweise gesagt hat - seit Jahren gewachsen ist. Plötzlich kommt man darauf, daß das nicht funktioniert. Es ist ja wirklich sehr interessant - das habe ich von dieser Stelle aus auch des öfteren bekundet.

Ich kann mich an stundenlange Diskussionen erinnern, wo es um die Stadtwerke gegangen ist; wo Koll. Zagler und auch andere Mandatäre, die jetzt so über die Betriebsleitung und über die beiden hier anwesenden Herren schimpfen, diese belobigt haben. Das möchte ich auch einmal sagen. Heute wundert es mich ja, Koll. Zagler, denn heute sind sie anwesend. Da hast Du Dich eher zurückgehalten, was sonst nicht Deine Art ist. Aber wir werden ja noch öfter darüber reden können.

Meine Damen und Herren des GR, an sich geht es um die Vorlage der Bilanzen 1992. Aber Sie werden sicherlich Verständnis dafür gehabt haben, daß ich auf einige Anfragen geantwortet habe. Ich kann Ihnen nur versichern, daß ich sehr wohl bemerkt habe, daß Sie bereit sind, meinen Intentionen zu folgen, was die Erdgas-Anschlüsse betrifft; ich freue mich schon, wenn Sie dann im Vergabegremium die Hand heben, und wir tatsächlich zu weiteren Erdgas-Anschlüssen kommen und dann auch zu einer Verbesserung im Gesamtbetrieb Verkehrsverbund.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Aber zuerst eine Leistung von Dir; das brauchen wir schon! Nicht nur Geschenke empfangen!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Koll. Zagler, ich weiß nicht - muß ich jetzt wieder von vorne beginnen? Es scheint, Du begreifst das nicht!

Gelächter

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Er scheint es wirklich nicht zu begreifen! Jetzt habe ich immer geglaubt, er ist ein Lehrer. Aber schön langsam entwickelt er sich zum Schüler, und ich bin der Lehrer. Es ist eigenartig!

Es ist wirklich sehr interessant! Da hat jemand geglaubt, Koll. Holub hat das gesagt, daß Dr. Stickler derjenige war, der diese Verkehrslinien im öffentl. Verkehrsbereich vorgeschlagen hat. Das dürfte ein Mißverständnis sein, denn hier hat es tatsächlich Unterschriften-Aktionen gegeben, die ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Auch!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

... die von seiten der SPÖ initiiert worden sind. Ich bekenne mich auch dazu! Auch ich habe mich

bereit erklärt, diesen weiteren Aufschließungs-Maßnahmen im öffentl. Verkehr die Zustimmung zu geben. Ich bekenne mich dazu! Nur erwarte ich von jenen - Hr. Bgm., da gehörst Du auch dazu, denn es war wirklich so, daß die Busse von Dir angekauft wurden. Und erst nach Deiner Willenserklärung hat sich der GR damit beschäftigt. Ich bekenne mich dazu! Selbstverständlich war ich auch mit dabei. Nur erwarte ich umgekehrt von allen anderen, daß sie sich auch dazu bekennen und nicht einfach dem Ref. die Schuld zuweisen, daß der Verkehrsbetrieb plötzl. 31 Mill. S Schulden hat. So werde ich das sicherlich nicht zur Kenntnis nehmen! Das sage ich mit aller Deutlichkeit hier. Ich bin gerne bereit, diese Sache weiter in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag 26) in der vorliegenden Form zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich gratuliere, Hr. Kollege.

Nächster Berichterstatter ist Stadtrat Karl Holub. Ich bitte um die Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARL HOLUB:

Zwei Anträge - in aller gebotenen Kürze. Für das APT geht die Aufrüstung des Schwesternrufes in den Pflegeabteilungen weiter. Ich bitte um 2,5 Mill. S, damit das auch geschehen kann.

27) Bau5-4177/86

AP Tabor; Weiterführung
des Schwesternrufes in d.
Pflegeabteilungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 25. 1. 1994 wird der Freigabe für die im Jahr 1994 durchzuführende 2. Bauetappe zur Installierung des Schwesternrufes im APT in Höhe von 2,5 Mill. S zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 2.500.000,--

bei VSt. 5/4200/043100.8
freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird eine Wortmeldung gewünscht? Hr. Koll. Fürweger.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Im letzten GR habe ich angesprochen, daß es notwendig wäre, eine Sitzung einzuberufen. Wir stehen jetzt vor der Situation, daß es ziemlich lange aus ist, seit der letzte Ausschuß stattgefunden hat. Laut Sitzungsplan für das 1. Halbjahr 1994 hätte die Ausschuß-Sitzung am Di, den 8. März 1994, sein

sollen. Wir haben am 15. Feb. 1994 eine Einladung für 7. März erhalten - also nicht für 8. März. Warum das so war, ist mir ein Rätsel.

Eine Woche später, am 25. Feb., erhalten wir eine Einladung, es geht am 7. März nicht, denn da ist der Finanz- und Rechtsausschuß. Das hätte man eigentl. aus dem Sitzungsplan herauslesen können. Deswegen muß man jetzt den Ausschuß auf 14. März verschieben.

Ich bitte um Klärung, warum es hier jetzt 5 Monate keinen Ausschuß gegeben hat!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Herr Referent, kann man das erklären?

STADTRAT

KARL HOLUB:

Erklären kann man es sicher, ob es verstanden wird, ist die andere Frage!

Gelächter

STADTRAT

KARL HOLUB:

Seit fünf Monaten hat es keine Sitzung gegeben - sehr aufmerksam; Sie werden sicher recht haben. Im Dez. habe ich Ihnen erklärt, warum es bis Dez. keine Sitzung gegeben hat. Der Sitzungsplan ist vorgelegen. Es hat zwei Termin-Kollisionen gegeben; eine war bei mir

verursacht - das war die erste. Die zweite war durch den Bgm. verursacht. Das sind die Erklärungen. Es ist doch so, daß wir zum einen weitreichende Entscheidungen - insbes. in der personellen Hinsicht - zu treffen haben, sodaß ich glaube, daß es durchaus richtig ist, den Bgm. beim Ausschuß dabei zu haben. Zum anderen hat es zusätzl. gegolten, mit der VAMED einen Termin abzustimmen.

Ich glaube, ich muß jetzt nicht die VAMED-Geschichte auch noch erzählen, oder?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bitte! Das wäre schon gut!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich weiß ja nicht, wie weit Ihr in der Fraktion darüber abgestimmt seid, was früher war! Koll. Fürweger hat ja einen Informations-Nachteil; er war ja früher nicht im APT-Ausschuß, und so durchgängig dürfte nicht alles abgelaufen sein in der Wachablöse.

Jedenfalls bitte ich um Kenntnisnahme der Einladung für den jetzt vorliegenden Termin, auch Befolgung derselben und dort um konstruktive Mitarbeit, wenn wir mit der VAMED diskutieren müssen über die Umsetzung der Studie, die sehr, sehr viel Geld gekostet hat! Jetzt geht es aber um den Schwesternruf - dieser

war außer Streit. Nur einen Ausschuß einzuberufen, damit ich Dinge, die nicht in Diskussion stehen, noch einmal berate, da ist es mir leid um Ihre Zeit!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für diese Erklärungen. Ich kann nur sagen, daß ich beim kommenden Termin so meine "liebe Not" habe!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Da gibt es vorher eine Installation dieser "ESPORA", dieser Personalvermittlungs-Gesellschaft; hinterher eine Stadtfest-Besprechung, die ich einberufen habe. Beim einen soll ich eine Eröffnungsrede halten, beim anderen habe ich selbst eingeladen und dazwischen - genau um 16 Uhr - kommt der APT-Ausschuß! Wenn dieser so wichtig ist, muß ich mich vertreten lassen. Ich sag's nur!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wir lassen uns überraschen, wer wo durch wen vertreten wird; aber ich glaube, diesen Termin sollten wir wirklich einmal machen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja nichts dagegen!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Fein!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das andere war ja ein Unterausschuß - Tarife! Das haben wir ja durchaus praktiziert - sehr erfolgreich, muß ich sagen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Einstimmiger Beschluß.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Der Tourismusverband hat 1,4 Mill. S Förderung zugesagt bekommen. Er bittet um Freigabe in der Form, daß er zunächst im März 500.000 S ausbezahlt bekommt und jedes weitere Monat 100.000 S.

Ich bitte um Annahme!

28) Fin-23/94

Tourismusverband Steyr;
Jahressubvention 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bgm. vom 1. 2. 1994 soll dem Tourismusverband Steyr für das Budgetjahr 1994 eine einmalige, nicht rückzahlbare, ao. Subvention in Höhe

von 1,4 Mill. S für den laufenden Betrieb gewährt werden.

Zum genannten Zweck wird eine Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 1.400.000,--

bei der VAST. 1/7710/757000.0 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Holub. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Ing. Schloßgangl.

Ich übergebe den Vorsitz an Koll. Vbgm. Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Hrn. StR Schloßgangl das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der erste Antrag betrifft die Kanalisation Unterhimmel und den Kanalanschluß Styria.

29) Bau6-166/93

Kanalisation Unterhimmel
und Kanalanschluß Styria;
Endabrechnung; Auftrags-

erweiterung und Entschädigungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß v. 22. 4. 1993 wurde im Zusammenhang mit der Errichtung von Wohnbauten der Styria am Christkindlweg der Auftrag über die Herstellung der erforderlichen Kanalisation (Christkindlweg und Unterhimmel) an die Fa. Negrelli, Steyr, in Höhe von 1.454.701,25 excl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III vom 17. 1. 1994 wird nunmehr für die Endabrechnung im Kanalbau einer nachträglichen Erweiterung des Auftrages, bedingt durch zusätzl. Sicherungsmaßnahmen und Massenerhöhungen, in Höhe von

S 283.000,-- (excl. MWSt.)

auf gesamt S 1.739.000,-- excl. MWSt. zugestimmt. Die Begründung für diese Erhöhung ist im Amtsbericht näher festgehalten.

Weiters wird der im Amtsbericht angeführten fischereilichen Entschädigung an Hrn. Bmst. DI Rudolf Weidinger in Höhe von S 10.649,17 excl. MWSt. sowie den Flur- und Servitutsentschädigungen für Liegenschaftseigentümer bzw. Pächter in Höhe von S 2.831,-- excl. MWSt. zugestimmt.

Die in Summe noch erforderlichen Mittel in Höhe von

S 297.000,-- excl. MWSt.

werden bei VSt.
5/8110/004150.7 im Wege einer
Kreditübertragung von VSt.
5/8110/004000.4 freigegeben.
Wegen Dringlichkeit wird der
Mag. Steyr gem. § 47 Abs. 5 des
Statutes der Stadt Steyr zum
sofortigen Vollzug dieses
Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht das Wort dazu?
Niemand. Stimmen wir ab. Wer
dem zustimmt, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand. Danke.
Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine.
Nächster Punkt.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Punkt betrifft die
Verbindungsstraße zw. der B 115
und der Dukartstraße.

30) Bau4-410/91

Erklärung d. Verbindungs-
straße zw. d. B 115 und der
Dukartstr. zur Gemeindestr.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Die Verordnung betreffend die
neue Straßenverbindung zw. der
B 115 und der Dukartstraße wird
genehmigt.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wer
dem zustimmt, den bitte ich um
ein Zeichen mit der Hand. Danke.
Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine.
Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im Zuge der Errichtung des
Objektes Haratzmüllerstraße 35
wurde über Wunsch der
Stadtgemeinde ein Durchgang
von der Haratzmüllerstr. zum
Ennskai im Zusammenhang mit
dem Wohnbauvorhaben der GWG
der Stadt Steyr errichtet.

31) Bau5-5340/90

Errichtg. eines Durchgan-
ges beim Haus Steyr, Ha-
ratzmüllerstraße 35.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
GB III/FA Hochbau vom 10. 2.
1994 wird dem Vorschlag zur
Finanzierung im Zusammenhang
mit der Errichtung eines
Durchganges beim Objekt
Haratzmüllerstraße 35
zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden Mittel
im Ausmaß von

S 500.000,--

bei VSt. 5/6120/002260.7
freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Hr. Dr. Pfeil
bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Durchgang scheint auch in Steyr nicht gleich Durchgang zu sein. Ich erinnere an den Durchgang in der Haratzmüllerstraße unweit davon, wo vor einiger Zeit hier noch gesagt worden ist, daß man dort keinen Bedarf für einen weiteren Durchgang hat; den hat man geschlossen und vermietet bzw. verpachtet. Jetzt, unweit davon, wird ein neuer Durchgang errichtet.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine weiteren Wortmeldungen liegen vor. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Enthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Einstimmig - nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag beinhaltet Baumaßnahmen in Steyrdorf, 3. Teil - Kanal- und Straßenbau.

32) Bau6-6672/92

Bau3-7370/92

Baumaßnahmen Steyrdorf

3. Teil; Kanal-, Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten;

Mittelfreigabe 1994.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit den Tiefbaumaßnahmen der Fußgängerzone Steyrdorf wurden

vom GR am 4. März 1993 folgende Aufträge an die Firmen Ploir & Hörmann, Marchtrenk, und die ARGE LSH Fischer und Zwettler, Steyr, vergeben:

1. Kanalbau: S 8,368.855,-- excl. MWSt.; 2. Straßenbau u. Beleuchtung: S 2,980.885,-- inkl. MWSt.; 3. Plattenverlegung und Pflasterung: S 5,758.569,-- inkl. MWSt.

Als Bauquoten wurden für das Rechnungsjahr 1993 im Kanalbau Mittel in Höhe von S 4,800.000,-- excl. MWSt., für den Straßenbau und die Pflasterungen in Höhe von S 4,200.000,-- inkl. MWSt. freigegeben. Mit GR-Beschluß vom 2. 12. 1993 wurden in Verbindung mit dem gleichzeitigen Ausbau der Schuhbodengasse sowie der Änderung der Pflasteroberflächen die folgenden Zusatzaufträge vergeben:

1. Fa. Appinger GesmbH, Hirtenberg: S 1,973.000,-- incl. MWSt. bei gleichzeitiger Verminderung des Auftrages der ARGE LSH Fischer-Zwettler um 1,500.000,-- incl. MWSt. für Steinlieferungen.

2. Fa. Ploir & Hörmann - Kanalbau: S 300.000,-- excl. MWSt.; - Straßenbau: S 263.000,-- incl. MWSt.

3. ARGE LSH Fischer-Zwettler: S 388.000,-- incl. MWSt.

Zusätzl. erfolgte eine Mittelfreigabe in Höhe von S 1,000.000,-- incl. MWSt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III v. 20. 2. 1994 werden nunmehr für das laufende Rechnungsjahr 1994 die Barquoten für den

1. Kanalbau in Höhe von

S 4.000.000,-- excl. MWSt.

bei VSt. 5/8110/050420.7 (Kanal Steyrdorf) sowie

2. Straßenbau und Pflasterung in Höhe von

S 3.000.000,-- incl. MWSt.

bei VSt. 5/6120/002280.5 (Innere Sierninger Str.) und in Höhe von

S 1.500.000,-- incl. MWSt.

bei VSt. 5/6120/002490.0 (Kirchen- und Gleinkergasse) freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Keine. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Punkt betrifft die Kanalisation Wehrgraben Süd.

33) Bau6-4753/85

Bau6-483/92

Kanalisation Wehrgraben Süd. 1. Pumpwerk F - Bauleitung; 2. Anpassung und EDV-Ausschreibung. PW F

u. Steyrquerungen; Endabrechnung Ziv.Ing.-Büro Flögl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Wehrgraben Süd wurde mit StS-Beschluß v. 13. 2. 1992 der Vergabe der Bauleitung für das Pumpwerk F sowie der Anpassung der Ausschreibung und der EDV-mäßigen Bearbeitung des Leistungsverzeichnisses für das Pumpwerk F und die Steyrdüker an das Ziv.Ing.-Büro Dr. techn. Flögl, Linz, zum Gesamtpreis von S 225.000,-- excl. MWSt. zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III v. 31. 1. 1994 wird nunmehr für die Endabrechnung der Zivilingenieurleistungen einer nachträglichen Erweiterung des Auftrages in Höhe von

S 13.500,-- excl. MWSt.

auf gesamt 238.500,-- excl. MWSt. zugestimmt.

Die zur Begleichung der Schlußrechnung in Summe noch erforderlichen Mittel in Höhe von

S 26.000,-- excl. MWSt.

werden bei VSt. 5/8110/004110.1 im Wege einer Kreditübertragung von VSt. 5/8110/728000.9 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Nicht der Fall.
Wer ist dafür? Danke.
Gegenprobe?
Stimmenthaltungen? Keine.
Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag umfaßt das Projekt "Neubau der Wiesenbergbrücke und der Fuß- und Radwegunterführung Fabrikstraße".

34) BauBrü-620/93

Projekt Neubau d. Wiesen-
bergbrücke und der Fuß- u.
Radwegunterführg. Fabrik-
str.; Antrag um Planungs-
vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes des
GB III v. 14. 2. 1994 wird der
V e r g a b e s ä m t l .
Planungsleistungen für das
Gesamtprojekt Neubau der
Wiesenbergbrücke und der Fuß-
und Radwegunterführung
Fabrikstraße an Hrn. DI Sagl,
Traun, sowie der Freigabe der
erforderl. Mittel in Höhe von
S 745.000,-- incl. MWSt.
bei VSt. 5/6120/002270.6
zugestimmt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen dazu? Nicht der
Fall, also kommen wir zur
Abstimmung. Wer stimmt

diesem Antrag zu? Danke.
Gegenstimmen? Keine.
Enthaltungen? Ebenfalls keine.
Einstimmig.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Nun geht es um die
Verbindungsstraße Ennser Straße
- Resthofstr., neue M.-Haushofer-
Straße. Hier sollen für die
Errichtung der VLSA an der
Bundesstraße B 115 im
Zusammenhang mit dem Bau der
neuen Verbindungsstraße zw.
Ennser- und Resthofstr., genannt
Marlen-Haushofer-Str., zur
Begleichung von Rechnungen der
Fa. GESIG und der OKA sowie für
den künftigen Umbau der VLSA
an der Resselstr. die im
Voranschlag verfügbaren Mittel
in Höhe von 1.000.000,-- sowie
darüber hinausgehende Mittel in
Höhe von 175.000 Schilling in
Form einer Kreditübertragung
freigegeben werden.

Ich bitte auch hier um Ihre
Zustimmung.

35) Bau3-2296/92

Verbindungsstraße Ennser
Straße - Resthofstr.; neue
M.-Haushofer-Str.; VLSA an
der Ennser Straße.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des vorliegenden
Amtsberichtes der FA Tiefbau
vom 14. 2. 1994 werden für die
E r r i c h t u n g d e r
Verkehrslichtsignalanlage an der

Bundesstraße B 115, im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Verbindungsstraße zwischen Ennser Straße u. Resthofstraße, genannt Marlen Haushoferstraße, zur Begleichung von Rechnungen der Fa. GESIG und der OKA sowie für den künftigen Umbau der VLSA an der Resselstraße die im Voranschlag verfügbaren Mittel in Höhe von

S 1.000.000,--

bei VSt. 5/6400/770000.3 sowie die darüber hinausgehenden Mittel in Höhe von

S 175.000,--

bei gleicher VSt. 5/6400/770000.3 in Form einer Kreditübertragung aus VSt. 5/6120/002020.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wortmeldungen sehe ich keine. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist dafür? Danke. Wer ist dagegen? Niemand. Enthaltungen? Keine. Punkt Nr. 36) bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im nächsten Antrag geht es um dieselbe Verbindungsstraße.

36) Bau3-2296/92

Verbindungsstraße Ennser Straße - Resthofstr.; neue M.-Haushofer-Str.; Mittel-freigabeantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 21. Februar 1994 wird im Zusammenhang mit der Errichtung der Verbindungsstraße Ennser Straße - Resthofstraße für erforderliche Massenerhöhungen einer Auftragserhöhung von S 262.706,37 zugestimmt.

Zur Begleichung der Schlußrechnung und erforderlicher zusätzlicher Grundeinlösen werden die im Voranschlag verfügbaren Mittel in Höhe von

S 35.000,--

bei VSt. 5/6120/002340.7 sowie die noch erforderlichen Mittel in Höhe von

S 470.000,--

bei gleicher VSt. in Form einer Kreditübertragung aus VSt. 5/6102/002480.1 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Keine. Wenn Sie dem zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

Ich danke Hrn. StR Ing. Schloßgangl und bitte Hrn. StR Tatzreiter zum Pult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:

In meinem ersten Antrag geht es um die Wohnbeihilfe f. freifinanzierte Wohnungen. Ich ersuche - nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1990 und dem GR-Beschluß v. 16. 5. 1991 -, die 10 % der Wohnbeihilfen, die 2.476.525,35 ausmachen, in Zusammenhang mit der Wohnbauförderung freizugeben. Der Antrag lautet:

37) Präs-149/91

Wohnbeihilfe für freifinanzierte Mietwohnungen; Refundierung d. Gemeindegeldes 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. allg. Rechtsangel. und Privatwirtschaftsverwaltung v. 9. 2. 1994 wird in Ausführung des Grundsatzbeschlusses des GR der Stadt Steyr v. 16. 5. 1991 die Refundierung von 10 % der vom Amt der Oö. LR gewährten Wohnbeihilfen für nicht geförderte Mietwohnungen in Höhe von S 247.652,53 genehmigt.

Zum genannten Zweck wird bei der VA-Stelle 1/4800/751000.8 ein Betrag von S 200.000,-- freigegeben und einer Kreditübertragung in Höhe von S 47.700,-- von der VA-Stelle 1/4800/757000.2 zur VA-Stelle 1/4800/751000.8 zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer wünscht das Wort?
Niemand. Stimmen wir ab: Wer ist dafür? Danke sehr.
Gegenprobe?
Stimmenthaltungen? Keine.
Einstimmig - nächster Punkt.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um das Bauvorhaben "Fabriksinsel". Wir wissen ja, daß dieses Haus fertig ist und daß in diesem Zusammenhang die letzte Rate zu bezahlen ist.

38) Ha-4110/91

Bauvorhaben Fabriksinsel der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft d. SDP Ges.m.b.H.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. allg. Rechtsangel. und Privatwirtschaftsverwaltung v. 31. 1. 1994 wird bei der VA-Stelle 5/3630/777000.1 ein Betrag von S 1.500.000,-- als dritter und letzter Teilbetrag des Baukostenzuschusses zum Umbau des Objektes Ledigenheim an die Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Steyr-Daimler-Puch Ges.m.b.H. freigegeben.

Ich bitte, diese 1,5 Mill. S freizugeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wer ist dafür? Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltungen? Keine. Punkt Nr. 39) bitte.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die Auszahlung des Finanzierungszuschusses f. das Pensionistenwohnhaus an der Industriestraße. Hier hat ja der GR anstelle der Annuitätenzuschüsse einen einmaligen Zuschuß mit S 2,230.000,-- (+ 10 % USt) beschlossen. Ich bitte um Freigabe.

39) Ha-159/93

Baukostenzuschuß, 3. Rate.
Auszahlung des Finanzierungszuschusses f. d. Pensionistenwohnhaus Industriestraße 2A.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. allg. Rechtsangel. und Privatwirtschaftsverwaltung v. 13. 1. 1994 wird der Auszahlung eines Betrages von S 2,230.000,-- zuzüglich 10 % USt., insgesamt somit einer Summe von S 2,453.000,-- , als Finanzierungszuschuß für das Pensionistenwohnhaus Industriestraße 2A zugestimmt. Zum genannten Zweck wird bei der VA-Stelle 5/4800/777010.8 ein Betrag von S 2,450.000,-- freigegeben und bei der gleichen V A - S t e l l e e i n e

Kreditüberschreitung von S 3.000,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen dazu? Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Ich wiederhole nur meine Wortmeldung aus den vergangenen GR-Sitzungen und bitte, auf die GWG einzuwirken, doch das zweite Wohnhaus bald zu errichten. Die Nachfragen lassen nicht nach, denn die Leute sind mit dem ersten Bau so zufrieden - darum bitte ich um einen zweiten!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall; wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich möchte schon noch etwas dazu sagen, denn mir ist das völlig klar. Ich bin eigentl. stolz darauf, denn dieses Pensionistenwohnhaus ist schon in meiner Ära gebaut worden. Es ist zum Glück so gelungen, daß die Nachfrage sehr groß ist. Auch die Freimachung dieses Bauplatzes ist gelungen, denn diese Baracken oder der niedrige

Bau waren ein "Schandfleck", das hat nicht hingepaßt. Dort wäre ein gleichartiges Haus - noch dazu in einer größeren Möglichkeit - mit vorgelagerten Parkplätzen sehr gut situiert. Ich habe der Geschäftsführung jetzt schon den Auftrag gegeben, sie sollen dringendst und vorrangig diese Planung betreiben; bzw. gibt es hier schon eine Zusage für andere Architekten. In diesem Zusammenhang - würde ich meinen - sollten wir uns das gründlich überlegen. Wir sollten uns nicht von irgendwelchen Zusagen aus der Vergangenheit leiten lassen, sondern wir sollten das tun, was dort gut angenommen wird. In diesem Sinne habe ich das beauftragt. Ich bitte aber trotzdem um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Sie haben den Antrag gehört - wenn Sie zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmig beschlossen.

GEMEINDERAT ING. DIETMAR SPANRING TRIFFT UM 21.25 UHR EIN.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Mein letzter Antrag betrifft die Verleihung der FW-Verdienstmedaille. Es geht um 11 Betriebsfeuerwehrmänner.

Für eine verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens in der Stadt Steyr soll über Vorschlag des Kommandos der FF der Stadt Steyr an nachstehend angeführte Feuerwehr-Mitglieder die "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" verliehen werden:

FF der Stadt Steyr:

Amtswalter Mayrbäurl
Ferdinand, Hauptlöschmeister
Mitterbaur Manfred,
Hauptfeuerwehrmann Amon
Anton

Betriebs-FW SKF Österr. AG:

Hauptbrandmeister Milot Josef

Betriebs-FW SDP AG:

Hauptbrandinspektor Salcher
Horst, Löschmeister Fehringer
Rupert, Feuerwehrmann
Adelberger Rudolf,
Feuerwehrmann Edermayr
Leopold, Feuerwehrmann OTTO
Günter, Feuerwehrmann Riegler
Christian, Feuerwehrmann
Wöhrnschimpl Bruno

Die Überreichung soll im Rahmen der Vollversammlung der FF der Stadt Steyr am 15. April 1994 erfolgen.

Ich ersuche um Genehmigung.

40) FW-4/94

Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille der Stadt Steyr" an Angehörige d. Betriebsfeuerwehren und d. FF der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Antrag auf Verleihung der "Feuerwehr-Verdienstmedaille d. Stadt Steyr" an die im Amtsbericht der FA f. Liegenschaftsverwaltung vom 20. 1. 1994 genannten Personen wird zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Nicht der Fall, also stimmen wir ab. Wer ist für Antrag Nr. 40)? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. StR Tatzreiter und bitte Mag. Helmut Zagler um seine Anträge.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der ist nicht hier!

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Nachdem uns ein Referent abhanden gekommen ist, stelle ich den Antrag auf eine Erholungspause.

VERSCHIEDENE ABLEHNENDE ZWISCHENRUFE

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es ist ohnehin schon so spät!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist eine Rücksichtslosigkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer stimmt meinem Antrag zu? Mit Mehrheit angenommen!

Gelächter

PAUSE VON 21.27 BIS 21.38 UHR

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort, und ich gebe den Vorsitz an den Bgm. zurück!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Hrn. StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

In Tagesordnungspunkt 41) liegt ein Antrag des StS an den GR vor, den Beschluß der Disziplinar-Oberkommission zu treffen. Es sind etwa 25 Namen auf dieser Liste - ich bitte, von der Verlesung Abstand nehmen zu wollen.

Das Außergewöhnliche, das wir noch beschließen, ist, daß hier für 3 Herren, die die 10jährige Dienstzeit bei einer Gebietskörperschaft noch nicht nachzuweisen haben, eine Nachsicht erforderlich ist.

Ich bitte, diesen Block an Mitgliedern der Disziplinar-Oberkommission so beschließen zu wollen.

41) Präs-11/94

Bestellung und Zusammensetzung d. Disziplinaroberkommission.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Disziplinaroberkommission für die Funktionsperiode vom 1. 1. 1994 bis 31. 12. 1996 wird gem. § 76 StGBG wie folgt bestellt:

Vorsitzender: Bgm. H. Leithenmayr

Stellvertreter: Vbgm. E. Sablik, Vbgm. Dr. L. Pfeil

Mitglieder: StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler, StR Ing. O. Schloßgangl, StR Ingrid Ehrenhuber, StR R. Eichhübl, MD Dr. K. Schmidl, MR Mag. H. Golda, 1 Beamter d. Mag. Wels, 1 Beamter d. Mag. Wels, SR Dr. R. Nones, SR Dr. V. Lutz, SR DI W. Schönfelder, OBR Bmstr. DI A. Kremsmayr, OAR H. Riedler, OAR G. Gergelyfi, OAR W. Oppl, VOK A. Reder, KR J. Steindl, KR J. Rumpelsberger, BI K. Zehetner, KR A. Augner, BhV H. Neubauer, BhV J. Diesenreiter, BhV J. Aigner Bei Hrn. MR Mag. Helmut Golda, Hrn. SR DI Willfried Schönfelder und Hrn. OBR Bmstr. DI Alfred Kremsmayr wird vom Erfordernis der 10jährigen Dienstzeit bei einer Gebietskörperschaft Nachsicht gewährt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Zum nächsten Punkt. Aufgrund des Gemeindebed.-Schutzgesetzes ist eine Berichterstattung der Schutzkommission an den GR erforderlich. Diese ist ergangen; es wurden zwei städt. Objekte überprüft. Das Objekt Redtenbachergasse 3 und die Busgarage der Stadtwerke in Münchenholz. Vor allem bei der Busgarage sind einige Defekte gefunden worden, die aber - da kommt die Schutzkommission auch dazu - aufgrund der beabsichtigten Übersiedlung zum Teil nicht hergestellt werden sollen, sondern daß man sich hier über die entspr. Zeit noch hinwegtrösten kann.

42) Pers-434/85

Gemeindebediensteten-
Schutzkommission.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Gemeindebediensteten-Schutzkommission beim Mag. der Stadt Steyr vom 11. Jänner 1994

wird der Tätigkeitsbericht der Gemeindebediensteten-Schutzkommission für das Jahr 1993 zur Kenntnis genommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort hat sich Hr. Koll. Fürweger gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Meine Damen und Herren des GR! Für mich ist der Punkt "Busgarage" ganz wichtig. Ich habe mir die Busgarage zweimal angesehen; es ist so, daß es hier nicht nur darum geht, ob der Aufenthaltsraum nicht mehr entspricht, sondern es geht auch um Sicherheitsfragen, die behandelt werden müssen. Wir können ja aus dem Amtsbericht herauslesen, daß hier steht: "Überdies ist die vorhandene Absauganlage unterdimensioniert".

Wir wissen, daß die Autobusse warmlaufen müssen, um einen best. Bremsdruck zu erreichen. Es gibt zu wenig Luftladestationen, und es kommt dann zu einer Konzentrierung von Kohlenmonoxyd, die meiner Meinung nach sicher gesundheitsschädlich ist - und zwar zu den Spitzenzeiten zw. 5 und 7 Uhr früh. Es ist auch so, daß sich die Busfahrer ca. 20 Minuten in der Busgarage aufhalten müssen, um sich auf den Dienst vorzubereiten, den

Bus auszukehren; aber natürl. auch, um den Bus warmlaufen zu lassen.

Es gibt eine öö. Bauordnung, in der eine Stellplatzordnung für öffentl. Garagen aus dem Jahr 1977 vorgeschrieben ist. Diese schreibt vor, daß offene Großgaragen Anlagen zur Messung und Regelung des Kohlenmonoxyd-Gehaltes der Luft und zur Warnung haben sollen und müssen. Diese Anlagen müssen so beschaffen sein, daß sie bei Überschreiten eines CO-Gehaltes der Luft von $250 \text{ cm}^3 \text{ pro m}^3$ akustische und optische Signale abgeben, durch die in der Garage befindliche Personen zum Abschalten der Motoren und zum Verlassen der Garage aufgefordert werden, und durch die außerhalb der Garage befindliche Personen vor dem Eintritt gewarnt werden. Die Warnanlagen sind an die Notstrom-Quelle anzuschließen. Wir wissen, daß wir solche Anlagen dort unten nicht haben! Wir lesen auch im Amtsbericht, daß man sich aufgrund der Übersiedlung einige Sachen sparen will. Ich glaube, bei der Sicherheit sollte man nicht sparen, denn es kann jeden Tag etwas passieren. Ich möchte zu diesem Antrag den Zusatzantrag auf "Luftmessung" stellen. Es gibt die AUVA (Allg. Unfall-Versicherungs Anstalt), die solche Luftmessungen durchführt. Mein Zusatzantrag noch genauer definiert:

Luftmessung in den Spitzenzeiten, in der Früh zw. 5 und 7 Uhr. Ich glaube, die Gesundheit der Bediensteten muß uns ein Anliegen sein. Es ist auch so, daß sich die Leute hier beim Arbeitsbeginn befinden und den Dienst nicht mit Kopfweh beginnen oder vielleicht noch schwere körperl. Schäden erleiden sollten. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Koll. Eichhübl ist noch am Wort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Koll. Zagler hat als Berichterstatter, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., darauf hingewiesen, daß die Busgarage überprüft wurde und dort einige Mängel gefunden wurden. Das ist der Grund, warum ich mich zu Wort melde. Ich gehe davon aus, daß man nicht bes. lange suchen mußte, um diese Mängel festzustellen. Denn diese Mängel, die hier angeführt werden, sind ein Zustand, der dort unten seit Jahren anhält - nicht seit 1991, sondern in etwa seit dem Zeitpunkt, als erstmals Gelenkbusse angeschafft wurden. Meine konkrete Frage daher an StR Zagler, inwieweit bei der Erstellung dieses Berichtes die Personalvertretung miteingebunden wurde? Denn wie aus d e r A u s g a b e

Gemeindebediensteten-Zeitung "AKTIV" - die Zeitung der Gewerkschaft der Gem.-Bed./Bezirk Steyr-Stadt - hervorgeht, gibt es einen Leserbrief. Dieser Leserbrief ist sicherlich deswegen veröffentlicht worden, weil sich die Personalvertretung mit dieser Darstellung identifiziert. Dort drinnen steht nicht, daß sie der Auffassung sind, daß grundsätzlich festzustellen ist, daß der Schutz der Bediensteten gewährleistet ist und an sich eher geringfügige Mängel aufgezeigt werden. Hier schreibt man nämlich von menschenunwürdigen Arbeitsplätzen - und zwar deshalb, weil man mich als zuständigen Ref. auffordert, dort menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen. Es ist zwar einsehbar, es steht sinngemäß drinnen, daß eine Übersiedlung in die Hauptrepa vor der Tür steht, und daher größere Investitionen nicht mehr gemacht werden sollen. Jedoch sollen interimsmäßig andere Arbeits- und Sozialräume für Mechaniker und auch für die Chauffeure zur Verfügung gestellt werden - und zwar in der Form, daß man z. B. transportable, beheizbare Container o. ä. zur Verfügung stellt. Ich bitte den Ref., mir wirklich sehr deutlich die Frage zu beantworten, ob die Personalvertretung eingebunden

wurde. Ich verlange, daß das klargestellt wird, bevor dieser Antrag zur Abstimmung kommt. Und ich verlange des weiteren, daß ich alle zuständigen Stellen aufrufe, sehr rasch Maßnahmen zu setzen, daß dort menschenwürdige Arbeits-Bedingungen geschaffen werden im Sinne der Personalvertretung. Da gehört auch das dazu, was Koll. Fürweger vorhin mit der Luftmessung angeführt hat. Nicht nur das, sondern auch jene Bereiche, die angeführt worden sind, daß es nur einen 24 m² großen Personalraum für 60 oder 65 Personen gibt, und daß dort unzumutbare Zustände herrschen. Aber ich stelle sehr deutlich fest, daß diese unzumutbaren Zustände nicht erst seit drei Jahren herrschen, sondern seit einem längeren Zeitraum.

Ich fordere rascheste Abhilfe-Maßnahmen - Hr. Bgm., diese Bitte geht auch an Dich! Denn es geht sicherlich nicht an, daß auf der einen Seite eine Berichterstattung im GR vorgelegt wird, die nicht den Realitäten der Zustände dort unten entspricht. Mich interessiert - wie gesagt - inwieweit die Personalvertretung miteingebunden wurde. Ist dies nicht der Fall gewesen, dann, meine ich, gehört dieser Amtsbericht zurückgestellt und im Interesse der Personalvertretung noch einmal verhandelt. Hier muß dann die Sache

so dargestellt werden wie sie dort unten wirklich vorhanden ist - nämlich unzumutbare Zustände!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß es einige kleinere Beanstandungen und einige gravierende gegeben hat. Das eine betrifft den Aufenthaltsraum für die Buschauffeure, der mit Sicherheit zu gering dimensioniert war. Ich habe mich selbst beim Lokalausweis davon überzeugt, daß dies der Fall ist! Es wurde damals vorgeschlagen - auch unterstützt durch Koll. Eichhübl -, daß Container angeschafft werden, die eine Auslagerung der Sozialräume in diese Baustellen-Container ermöglichen. Ich habe das in zweifacher Hinsicht zu einer Überprüfung zurückgewiesen. Einerseits war der Einwand der, daß ich gerne wüßte, wenn das eine kurzfristige Maßnahme ist, was anschließend mit den Containern passiert. Und der zweite Hinweis war der, daß Lagerräume für Materialien, für die Autobusse, für die Reparaturen etc., ein Reifenlager vorhanden sind, das durchaus nicht unter Dach sein muß. Es sind zwei alte, ausrangierte

Autobusse unten, in die diese Lager inzw. umgelagert wurden - mit entspr. Sperrvorrichtungen versehen.

Und, Roman, ich würde aufpassen, denn da bist Du nicht auf dem letzten Stand. Damit Du auf den letzten Stand kommst: sie sind inzw. auch schon "ausgeweißigt" und werden in den nächsten Tagen den Bediensteten dort zur Verfügung gestellt. Du hast gerade noch reklamiert, daß dort nichts geschieht - das geschieht!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die unzumutbaren Zustände müssen behoben werden!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ein ehem. Lagerraum wird für diese kurze Frist in einen Sozialraum umfunktioniert. In weiterer Sicht verstehe ich Deine Entrüstung überhaupt nicht; wir sind ja dazu da, daß wir unseren Bediensteten helfen. Ich werdet ja noch Gelegenheit haben, beim letzten TOP die Hilfe auch in Münze umzuwerten!

Die zweite Sache war die Frage, ob hier die Personalvertretung eingebunden war. Klarerweise wurde sie eingebunden, weil in der Zusammensetzung der Gemeindebed.-Schutzkommission Mitglieder der Personalvertretung dabei sind, und sie sich auch dieser Meinung hier angeschlossen haben.

Ich bitte Hrn. Bgm., die Abstimmung über die Kenntnisnahme dieses Berichtes durchführen zu lassen.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Hr. Bgm., mein Zusatzantrag auf Luftmessung!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte folgendes sagen: Wenn Gefahr in Verzug ist, sind sowieso alle Maßnahmen sofort vom Dienstvorgesetzten vorzunehmen, damit die Gefahr beseitigt wird. Das ist überhaupt kein Thema für den GR! Das wollte ich in aller Form einmal feststellen.

Jetzt stimmen wir über den Antrag ab. Wer ist dafür? Danke. Wer ist gegen den Antrag

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich habe einen Zusatzantrag gestellt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist kein Thema für den GR! In der Dienstnehmer-Schutzverordnung steht, was zu geschehen hat! Das ist überhaupt kein Thema! Wer einmal in einem Betrieb war, weiß das. Der Garagenmeister muß sofort die Gefahr beseitigen! Wir werden ihm das morgen sagen, wenn er ein Problem hat dabei. Das ist

jedoch kein Thema, über welches wir hier diskutieren können!
Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen! Nächster Punkt bitte.

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte sehr!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Die letzte Abstimmung - ich meine jetzt nicht den Änderungsantrag, da mische ich mich gar nicht ein - ist meiner Meinung nach nicht fertig durchgeführt worden! Das stimmt! Das meinen andere auch, wir haben mitten unter der Abstimmung aufgehört!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wünschen Sie die Wiederholung der Abstimmung?

GEMEINDERÄTIN
ULRIKE FUCHS:
Sie ist noch nicht fertig!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Fertigmachen müssen wir sie!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Ich wiederhole die Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? 3 Gegenstimmen (FP). Stimmenthaltungen? 6 Enthaltungen (4 FP, 2 VP). Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster TOP bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Der nächste TOP behandelt eine Änderung der Zusammensetzung des Sicherheitsausschusses. Zwei Personen des Sicherheitsausschusses haben aufgrund dienstlicher Überlastung gebeten, aus diesem Gremium als Sicherheits-Vertrauenspersonen ausgereiht zu werden.

43) Pers-1453/91
Oö. Gemeindebedienstetenschutzgesetz; Änderung in der Zusammensetzung d. Sicherheitsausschusses.
Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Personalverwaltung werden im Sinne des Oö. Gemeindebedienstetenschutzgesetzes folgende Bedienstete, auf die Dauer der restl. Funktionsperiode des GR, als Sicherheitsvertrauenspers. bestellt:
techn. Beisitzer: TK Ing. Franz-Michael Hingerl
APT: VB Hedwig Pücher

Wegen Dringlichkeit wird der Mag. der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Hr. Bgm., ich bitte, die Zustimmung einzuholen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Im nächsten Bericht geht es um die Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie um die Schulungs-, Inform.- u. Sekretariatsaufgaben der in Steyr vertretenen GR-Fraktionen - im Volksmund unter Parteien-Finanzierung geläufig. Der Gesamtbetrag beläuft sich auf S 2.276.690. Die Aufstellung ist dem Amtsbericht zu entnehmen, wie das Geld auf die 4 GR-Fraktionen aufgeteilt wird. Es wird gebeten, hier einen Beschluß herbeizuführen.

44) Ha-7655/91

Finanzierung d. Öffentlichkeitsarbeit sow. Schulungs-, Informations- und Sekretariatsaufgaben der im GR der St. Steyr vertretenen Fraktionen.

tionen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Informations- u. Sekretariatsaufgaben der im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen erhält jede im GR vertretene Fraktion für das Rechnungsjahr 1994 über einen durch die jew. Fraktion an den Mag. der Stadt Steyr gesondert zu richtenden Antrag einen Finanzierungsbeitrag in der unten stehenden Höhe.

Diese Beträge errechnen sich aus den mit Grundsatzbeschluß vom 3. Juli 1992 festgelegten Ansätzen, valorisiert um die Indexsteigerung von Dez. 1991 auf Dez. 1993 in Höhe von 7,9 %.

Im einzelnen ergeben sich demnach für die einzelnen GR-Fraktionen nachstehende Förderungsbeiträge:

SPÖ:

S 229.287,50 (Sockelbetrag)
S 366.860,00 (/Mandat 21.580)
S 275.145,00 (Fraktionsumlage)
S 871.292,50

FPÖ:

S 229.287,50 (Sockelbetrag)
S 194.220,00 (/Mandat 21.580)
S 145.665,00 (Fraktionsumlage)
S 569.172,50

ÖVP:

S 229.287,50 (Sockelbetrag)
S 172.640,00 (/Mandat 21.580)
S 129.480,00 (Fraktionsumlage)

S 531.407,50

GAL:

S 229.287,50 (Sockelbetrag)
S 43.160,00 (/Mandat 21.580)
S 32.370,00 (Fraktionsumlage)
S 304.817,50

SPÖ S	871.292,50
FPÖ S	569.172,50
ÖVP S	531.407,50
<u>GAL S</u>	<u>304.817,50</u>
Gesamt: S	<u>2.276.690,00</u>

Die Finanzierung gelangt nur über Antrag der jew. GR-Fraktion, der an den Mag. d. Stadt Steyr zu richten ist, zur Auszahlung.

Die GR-Fraktionen sind verpflichtet, die widmungsgem. Verwendung der Mittel in der von ihnen gewählten Form nachzuweisen. Zu diesem Zweck steht jeder Fraktion einmal pro Jahr zumindest eine halbe Seite des Amtsblattes der Stadt Steyr zur Verfügung.

Durch die gegenständliche Finanzierung d. Öffentlichkeitsarbeit sowie Schulungs-, Inform.- u. Sekretariatsaufgaben der im GR der Stadt Steyr vertretenen GR-Fraktionen wird die Auszahlung der Beiträge für die Schulung d. Gemeindefunktionäre, die aufgrund des Erlasses des Amtes d. Oö. Landesregierung v. 14. Nov. 1985, Gem-70.607/13-1985, jährl. zu leisten ist, nicht berührt und bleibt daher weiter bestehen.

Die hierfür erforderl. Mittel im Ausmaß von

S 2.276.700,--
werden bei der VAST. 1/0000/
757000.3 freigegeben.
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht?
Keine Wortmeldung. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegen den Antrag? Ist niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Punkt Nr. 45) behandelt die notwendigen Darlehensaufnahmen f. das Rechnungsjahr 1993. Aufgrund des Nachtragsvoranschlages der Stadt Steyr wurde in der Sitzung des GR v. 2. 12. 93 beschlossen, zur Bedeckung des ao. H. f. das Rechnungsjahr 1993 normale Bankdarlehen in d. Größenordnung v. S 95,350.000,-- aufzunehmen. Zusätzl. zu diesem Betrag wurden für die Bedeckungen von zusätzl. Kreditüberschreitungen Darlehensaufnahmen in der Höhe von S 6,837.000,-- genehmigt. Weiters müssen versch. geplante Einnahmenpositionen (nicht oder noch nicht zugezählte Sonderdarlehen, Landes- bzw. Bundeszuschüsse) durch Darlehen er-

setzt werden. Der gesamte Darlehensbedarf beträgt daher max. S 111,000.000,--. Davon wurden bereits S 10,000.000,-- für das APT aufgenommen - der GR hat dieses beschlossen.

Nun wurde im StS eine aufgrund von Ausschreibungen erfolgte Aufstellung über die Zinssätze vorgelegt, welche die einzelnen Banken und Institute verlangen. Im StS wurde auch mit Dringlichkeit beschlossen, daß 101 Mill. S bei der Bank Austria zu einem Fixzinssatz v. 6,35 % per anno, dekursiv, mit einer Laufzeit von 10 Jahren aufgenommen werden sollen.

Es wird gebeten, diesen Beschluß zu vollziehen und die Dringlichkeit zur Kenntnis zu nehmen.

45) Ha-135/93

Darlehensaufnahme f. das
Rechnungsjahr 1993.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes d. GB II wird einer Darlehensaufnahme in der Höhe v. S 101,000.000,-- bei der Bank Austria AG, zu einem Fixzinssatz v. 6.35 % p. a. dek. und einer Laufzeit v. 10 Jahren zugestimmt.

Die o. a. Darlehenssumme stellt einen Maximalbetrag dar. Bei einem geringeren Darlehensbedarf wird der GB f. Finanzen und betriebswirtschaftl. Angelegenh. ermächtigt, das Darlehensvolumen entspr. zu verringern.

Sollten aus wirtschaftl. Gründen (Ausnützung Prüffrist, Zahlungsziel etc.) Teile der mit diesem Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 1994 zur Auszahlung gelangen, kann ein Teil dieses Darlehens auch im Jahr 1994 zugezählt werden.

Weiters wird der o. a. GB ermächtigt, die Darlehensbedingungen entspr. den Ausschreibungsgrundlagen bzw. der Angebote festzulegen. Aufgrund der Dringlichkeit wird der Mag. gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr (StS 1992) zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Keine Enthaltung. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Eine kleine Ergänzung, weil sie zu Punkt Nr. 46) "Ausgleich d. o. und ao. H. durch Entnahmen bzw. Zuführungen v. Rücklagen" paßt: Wer hier die Korrelation zw. den 101 Mill. S Darlehensaufnahme, die soeben sanktioniert worden

ist, sucht mit den Zahlen im Rechnungsabschluß, wird darauf kommen, daß der größte Teil dieser 101 Mill. für das Jahr 1993 verwendet werden mußte - ca. 85 Mill. S sind das. Der Rest wurde auf Rechnung 1994 aufgenommen.

Ich weiß nicht, wie weit das Begehren vorhanden ist, alle Zahlen im einzelnen zu lesen. Ich möchte - wie heute schon einmal erwähnt - mich ansonsten auf die markanten Zahlen beschränken, die auf der zweiten Seite des Amtsberichtes zu finden sind. Hier wird die Rücklagen-Entwicklung dargestellt. Ich habe schon erwähnt, daß ca. 60 Mill. S an Rücklagen abgebaut wurden. Der Stand an Rücklagen wurde also um diesen Betrag vermindert. Gleichzeitig ist der Schuldenstand um rd. 66 Mill. S angewachsen, was insges. 126 Mill. S gibt, wo wir von der Substanz genommen haben; + 89 Mill. S Zuzählungen aus dem Sparkassenfonds; + die Verschiebung der REPA-Rate von 33 Mill. S - das habe ich auch schon erwähnt, weil dieser markante Betrag nicht in der Aufstellung drinnen ist. D. h., wir haben um etwa 250 Mill. S, pauschal gesprochen, aus der Substanz gelebt.

Ich werde diese ganze Rede nicht noch einmal wiederholen, aber es ist wirklich eine ernste Situation mit den städt. Finanzen. Ich bitte eindringlichst, die Appelle nicht so zu verstehen, daß sich einer

als "Super-StR" profilieren will oder als einer, der andere "gängeln" möchte, sondern in der Sorge um das weitere Wohl der Stadt. Als Mahnung für uns alle möchte ich das sehen, nicht durch permanentes Ausufern von Wünschen die Belastung noch weiter voranzutreiben als wir ohnehin gegangen sind.

46) Buch-2/93

Ausgleich des o. und ao. Haushaltes '93 durch Entnahmen bzw. Zuführungen von Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ausgleich d. o. H. wird eine Entnahme aus Rücklagen in Höhe von (Saldo) S 57,966.719,81 bewilligt. Der Ausgleich im ao. H. hat durch Rücklagenentnahmen in Höhe von (Saldo) S 1,424.598,53 zu erfolgen.

Zum Ausgleich des o. und ao. H. werden somit die Rücklagen in Saldo um insges. S 59,391.318,34 vermindert.

Für die Zuführungen an Rücklagen werden bei den angeführten Voranschlagstellen nachstehende Freigaben und Kreditüberschreitungen

vorgeschlagen:

5/0290/298100.5: KÜ 7,441.600,
ges. 7.441.600

5/2400/298100.8: KÜ 2,942.500,
ges. 2,942.500

5/4800/298100.7: KÜ 740.600,
ges. 740.600

5/7820/298100.2: KÜ 6,184.400,
ges. 6,184.400

5/8330/298100.1: KÜ 4,713.900,
ges. 4,713.900
SUMME: KÜ: 22,023.000;
Gesamtbetrag: 22,023.000
(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wortmeldungen dazu?
Keine. Wer ist gegen diesen
Antrag? Niemand. Stimm-
enthaltungen? 4 Enthaltungen
(FP). Wer für den Antrag in der
vorliegenden Form ist, den bitte
ich um ein Zeichen der
Zustimmung. Danke - der Rest.
Der Antrag ist mit Mehrheit
angenommen.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Viele Dinge, die im Antrag Nr.
46) bei der Auflistung jener
Projekte, die einen bes. Betrag
überschreiten u. nicht na-
mentlich erwähnt worden sind,
als Minderausgabe vorge-
kommen sind, treffen wir im
Antrag Nr. 47) wieder. Weil das
eben Vorhaben sind, die vom
Jahr 1993 in das Jahr 1994
hinübergewandert sind. Es
handelt sich um einen
Gesamtbetrag v. S 28,571.800,--.
Ich darf als Vergleichszahl sagen,
daß ungefähr 25 Mill. S seinerzeit
vom Jahr 1992 in das Jahr 1993
übertragen wurden. Trotzdem ist
hier - weil der Beschluß zwar
1993 gefaßt wurde, aber die
Finanzierung dazu nicht

durchgeführt werden konnte -
ein neuerlicher Beschluß im Jahr
1994 erforderlich, der auch in
dieser Höhe eine
Kreditüberschreitung bedeutet.
Ich bitte, dies zustimmend zur
Kenntnis zu nehmen.

47) Buch-2/93

Übertragung nicht bean-
spruchter, beschlossener
Vorhaben vom Finanzjahr
'93 in das Finanzjahr '94.

Der Gemeinderat wolle beschlie-
ßen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
FA Buchhaltung, Kassa u.
Lohnverrechnung v. 18. 2. 1994
werden die in der Beilage
angeführten Kreditüberschrei-
tungen in Höhe v. insges. S
28,571.800,-- genehmigt.

Die Deckung der Kre-
ditüberschreitungen erfolgt
durch die im ursprünglichen
Antrag vorgesehenen und
beschlossenen Mittel.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird das Wort gewünscht? Nicht
der Fall, dann stimmen wir ab.
Wer für den Antrag ist, den bitte
ich um ein Zeichen mit der Hand.
Danke sehr. Wer ist gegen den
Antrag? Niemand. Übt jemand
Stimmenthaltung? 1 Enthaltung
(FP). Damit ist der Antrag mit
Mehrheit angenommen.
Antrag Nr. 48) bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Der Antrag Nr. 48) behandelt den Antrag oder Wunsch der Personalvertretung des Mag. Steyr, für die Bediensteten im Rathaus bzw. die Bed. der Stadt Steyr Verbesserungen oder Anpassungen in den Bef.-richtlinien durchzuführen. Diese Anpassungen sind in mehreren Punkten markant. Ich möchte hier einige Dinge berichten:

Es handelt sich von der Personenzahl her beim größten Teil um Bed. in handwerk. Verwendung - also in den Staffeln, die mit "p 5 - p 1" nach oben bezeichnet sind; sowie die Dienstklasse IV, wo ein "p-Mann" aufgrund seiner Dienstzeit hinkommen kann; und zwar bei bes. Beurteilung, d. h., bei weit über dem Durchschnitt liegender Leistung.

Ein zweiter Punkt behandelt die Anpassung von "c-Bed." der III. Dienstklasse. Beide Dinge - sowohl diese Anpassung der handwerk. Verwendung als auch die Anpassung bei den "c-Bed." der III. Dienstklasse - sind mit Erlässen der LR (auch für das Land OÖ.) bereits in Gültigkeit.

Der Antrag bezügl. der "p-Bed." wurde bereits im Jahr 1992 erlaßmäßig von der LR beschieden, und der Antrag bezügl. der "c III" im Jahr 1993, am 12. 7., von der LR verordnet. Das sind Dinge, die in Angleichung oder in Anlehnung an Landesregelungen beschlossen werden sollen.

Ein weiterer Punkt behandelt bei diesen Bef.-richtlinien jene Maßgabe, daß bish. Bef.-richtlinien f. Abteilungsleiter und Leiter selbst. Referate zwei Bonusjahre vorgesehen haben, die anl. der Beförderung zu einer leitenden Pos. wirksam geworden sind. Die Organisationsreform hat ja - das ist uns bekannt - eine deutl. Verringerung der Positionen der 1. Führungsebene gebracht. Die GB-Leiter sind also entspr. eingeschränkt worden - die erste Ebene. Es ist dann aber eine zweite Ebene gekommen, die sich klarerweise nicht nur aus den selbständigen Ref., sondern auch aus jenen Ref. oder FA zusammensetzt, die es auch bisher gab, aber nicht den Status eines selbständigen Ref. hatten. Bei diesen Bed. wird nun vorgeschlagen, daß die GB-Leiter die bish. Regelung, näml. 2-Jahres-Bonus, weiter behalten sollen, während die FA-Leiter einen Bonus von einem Jahr bekommen sollen, was weniger ist als die bish. Regelung, die gehandhabt wurde. Ich gebe natürl. zu, daß es - das ist in der Diskussion im Pers.-beirat und auch im StS gefallen - trotzdem mehr ist als die Normallaufbahn. Ich möchte jetzt ein paar Beispiele bringen, wie diese neue Regelung bei Neubesetzungen wirken wird.

Der Nachfolger im Kontrollamt wird - wenn das beschlossen wird - in Zukunft statt 2 Jahren

ein Jahr bekommen. Bei der Pressestelle, wenn der Posten des Hrn. Kerbl nachbesetzt wird: 0 Bonusjahre statt 2, die bislang selbständige FA war. Privatrecht: Nachfolger v. Dr. Schmoll: statt 2 Jahren 1 Jahr. Personalabteilung: der Nachfolger v. Ruckerbauer hat statt 2 Jahren 1 Jahr. Ich könnte die Liste fortsetzen; es sind etwa 20 Verbesserungen in diesem Sektor. Wenn man die Gesamtsumme ansieht, gab es bislang 28 Bed. mit 2 Bonusjahren und 15 mit einem Bonusjahr. Nach dem Beschluß dieser Bef.-richtlinien, worum ich Sie nach Verhandlungen mit der PV als Pers.-ref. bitte, gibt es nur mehr 15 Bed., die einen 2jährigen Bonus in Anspruch nehmen können, und 27 Bed. mit einem Bonusjahr.

Wenn man das jetzt in Summe sieht, werden aus 71 Bonusjahren 57 Bonusjahre in diesen Ebenen geschaffen. Allerdings - das war auch eine Sache, die oftmals ausgesprochen war - nicht in den Stand wirkend, sondern in die Zukunft wirkend, wenn Nachbesetzungen kommen. Noch ein Punkt ist in diesen Bef.-richtlinien enthalten: Daß klarerweise jemand, der vor diesen Bef.-richtlinien schon einen Vorteil hatte, nicht durch die Bef.-richtlinien benachteiligt wird, ist ein Übergangsparagraph drinnen.

Der Zeitung entnehme ich - u. auch im Amtsbericht ist das angedeutet: die betragsmäßige

Feststellung von 1,3 Mill. S. Dazu ist zu sagen, daß dies der Maximal-Betrag ist, der dann zum Tragen käme, wenn alle Bed. mit ausgezeichneter Beurteilung bedacht werden würden. Der Erfahrung nach sind es etwa 50 bis 60 % der Bed. - vor allem im handwerkli. Dienst -, die diese Eigenschaft oder Eignung erhalten. Ich habe das auch im StS schon so gesagt; leider ist es dann in der Presse etwas anders zitiert worden, daß also in etwa 700.000 S an Mehraufwand erfolgt sind.

Ich darf auch noch etwas anderes dazu sagen - was die budgetäre Situation anlangt. Sie können mir vorwerfen, ich würde sehr für Sparsamkeit u. ä. reden. Ich glaube, es ist ein Nachziehungsverfahren, das notwendig ist. Wenn ich die verbalen Äußerungen der StS- und GR-Mitglieder vielen Bed. gegenüber bei vielen Gelegenheiten - erst vor kurzem bei einer Ausstellungseröffnung in der Schloßgalerie; ich habe mich sehr gefreut, Leopold, daß Du die Bed., die dabei mitgewirkt haben, lobend erwähnt hast! Manchmal ist aber nicht nur verbales Lob notwendig, sondern auch das Lob in finanzieller Sicht.

Wenn ich die 700.000 S durch diese Bed. dividiere, weil ja nicht alle 1.000 Bed. in den Genuß einer solchen Vorrückung kommen, ist das also wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich bitte hier - nachdem das auch im ges. Personalbudget gedeckt ist - um eine Zustimmung durch den GR!

48) Präs-106/79

Präs-899/93

Beförderungsrichtlinien

1979; Änderungsantrag.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aus den in der Beilage angeführten Gründen wird beantragt, der GR möge im Wege des Personalbeirates und des StS die beigefügten Änderungen zu den Bef.-richtlinien 1979 beschließen.

(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Koll. Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Trotz der Minderungen der Bonusregelung, die wir v. Koll. Zagler gehört haben - ich habe mir schon in der GR-Sitzung v. 29. Nov. 1990, bei der Behandlung der Verbesserung d. Bef.-richtlinien erlaubt, auf die Unterschiede im öffentl. Dienst hinzuweisen. Ich habe damals Bundesbed. mit den Mag.-Bed. verglichen, bei den Akademikern mit Differenzen zw. 4 u. 6 Jahren/Dienstklasse. Bei den "b-

Bed." sieht es nicht viel anders aus; hier gibt es Differenzen zw. 5,5 und 6 Jahren - wiederum je Dienstklasse. Bei der Verwendungsgruppe "c" (Fachdienst) gibt es Differenzen: bei der Dienstklasse IV z. B. von 7 Jahren; bei der Dienstklasse V sind es 7,5 Jahre; und beim "d-Dienst" ist es gar eine Differenz v. 10,5 Jahren, die der betreffende Bundesbed. später in die Dienstklasse kommt. D. h., als Bsp. sei hier auch noch einmal angeführt: ein "b-Bed." mit 23 Dienstjahren ist im Bundesdienst in der Dienstklasse V, beim Mag. ist er mit 23 Dienstjahren bereits in der Dienstklasse VII. Dies bedeutet wiederum einen monatl. Unterschied von brutto etwa 8.000 S; dazu kommen dann noch familienfördernde Maßnahmen, Schulbeihilfen und Haushaltsbeihilfen, die es im öffentl. Dienst, ebenso bei einem Bundesbed. nicht gibt! Ich habe damals auch davon gesprochen, daß es sicherlich kein Neidvergleich ist. Aber es sind beides öffentl. Bed. und Ihre Bezahlung erfolgt aus Steuermitteln.

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Eine Anpassung der verbesserten Bef.-richtlinien bei den Arbeitern, bei "c III" um 2 Jahre, bei "p 4 - p 5" um 1 Jahr bzw. bei "p 1" u. "p 2" in der Dienstklasse IV um 2 Jahre könnte ich mir ja noch vorstellen. Aber die Verkürzung der Mindest-

Bindungszeiten bei den leitenden Beamten - wie wir gehört haben, bei Hrn. Mag.-Dir. 2 Jahre, bei den GB-Leitern um 2 Jahre, ebenso bei den Leitern der Stadtwerke, den Geschäftsführern der GWG und dem techn. Leiter des RHV um 2 Jahre bzw. bei den FA-Leitern um 1 Jahr - kann ich mir sicherlich nicht vorstellen!

Ich glaube, es war auch Sinn dieser ganzen Umgruppierungen, hier Kosten zu sparen. Hier würde es eine Gruppe treffen, die zu den Spitzenverdienern gehört und die diese Kürzung - es ist sicherlich eine Kürzung - in Kauf nehmen kann! Insbes. wenn ich an die Arbeitslosenrate in Steyr mit fast 10 % denke, wie wir heute von Hrn. Bgm. gehört haben.

Abschließend sei mir auch noch gestattet, ganz kurz zum Amtsbericht Stellung zu nehmen - wird zwar heute nicht behandelt, ist aber eine Forderung der Personalvertretung. Und zwar ersucht die Personalvertretung um generelle Zusicherung - d. h. einen Blankobrief - der Beförderungsmöglichkeit in die nächst höhere Dienstklasse mit Erreichung der Gehaltsstufe VII der Dienstklasse VI, VII und VIII. Dies würde bedeuten, meine Damen und Herren des GR, in der Verwendungsgruppe A wäre die Möglichkeit, daß man in die Dienstklasse IX kommt. Eine Vielzahl von Bed. würde in die

Dienstklasse IX kommen; dies würde wiederum bedeuten: Dienstklasse IX, Bundesheer, gibt es in ganz Österreich insgesamt nur fünf Stellen - bei uns, bei der "Finanz" einen, in OÖ. der Hr. Präsident, der Sektionschef ist in der Dienstklasse IX.

Beim "b-Bed." würde mit dieser Regelung die Möglichkeit aufgemacht werden, in die Dienstklasse VIII zu kommen, die dem Hofrat, den SR, den Akademikern vorbehalten ist. Und der "c-Bed." soll auch nicht zu kurz kommen; er würde in die Dienstklasse VI kommen - AR etc., die an und für sich der Dienstklasse "b" vorbehalten ist!

Eine Aufblähung, eine Kostensteigerung, die hier im GR hoffentlich nie eine Zustimmung finden wird.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist eine Forderung, die nicht erfüllt wird! Hr. Koll. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich danke Hrn. Koll. Spöck für die genauen Ausführungen - ich möchte noch 4 Punkte anschließen. Weiters möchte ich dazu sagen, daß ich mich den Ausführungen vollinhaltlich anschließe, was auch die Beurteilungen der höherdienstklassigen, der höherwertigen Dienstposten betrifft. Also vollinhaltliche Zustimmung!

Erstens: grundsätzl. ist es auch eine pol. Einstellung, wie man jemanden beurteilt, ob er jung oder alt ist. Ich glaube, in der Stadt Steyr wird derjenige besser bezahlt, je älter er ist - unabhängig von seiner Leistung; da ist eine Automatik drinnen! Jüngere werden eher benachteiligt. Da ist eben eine Automatik drinnen, die - glaube ich - pol. gar nicht gewollt und auch gar nicht gut für den Arbeitsmarkt ist. Man sollte eher Junge bevorzugen, sodaß sie eher auf dem jüngeren Sektor höher einsteigen können.

Zur finanziellen Belastung. Es ist mir wohl bewußt, daß die 1,3 Mill. S - wenn der Amtsbericht stimmt - eine Maximalforderung sind. Aber im Amtsbericht steht eben drinnen, daß die budgetäre Belastung 1,3 Mill. S ist. Ich glaube, was in einem Amtsbericht steht!

Ich würde mir wirklich wünschen, daß auch vom Finanzref. her eine so großzügige Hand auf die anderen Referenten gegeben wird, wie wenn es sein eigenes Ressort betrifft. Im Personalbereich wird pro Jahr eine Million - oder eine "gute" oder knapp darunter - hergegeben; gerade in diesen Zeiten, wo wir bei der Bevölkerung ein Zeichen setzen sollten, daß wir einmal maß- und innehalten bei den Bef.-Richtlinien.

Drittens fehlen mir noch immer die Einsparungs-Möglichkeiten

im Rahmen der KDZ-Untersuchungen. Es wurde neu eingeteilt, aber ich habe mehrfach schriftlich und nachhaltig beim Mag.-Dir. interveniert. Ich habe es dann auch schriftlich mehrfach bekommen: "Derzeit sind weder kurz- noch mittelfristige Einsparungs-Möglichkeiten zu sehen". Die Verwaltung soll ja bürger-intensiver werden, und sie soll uns auch preiswerter kommen!

Viertens möchte ich eine Entschuldigung anbringen. Ich stehe auch dazu, wenn mir ein Fehler passiert. Das paßt jetzt gerade, weil auch Hr. Ruckerbauer anwesend ist. In unserer letzten Zeitung habe ich auf der ersten Seite geschrieben: "Einsparungen im Personalamt" - das sollte natürlich "im Personalwesen" heißen. Es tut mir leid, ich werde das berichtigen und bitte um Entschuldigung dafür!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Ich bitte um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich höre aus den Ausführungen - sowohl von Koll. Spöck als auch von Koll. Pfeil -, daß die Bereitschaft vorhanden ist, einen Teil dieser Bef.-Richtlinien

mitzutragen. Ich hätte eigentl. auch erwartet, wenn dem so ist, daß der Wunsch geäußert wird, diesen Antrag zu teilen und geteilt zur Abstimmung zu bringen. Ich würde dies auch durchaus in den Vorschlag bringen, darf aber dazu noch etwas sagen.

In der Angelegenheit, Willi Spöck, der Regelung der Bonusjahre sehe ich schon zwei markante Dinge. Erstens soll der Bonus ein bißchen Leistungskomponente in die sehr wenig leistungsorientierte Bezahlung im öffentl. Dienst bringen. Das ist das eine. Die zweite Sache ist die: Sollten wir heute diese Bonusregelung nicht beschließen, dann werden wir wahrscheinlich Dank der Personalvertretung und auch des Personals ernten. Ich habe ja gesagt, es wird mittelfristig zu einer Verbesserung und Verbilligung der Bonusregelungen kommen. Wenn dieser Beschluß nicht zustande kommt, heißt das also, daß die Regelung, die aus den 70er Jahren resultiert, klarerweise nicht außer Kraft ist.

Die KDZ-Organisationsanalyse, die uns eine echte Verschlankung in der Personalverwaltung gebracht hat - auch wenn in den Zeitungen das eine oder andere drinnen steht, daß es mehr geworden ist, wie beispielsweise der Controller, ist durch Einsparungen an anderen Stellen (beispielsweise

durch das Reduzieren auf 8 GB) eingeschränkt worden.

Wie geht es weiter mit der Organisationsanalyse? Es ist gerade auch im GB IV - ehem. MA I - die Stellenbeschreibung in Erarbeitung. Hr. Mag. Pöchhacker als Organisations-Stabsstellenleiter ist damit beschäftigt; und es soll aufgrund der Stellenbeschreibungen auch entspr. zu Stellenbewertungen kommen, die durchaus auch wieder die Einordnung und Einstufung in ein Schema auf vernünftige Art und Weise betreffen. Es ist aber nicht Gegenstand des heutigen Beschlusses, das zu fassen.

Ich stelle an unseren Hrn. Bgm. die Frage, ob wir hier eine getrennte Abstimmung vornehmen können, d. h. eine Ausgliederung der Bonusjahre und die "p-" und "c-Regelung" samt Anpassung verschieden abstimmen können?!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ist das Dein Antrag?

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Mein Wunsch bzw. meine Bitte!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dann entsprechen wir dieser Bitte, und ich lasse zunächst ...

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich darf ihn vielleicht noch einmal formulieren!

Der Antrag des StS bezieht sich auf die Bef.-Richtlinien hinsichtl. der Mindest-Dienstzeiten der Anlage A, Dienstbeschreibung Anlage A; es geht um Punkt d) ...

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHEN-
RUFE

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Darf ich das bitte sagen! Es geht um Punkt d). Die Mindest-Dienstzeiten verkürzen sich bei den leitenden Beamten wie folgt: um 2 Jahre bei MD usw.; um 1 Jahr bei allen FA-Leitern. D. h. also, daß dieser Bereich bzw. dieser Punkt d) einer gesonderten Beschlußfassung unterliegt!

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Bitte sehr, Hr. Kollege!

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Ich beantrage eine Unterbrechung der Sitzung, damit dieser Antrag klar formuliert wird! Das kann man in den nächsten Minuten lösen.

ZAHLREICHE ABLEHNENDE ZWI-
SCHENRUFE

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich bin natürl. bereit, dieser getrennten Abstimmung zuzustimmen, weil es ja um den Bereich geht, den Du angezogen hast ...

ZAHLREICHE UNVERSTÄNDLICHE
ZWISCHENRUFE

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der Antrag gehört klar formuliert, daher würde ich bitten, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Moment!

GEMEINDERÄTIN
ULRIKE FUCHS:

Ich stelle den Antrag auf Zurückziehung und auf Aufnahme auf die nächste Tagesordnung!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Es stehen ja zwei Anträge zur Diskussion!

STADTRAT
KARL HOLUB:

Der auf Zurückstellung war der beste! Jetzt gibt es nur noch einen: Abstimmung!

Gelächter

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Zur Geschäftsordnung, Hr. Bgm.!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Noch einmal zur GO. Bitte sehr, Hr. Koll.!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Um das Verfahren zu vereinfachen, ziehe ich meinen Antrag auf Sitzungsunterbrechung zurück!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es stehen zwei Anträge zur Diskussion. Der weitestgehende ist jener, diesen TOP von der Tagesordnung abzusetzen! Ist das richtig?

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Zurückzustellen, oder?

ZAHLREICHE UNVERSTÄNDLICHE
ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dieser Antrag kann nur mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden!

Wer für den Antrag ist, diesen TOP von der Tagesordnung abzusetzen, den bitte ich um ein Zeichen. Pro-Stimmen v. FP, VP und GAL. Wer ist gegen den Antrag? Gegenstimmen seitens der SP-Fraktion.

Der Antrag von Fr. Koll. Fuchs hat nicht die erforderl. 2/3-Mehrheit

gefunden, daher wird über den 2. Abänderungsantrag des Koll. Zagler abgestimmt, der nämlich eine Teilung der Abstimmung beantragt hat.

Wer für eine Teilung in der Abstimmung ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Es weiß ja keiner, wie dieser Antrag aussehen soll!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Er hat - glaube ich - sehr klar erläutert, daß ...

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Deshalb habe ich ja gesagt,

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... hier zwei Positionen zur Diskussion stehen. Nämlich die leitenden

ZAHLREICHE LAUTE ZWISCHEN-
RUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Aufmerksamkeit! Es ist schon ein bißchen spät, aber andere beraten noch länger!

Die leitenden Bed., welche 2 Bonusjahre bekommen sollen - lt. diesem Antrag -, und die "p-" bzw. "c-Wertigen". Vielleicht kann das noch einmal kurz erläutert werden, denn so

kompliziert ist es auch wieder nicht! Das wurde ja ausdiskutiert. Die Debattenredner haben ja zum Ausdruck gebracht, daß sie hier vielleicht eine Bereitschaft an den Tag legen würden.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hr. Bgm., zur GO!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Es tut mir leid, daß die GR-Kollegen von der Sozialdemokr. Fraktion das Zeichen des Berichterstatters nicht ganz "mitgekriegt" haben - deshalb ist es auch zu diesem GO-Abstimmungsergebnis gekommen. Jetzt haben wir den Antrag, daß der hier vorliegende Antrag 48) geteilt werden soll. So einfach geht das aber nicht! Er muß in der Teilung ausformuliert werden, denn es sind ja gew. Vernetzungen vorhanden. Es kann mir doch keiner sagen, daß man ganz einfach durch diesen Antrag einen Strich zieht! In der Materie gebe ich Dir ja recht; da sind wir ja auch für eine Teilung! Aber so geht es nicht!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Vielleicht können wir noch einmal abstimmen. Jetzt haben ja alle kapiert, worum es geht!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So ist das nicht! Es gibt zwei Kategorien. So kann man nicht diskutieren. Die Debattenredner erklären in der Debatte, daß sie Verständnis haben für eine Verbesserung der Bef.-Richtlinien bei den handwerkli. Tätigen. Es ist doch ein Unterschied, ob hier möglicherweise andere Mehrheitsverhältnisse vorhanden sind im GR als bei den leitenden Bediensteten. So kompliziert brauchen wir das nicht machen.

Vielleicht kann Koll. Zagler das Ganze noch einmal erläutern!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Es ist leider schon kompliziert, weil die Bef.-Richtlinien aus dem Jahr 1979 die div. Bonusjahre regeln, und dort die Mindest-Dienstzeiten der leitenden Bed. beschrieben sind mit allen anderen Übergangsregelungen. Es ist jetzt eine jur. Frage, wie man eine Teilung des Antrages zustande bringt. Daher ist es vielleicht wirklich sinnvoll, wenn wir heute beschließen, daß es hier zu einer jur. Beratung kommt, damit die Materie, die auch Dr. Schwager als richtig empfindet, geteilt werden kann. Zwei Anträge sollen formuliert werden. Der eine ausgenommen dieser Bonusjahre f. die leitenden

Bed. und der andere f. handwerkli. Verwendung und die "c-Positionen".

Ich glaube, das läßt sich leichter machen, wenn mit den Juristen eine Formulierung gefunden wird, als in einem Dialog oder in einem Gespräch "einer gegen alle"! Trotzdem ist ein Beschluß heute möglich!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein! Wir können abstimmen, aber da sind wir gegen alle. Das gehört ausformuliert, denn dann kann nicht gesagt werden: "Ihr habt ja mitgestimmt bei der ganzen Sache!"

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Vielleicht könnten wir wirklich noch einmal über den Antrag der Fr. Fuchs abstimmen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Schwierig ist das! Sehr schwierig!

GEMEINDERAT DIPL.-ING.

FRANK MUNDORFF:

Aufgrund der Äußerungen des Berichterstatters stelle ich noch einmal den Antrag zur GO, diesen TOP von der Tagesordnung abzusetzen!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Mir steht das ja lt. GO nicht zu, aber darf ich einen Vorschlag machen? Nachdem ja der Antrag auf Absetzung keine 2/3-Mehrheit gefunden hat, der Vorschlag des antragstellenden Ref. ohnehin auf rechtl. fundierte Neuformulierung lautet, würde ich vorschlagen, die Abstimmung so durchzuführen, daß der vorliegende Antrag ganz einfach keine Zustimmung findet, und ein ordentl. neu formulierter Antrag bei nächster Gelegenheit in Verhandlung genommen wird. Das hätte ich gesagt, wenn ich zur GO reden dürfte!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Koll. Lengauer bitte!

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Noch einfacher wäre, wenn der Antragsteller den Antrag zurückzieht, dann bräuchten wir gar nicht abstimmen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

So einfach ist das nicht, er steht ja auf der Tagesordnung! Noch einmal der Referent. Bitte!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Nachdem wir uns - das hat auch Dr. Schwager gesagt - in der Sache einig sind, bin ich sicher, daß in wenigen Minuten die

Juristen des Hauses, die ja beschäftigt sind, die Umformulierung so zustande bringen, daß heute eine Beschlußmöglichkeit vonstatten gehen kann!

ZAHLREICHE ABLEHNENDE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Unter diesen Umständen glaube ich, daß es um die Zeit nicht mehr möglich ist, diese jur. Ausformulierungen zu finden. Ich hätte gerne heute darüber entschieden, aber bitte sehr. Es scheint hier eine Mehrheit dafür zu sein, daß eine klarere Ausformulierung stattfindet. Und vor allen Dingen habe ich den Eindruck - das bewegt mich dazu, diesen Vorschlag zu machen, den TOP abzusetzen -, daß zumind. für die handwerkli. Tätigen eine Mehrheit zustande kommen könnte.

Ich stelle also unter diesen Umständen den Antrag, darüber abzustimmen, daß der TOP abgesetzt wird. Dann soll eine Formulierung gefunden werden, die ausreichende Klarheit bringt, worüber in der nächsten Sitzung abzustimmen ist.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt machen wir die letzte Abstimmung. Wer dafür ist, daß dieser Antrag abgesetzt wird, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Wer ist gegen diese Absetzung? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig abgesetzt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Aktuelle Stunde?

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

SPÖ-Fraktion? Kein Thema. FPÖ-Fraktion?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir verzichten!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP? Detto. GAL? Keine Wortmeldung mehr.

Damit ist auch die Aktuelle Stunde beendet. Ich darf Ihnen herzlich danken und die Sitzung schließen.

ENDE DER SITZUNG: 22.34 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Engelbert Huber e.h.

Franz Straßer e.h.

7.2011

DER VERSENDER

Bürgermeister Herrmann Lohmann

DIE BEZUGSNUMMER

Bestandteil der

Bestandteil der

DIE BEZUGSNUMMER

Bestandteil der

Bestandteil der